

International Research Institute
Corvinus-Universität Budapest
Freundesverein des Eötvös-József-Collegiums

Von der revolutionären Erhebung bis zur Sicherheitspolitik

Studien über die Vergangenheit und die Zukunft Ostmitteleuropas

Herausgegeben von
Sebastian Paul

Komárno
2018

International Research Institute
Corvinus-Universität Budapest
Freundesverein des Eötvös-József-Collegiums

Von der revolutionären Erhebung bis zur Sicherheitspolitik
Studien über die Vergangenheit und Zukunft Ostmitteleuropas
Komárno, München, Budapest, 2018

Herausgeber: Sebastian Paul (München)

Lektoriert von

István DIÓSZEGI
Zoltán TEFNER
László ÓDOR

Muttersprachliches Lektorat:

Sebastian Paul

Vydal: INTERNATIONAL RESEARCH INSTITUTE s.r.o.
Ul. Mieru 1383/4
945 01 Komárno
Slovakia

ISBN 978-80-89691-49-4



DOI: 10.18427/iri-2018-0075

ZUM GELEIT

Der Freundesverein des József-Eötvös-Collegiums wurde 1991 gegründet. Der im Jahre 2015 erneuerte Verein behauptet sich unter anderem in der Beförderung der wissenschaftlichen Ausbildung der Studenten, die als Internen innerhalb der Mauern des Collegiums nach streng bestimmter Tagesordnung studieren und in Fachrichtungen eingeteilte wissenschaftliche Forschungstätigkeit führen. Die Mitglieder des Freundesvereins – sie ehemals auch Internatsstudenten, heute größtenteils führende Persönlichkeiten der ungarischen Wissenschaft, Politik und öffentlichen Bildung – halten es für ihre moralische Pflicht im Geiste des Vereinsgrundstatus des Collegiums der Erfüllung seiner Erziehungsaufgaben sowie der wissenschaftlichen Bildung der Studenten tunlich beizutragen. Sie stehen in ständigem Kontakt mit der Leitung des Instituts und mit den Studenten; sie erzielen die Entwicklung des nationalen Kulturerbes, außerdem leisten sie Hilfe für die Jugendlichen, damit sie in den kreativen Jahren der Universitätsstudien ihren Charakter als Wissenschaftler finden können.

Seneca: „Fortuna opes auferre, non animum potest.“ *Fortuna kann deine Schätze wegnehmen, aber nicht deinen Mut.* Das Collegium hat während seines mehr als 120-jährigen Bestehens seit 1895 immer in diesem Geist gewirkt. Das bildungs- und wissenschaftspolitisch nach dem Vorbild der Pariser *École Normal Supérieur* erschaffenes Collegium strahlte diese Lebensphilosophie Jahrzehnte lang aus. Das von Seneca verfasste Motto gibt uns gleichzeitig einen gewissen Anspruch auf die Freiheit ein, unser Leben frei, nach dem Maßstab der edelsten Ideen zu führen. So, wie es Dezső Keresztury, Direktor des Instituts 1945–1948, in einem kurzen alliterierenden Satz sehr geistvoll zusammenfasste: „Szabadon szolgál a szellem“. (*Frei dient der Geist*).

Um dieser Berufung gerecht zu werden soll sich dieser kleine Band auf den Weg begeben.

Lectori salutem.

Budapest, 16. Dezember 2017

Prof. Dr. János Hóvári
Präsident des Freundesvereins des József-Eötvös-Collegiums

Zoltán Tefner:

Solidarität und politische Abhängigkeit. Der polnische Aufstand von 1863 und die Haltung der ungarischen Gesellschaft

Die letzten Tage des Januars von 1863 haben die Bevölkerung des Ungarischen Königreiches unerwartet hart getroffen. Keine Nachrichten und Ereignisse haben im Voraus gezeigt, was sich in der Tiefe des polnischen sozialen Gefüges abspielt. Die ungarische Gesellschaft, miteinbegriffen die politische Elite, war mit den eigenen, nicht weniger belastenden Problemen beschäftigt. Nach der niedergeschlagenen 1848er Revolution durch die russische Armee hat die Habsburgische Macht eine Gewaltherrschaft eingeführt. Nach 1859, der vernichtenden Niederschlagung Österreichs bei Solferino, musste der Absolutismus von einem beschränkten Parlamentarismus abgelöst werden. Die parlamentarischen Reformen sind von der Wiener Regierung mit Hilfe der Konservativen, unter anderen mit den ungarischen Konservativen¹ vorbereitet worden, was zur Erlassung des Oktoberdiploms und ein paar Monate später des Februarpatentes führte. Die neue legislative Struktur und das Verwaltungssystem hatten aber nur einen zweifelhaften Erfolg. Der neue Reichsrat in Wien ist zu einem Rumpfparlament geworden, und der Grund hierfür ist, dass das niedergeschlagene Ungarn einen passiven Widerstand leistete, das heißt: die ungarische politische Elite signalisierte keine Geneigtheit dazu, dass sie sich an den Sessionen des Wiener Reichsrats auf Grund des so genannten Februarpatentes als Abgeordnete beteiligen, indem das Ungarische Königreich seit dem Mittelalter über einen eigenen Reichstag verfügte, zu jener Zeit mit einem Tagungsstandort in Pozsony.² Die ungarischen Konservativen verloren mit diesem Fiasko ihre Vertrauenswürdigkeit und waren aufgrund mangelnder Kompetenz nicht mehr dazu in der Lage, sich an den weiteren politischen Planungsarbeiten zu beteiligen. Die Initiative glitt in die Hände der liberal-konservativen Kräfte mit bürgerlichem Programm hinüber. Daraus wuchs die berühmte *passive Resistance*.

„Wie wilde Tiere eingefangen...“. Die ersten Reaktionen

Sowohl die ungarische öffentliche Meinung, die Revolutionäre wie die Adressenpartei, als auch die ungarischen Emigranten in vielen Ländern Europas strahlten vor Begeisterung und Optimismus. Schwierigkeiten ergaben sich nur dadurch, dass die Stimmung der oben genannten Gruppen einer sehr strengen Zensur in der ungarischen Presse unterstellt war, wodurch es sehr schwierig war, gewisse Sympathien oder gar Begeisterung innerhalb der fachkundigen Leserschaft für bestimmte Themen zu wecken. Lajos Kossuth, der Leiter der ungarischen Emigration in Turin – die ersten Berichte aus Warschau zu Kenntnis nehmend – geriet förmlich in Ekstase. Er fand nur lobpreisende Worte in seinen Äußerungen bezüglich Polens, indem er die Tapferkeit

¹ Szabad, György: *Forradalom és kiegyezés választóján (1860–61)* [Auf dem Scheideweg zwischen Revolution und Ausgleich]. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1967. Die Ergebnisse des Kompromisses zwischen der Habsburg-Macht, der feudalistischen Kreise der österreichischen Erblanden und der ungarischen Konservativen wurden in kaiserlichen Handschriften festgesetzt. S. 77.

² Heute slowakisch Bratislava, von deutscher Benennung Pressburg.

und Entschlossenheit der polnischen Aufständischen pries.³ Während die Kritik auf die Politik Österreichs in Turin möglich war, bestrafte die Behörden des Habsburgerreiches diese Kritik schonungslos.

Die Kritik auf die russische Politik konnte aber durchsetzen. Der Ausbruch des Warschauer Aufstandes löste – wie bekannt – die rechtswidrige Durchführung der Rekrutierung unter der polnischen Bevölkerung aus. Aus den Artikeln der meist gelesenen ungarischen Tageszeitung *Pesti Napló*⁴, scheint die Überlegenheit des zivilisierten Europas gegenüber dem asiatisch-despotischen Russland hervor: „Die Rekrutenaushebung gehört in keinem einzigen Land der Welt zu den beliebtesten Sachen. Aber in Warschau gab es keine Widersetzlichkeit, genauer gesagt haben [die Russen] nicht abgewartet, ob eine solche erfolgt, sondern sie haben die Blüte des Volkes, die Jugend wie wilde Tiere eingefangen, und wo sie die Gesuchten nicht gefunden haben, haben sie Vater, Bruder oder alle, die ihnen in die Hände geriet, mitgenommen, ohne zu prüfen, ob der Betreffende wehrdienstpflichtig ist oder nicht.“⁵

Später mischte die realistische Bewertung der polnischen Chancen in den Chor der optimistischen Sänger gewisse dissonante Töne ein. Das *Pesti Napló* schrieb im Leitartikel ein paar Wochen nach dem Ausbruch des Warschauer Aufstandes am 10. Februar: „Die Revolution, falls sie mit Waffen unterdrückt wird, wird wahrscheinlich nicht ohne Ergebnisse für die polnische Nation bleiben. Die heutige russische Regierung wird zur Sicherung ihrer Macht nicht die gewaltigsten Vergeltungsmaßnahmen als am erfolgreichsten gesehen haben.“⁶

Und die Haltung Österreichs? Fast alle der den 1863er Aufstand behandelnden Experten stimmen darin einheitlich überein, dass der 10. Februar die Rolle eines Kulminationspunktes in der diplomatischen Geschichte der Revolution spielte: Nach dem Abschluss der Alvensleben-Konvention⁷ begann die Phase der „Reaktion“, das diplomatische Nachvollziehen der neulich entstandenen Verhältnisse. Die ersten Tage der Euphorie gingen in die Erwägung der möglichen Variationen und in die Planung der Aktionen, Projekte für und gegen die polnische Sache über. In den ersten Wochen verbreitete sich der Eindruck, dass Österreich in der Unterstützung der Revolution eine positive Haltung einnehmen wird, bis zu einer gewissen Grenze, da es nicht im Interesse Österreichs stehe, dass die Russen den polnischen Aufstand im Blute zu ersticken. Eine bestimmte Grenze, also das Staatsinteresse bedeutet den Meilenstein, die keine der europäischen Mächte hinter sich haben kann. „In den wichtigen Sachen spricht das

³ Kovács, Endre: Az 1863. évi lengyel felkelés és a magyar emigráció [Der polnische Aufstand von 1863 und die ungarische Emigration]. In: A Kossuth-emigráció és az európai szabadsághozküzgalmak [Die Kossuth-Emigration und die europäischen Freiheitsbewegungen.]. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1967. S. 211.

⁴ Pester Tagebuch. Gegründet 1850, in der nachrevolutionären Zeit bis 1867 spielte diese eine unentbehrliche Rolle in der ungarischen Öffentlichkeit.

⁵ *Pesti Napló*, 23. Januar 1863

⁶ *Pesti Napló*, 10. Februar 1863

⁷ Alvensleben, Gustav von (1803–1881): preußischer Generalmajor, Vertrauensmann des Kaisers Wilhelm des I., beauftragt von Bismarck mit der Abschließung eines Vertrags, in dem den Russen eine preußische Hilfe für die Niederschlagung der Polen versprochen wurde.

entscheidende Wort nicht die Neigung oder Abneigung aus, nur das Interesse [...]” Und in diesem Fall fallen die Interessen der Polen und der Dynastie zusammen – schrieb das Pesti Napló.⁸

Die Außenpolitik Österreichs. Das Problem der Einmischung in die polnische Sache und die ungarische Frage

Das Verhalten Österreichs hat in der ersten Zeit fast alle politischen Faktoren in Ungarn irre geführt. Die „Neutralität“ Österreichs erwies sich in der späteren Phase des Aufstandes als eine *Scheinneutralität*, was sich insbesondere schädlich auf die spätere Politik der illegalen Warschauer Nationalregierung auswirkte. Die „Weißen“ (aristokratisch gemäßigte Gruppe gegenüberstehend der revolutionär gesinnten „Roten“ – bauten ihre Taktik auf eine französisch-österreichischen Militärallianz, mit deren Hilfe Polen vom russischen Joch befreit werden sollte.

Obwohl im Laufe der Zeit die Hoffnungen auf eine Intervention verflossen, konnte die weiße Regierung ihrer Politik keine andere Richtung geben, was Anfang 1864 zum Fall der Insurrektion führte. Die Weißen ließen sich durch den äußeren Schein blenden, dass eine Revolution ohne die maßgebenden Schichten der im Grunde agrarischen Polens gewonnen werden könnte. Die soziale Verpflichtung (Bodenreform, Leibeigenefrage, Armenpflege, erste negative Auswirkungen der Industrialisierung usw.) erschien in der weißen Politik als null und nichtig. Das kaum weniger agrarische Ungarn kämpfte mit den gleichen Problemen. Die öffentliche Meinung, das allgemeine Polenbild der ungarischen Agrarbevölkerung infolge der aus Polen einsickernden missfälligen Nachrichten veranlasste auch das ungarische Bauerntum sich von der Sache der polnischen Insurrektion abzuwenden, bzw. es als eine fremde Angelegenheit aufzufassen.

Natürlicherweise waren die wirklichen Intentionen der österreichischen Außenpolitik nicht nur vor dem einfachen Landvolk, sondern sogar vor den leitenden Kreisen der Pester Politikgestalter, wie Ferenc Deák, Gyula Andrássy senior⁹, Freiherr József Eötvös¹⁰, sowie dem kaiserlichen Hof nahe stehenden Konservativen, wie der Staatthalter General Moritz Pálffy¹¹, der Hofkanzler Freiherr Miklós Vay¹² und viele andere, vom Schleier der Geheimnisse verdeckt. Daran ist grundsätzlich wenig zu beanstanden: Denn die Außenpolitik, als ein in sich geschlossenes System mit ihrer Weisungspyramide,

⁸ Pesti Napló, 10. Februar 1863

⁹ Graf Julius Andrássy von Csíkszentkirály und Krasznahorka (1823–1890): Jurist, Politiker. 1848 als Major Leiter der Volkssturmtruppe des Komitats Zemplén, dann Gesandter von Kossuth in Konstantinopel. Bis 1856 Emigrant in Paris, 1867 Ungarischer Ministerpräsident, 1871–1879 gemeinsamer Außenminister.

¹⁰ Freiherr József Eötvös von Vásárosnamény (1813–1871): Jurist, Politiker, Schriftsteller, Dichter, Abgeordneter an mehreren Reichstagssitzungen in Pozsony, Minister für Kultus nach 1867.

¹¹ Graf Moritz Pálffy (1812–1898): österreichischer Generalleutnant ungarischer Herkunft. 1849 kämpfte gegen die ungarischen Freiheitskrieger. Zur Zeit des Schmerling-Provisoriums 1861–1865 Statthalter von Ungarn.

¹² Freiherr Miklós Vay von Vaja (1802–1894): Politiker, Mitglied des Herrenhauses, Obergespan des Komitats Borsod, Oberinspektor der Reformierten Kirche von Ungarn. Von dem Kaiser wurde er 1860 zum Hofkanzler ernannt, sein Amt hat er aber wegen der verfassungsverletzenden Maßnahmen von Anton Schmerling 1865 niedergelegt.

beging ihre eigenen Wege, getrieben von ihrer eigenen Logik. Kein einziges Mal konnten die Staatsmänner in Pest, wie die Emigranten, beispielsweise die sichtbarste Figur unter ihnen, Lajos Kossuth daran denken, Einsicht in die Karten von Rechberg, dem Kanzler und Außenminister¹³, zu bekommen.

Die Politik der leitenden Elite in Wien bestand aus mehreren Komponenten, ihr Hauptaugenmerk lag allerdings auf einer Verzögerungstaktik, um Zeit zu gewinnen. Das außenpolitische Bewegungsfeld Österreichs belastete 1863 - unter anderem als Folge der Instabilität Ungarns - ein äußerst großes Hindernis im Wege, ein Klotz ans Bein gebunden. Alle notwendigen Maßnahmen wurden durch jene negative Rolle, die das Habsburgerreich wegen seiner misslungenen und ungeschickten Politik in den zwei weltpolitischen Ereignissen, im Krimkrieg und dem österreichisch-italienischen Krieg, gespielt hatte, lahm gelegt.

Um sich nicht in eigener Schlinge zu verfangen, zeigte Österreich Neutralität. Außenminister Rechberg hat den Franzosenfreund Metternich von unüberlegten Versprechungen zurückgehalten und Passivität gegenüber der englischen Diplomatie gezeigt (hier rannte er offene Türen ein, da es den Engländern von Anfang an nicht in ihr Konzept passte, sich in die polnische Angelegenheit einzumischen). Um die ungarische Sache mit dem verfassungsmäßigen Regieren in Einklang zu bringen, hätten Schmerling und Rechberg ein klares Bild über den konkreten Zustand der ungarischen Gesellschaft haben müssen. Wie die späteren Ereignisse jedoch zeigen, haben sie sich verspekuliert, und der revolutionstüchtigen Stimmung der ungarischen Volksschichten allzu große Bedeutung beigemessen.

Aufklärungsaktionen um die Untergrundorganisationen unmöglich zu machen

Wie es in unseren Erörterungen ersichtlich wurde, konnte Ungarn als Staat den polnischen Insurgenten *unmittelbar* keine staatlich-offizielle Hilfe bieten. Das Ungarische Königreich war in dem Habsburgerreich inkorporiert und verfügte über keine Möglichkeit, als Königreich als Ganzes gegen Russland kriegerisch aufzutreten. Zu dieser Zeit noch nicht, aber das ungarische politische Denken hatte Erwägungen in diese Richtung angestellt. Schon neun Jahre später geriet der präventive Krieg gegen Russland ins Blickfeld. Das Projekt war von der ungarischen russenfeindlichen Doktrin ausgegangen, und wurde von dem gemeinsamen Außenminister Graf Julius Andrassy vorgelegt. In der am 19–22. Februar 1872 in der Hofburg abgehaltenen militärpolitischen Konferenz hat er einen Präventivkrieg gegen Russland vorgeschlagen. „Vor diesem Forum verstellte sich Andrassy nicht, wie in den Gesprächen mit Nowikow und Schweinitz, sondern gab sich so, wie er war. Er erklärte, wenn die Monarchie von Gefahr

¹³ Rechberg, Bernhard von (1806–1899): Der Sohn des Grafen Aloys von Rechberg trat im Jahre 1828 in den österreichischen diplomatischen Dienst ein und war bei den Gesandtschaften in Berlin, London und Brüssel tätig. 1841 wurde er Gesandter in Stockholm und 1843 in Rio de Janeiro. 1848 vertrat er als Bevollmächtigter die österreichischen Interessen bei der Provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt am Main. 1851 wurde von Rechberg Internuntius in Konstantinopel, ab 1853 war er unter Radetzky in der Zivilverwaltung der Lombardei und Venetiens tätig. 1859 bis 1864 war er österreichischer Außenminister. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Bernhard_von_Rechberg. Heruntergeladen 29. 04. 2017.

bedroht sei, dann nur von Osten, von Russland her, und sagte voraus, es werde binnen zweier Jahre zum Krieg mit dieser Macht kommen.“ – lesen wir im Buch des ungarischen Historikers István Diószegi über die Sitzung.¹⁴ Die Konferenz, die im Großteil aus Vertretern der Militärführung bestand, hat den Plan zurückgewiesen.¹⁵ Andrassy's Vorstellungen wurden von der Mehrheit der ungarischen politischen Öffentlichkeit unterstützt, und man kann mit Gewissheit behaupten: Nicht anders sollte es auch 1863 gewesen sein.

Der polnische Aufstand ließ vor zahlreichen Ungarn die Möglichkeit aufblitzen, von dem russischen Druck durch die Eintracht mit den Polen befreit zu werden. Gleichzeitig blitzte auch eine andere Möglichkeit auf, nämlich dass ein international-revolutionärer Aufstand in Italien, Österreich, Ungarn, und in den rumänischen Ländern zur Auflösung des Habsburgerreiches führen könnte. Letztes Programm vertrat die ungarische Emigration unter der Leitung von Kossuth, dem schon ein großangelegter Plan für dieses Jahr vorschwebte. Gemeint war die sogenannte Donaukonföderation, ein riesengroßes Staatengebilde in Osteuropa, das dazu berufen sein sollte, auch nach Auflösung des Habsburgerreiches, das Gleichgewicht Europas weiterhin aufrechtzuerhalten. Ein siegreicher Aufstand hätte den Grundstein für einen Staatenverband – bestehend aus: Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, gelegentlich einige Provinzen auf dem Balkan – gelegt.¹⁶

Für Kossuth war es klar, dass ein isoliert auf das Königreich beschränkter Aufstand keinen Nutzen für die ungarische Freiheit bringen würde. Daher wollte er erreichen, dass die polnische Insurrektion auch auf Galizien übergreift, was sowohl die italienische Freiheitsbewegung, als auch die österreichische Regierung zu dem Bekenntnis gezwungen hätte, wodurch die polnische Sache einen europäischen Krieg auslöst. Der Plan hatte jedoch mehrere Schwachstellen. Einerseits, dass die Donaukonföderation nicht mit Polen rechnete. Kossuth wollte die Russen nicht provozieren, für ihn war der Sturz Österreichs das primär zu erreichende Ziel. Andererseits, dass er, wie der österreichische Ministerrat (bestehend aus Rechberg und Schmerling), die revolutionäre Neigung der ungarischen Gesellschaft überwertete. Prinzipiell war die Russenfeindlichkeit in der Tiefe des sozialen Gefüges verborgen, viel aktueller wirkte aber die Verbitterung und Wut gegen die neoabsolutistische Politik. Um die Quellen dieser Gefahren zu sondieren, operierte der Polizeiapparat mit völliger Hingabe.

In der Aufklärungsarbeit wirkte der ganze kaiserlich-königliche Staatsapparat zusammen. Aus ihrer Korrespondenz entfaltet sich ein anschauliches Bild über die Neigung, oder Abneigung, gegenüber den polnischen Ereignissen. János Hlaváts, der Obergespan-Statthalter des Komitats Sáros meldete am 25 Februar an den oben

¹⁴ Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Das Protokoll der Wiener Geheimkonferenzen vom 17. bis 19 Februar 1872.

¹⁵Diószegi, István: Bismarck und Andrassy. Ungarn in der deutschen Machtpolitik in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Oldenbourg Verlag, Teleki László Stiftung, Budapest, 1999.

¹⁶ Über die Versuche der ungarischen Emigration die Allianz mit dem Balkan, besonders mit Rumänien zusammenzubringen, wurde von mehreren Historikern behandelt, ausführlich darüber siehe: Borsi-Kálmán Béla: Együtt vagy külön utakon. Magvető könyvkiadó, Budapest, 1984.

erwähnten Moritz Pálffy (Statthalter Ungarns), dass die Jugendlichen in seinem Amtsbereich ,wie in dem benachbarten Komitat Szepes, weiß-rote Kokarde tragen, um ihre Sympathie gegenüber Polen zu demonstrieren.¹⁷ Die Antwort von Pálffy entspricht der in diesen Tagen für die österreichische Außenpolitik typischen Haltung: „[...] die Betreffenden werden vom Tragen der Abzeichen in angebrachter Weise, aber bedroht von den unangenehmen Folgen, zurückgehalten, – über die betroffenen Maßnahmen soll mir Euer Hochgeboren Meldung abtun, damit ich bezüglich des Verbots der fraglichen Abzeichen laut des Artikels IV meiner Bekanntmachung vom 8. November 1861 die nötigen Verfügungen treffen kann.“¹⁸

Eine ähnliche Fahndung wurde von dem Statthalter Generalleutnant Pálffy in der Angelegenheit des Postmeisters von Szemes¹⁹, Sándor Szarvasy, verordnet, der – aller Wahrscheinlichkeit nach – auf Grund eines Anzeigebriefes verdächtigt wurde, Propagandaflugblätter aus Polen zu verbreiten. Die Geheimpolizei bekam jedoch von der sich in Vorbereitung befindlichen Aktion Wind, und hat die Papiere rechtzeitig verbrannt. Es ist auch nicht auszuschließen, dass einige behördliche Personen (die auch selber mit den Polen trachteten) die verdächtigen „Zielpersonen“ selbst alarmierten. Nicht unvorstellbar, dass der Oberstuhlrichter von Lelle²⁰, József Neide [?] es war, der Szarvasy benachrichtigte. Allerdings versandte er seinem Amtsvorsteher, dem Vizegespan²¹ des Komitats Somogy, Károly Mérey in Kaposvár, einen Bericht, indem er eindeutig die Unschuld von Szarvasy beteuerte. „Seitdem ich die Leitung in diesem Kreis übernommen habe – schrieb er –, kam ich bezüglich der politischen Einstellung von Sándor Szarvasy zu dem Urteil, dass er der konservativen Klasse angehört, und nicht einer extremistischen Partei.“ Und damit Neide auch etwas Beeinträchtigendes seinem Chef gegenüber mitteilen konnte, fügt er hinzu: „[...] bezüglich seiner Vertraulichkeit, da ich meinen Bericht anständig erstatten will, [muss ich sagen], er geht mit den Geldbriefen sehr nachlässig um, in Szemes erleiden sie immer Verspätung – aber trotz alledem ist er vertraulich.“²²

¹⁷ Magyar Országos Levéltár [Ungarisches Staatsarchiv] (im Weiteren MOL), Absolutizmuskori Levéltár, Helytartótanács elnökségi iratok [Archiv der Zeit des Absolutismus, Statthaltereie Präsidialakten]. Fond D, 191. állag, IV. H. 1315. Karton 299. Hlaváts an Pálffy, 25. Februar 1863.

¹⁸ MOL, Absolutizmuskori Levéltár, Helytartótanács elnökségi iratok. Fond D, 191. állag, IV. H. 1315. Karton 299. Pálffy an Hlaváts, 3. März 1863. „[...] attól az illetők ildomos módon, 's a' kellemetlen következményekbeli fenyegetés mellett visszatartandók lesznek, – a' tett intézkedésekről pedig Mtgd ide jelentést teend, hogy a' kérdéses jelvények eltiltása eránt az 1861. nov. 8ki hirdetvényem IV. czikke értelmében a' szükséges rendelkezést megtegyem.“

¹⁹ Heute Balatonszemes.

²⁰ Heute Balatonlelle, damals Residenzort der Kreisleitung. Nach einer alten, aus dem Mittelalter überlieferten Gewohnheit der ungarischen Staatsverwaltung befand sich das Kreiszentrum in dem Ort, wo der Oberstuhlrichter („főszolgabíró“) den ständigen Wohnsitz hatte.

²¹ Gespan: aus dem slawischen Wort „župan“. Chef der Exekutionsgewalt, der Obergespan erfüllte meist repräsentative Funktionen.

²² MOL, Absolutizmuskori Levéltár, Helytartótanács elnökségi iratok. Fond D, 191. állag, IV. H. 1315. Karton 299. Neide [?] an Mérey, 27. Februar 1863. „[...] mióta ezen járás vezetését által vettem politikai gondolatára nézve Sz. S.ról úgy találtam, hogy a' conservativ osztály embere, és nem tartozik a'tulzó párthoz – megbízhatóságára vonatkozólag pedig, miután hiven akarom jelentésemet megtenni [...] a pénzes leveleket igen hanyagul kezeli, Szemesen mindig késnek – ennek ellenére megbízható.“

Szarvasy gelangte anhand dieser Sentenz zur dulddenden „personae gratae“. Auf Reichs- und Landesebene ging das mit Angst gemischte Herumstöbern jedoch weiter. Der Polizeiminister Mecséry²³ gab die Anweisung an die Statthalterei am 5. März weiter, dass die Suche nicht nur auf die polnischen Flugblätter erstreckt werden müsse, sondern mit besonderer Aufmerksamkeit die Komitate auch das Kursieren von Propagandamaterialien durch ausländische Emigranten verhindert werden müssen. Nach einer gewissen Zeit lenkten, sowohl das Polizeiministerium als auch das für die ungarischen Angelegenheiten zuständige Spitzenorgan, die ungarische Hofkanzlei, ihre Aufmerksamkeit auf den Apparat in der niedrigeren Ebene der Staatsverwaltung und Gesellschaft - ob sie loyal oder illoyal ihrer Pflicht nachkommen. „Ich rufe Euer Hochwohlgeboren auf, ruhen Sie nicht nur Eure versammelten Bemerkungen und Erfahrungen, die Euer Hochwohlgeboren über die Tätigkeit der Komitatsbeamten im Allgemeinen besitzen mir vertraulich und auf privatem Wege mitzuteilen, sondern auch diejenigen, die Sie insbesondere seit dem Beginn der polnischen Bewegung angesichts der Stimmung des Volkes und der maßgebenden Persönlichkeiten erworben haben.“²⁴ Und auch was Geyza Görgey dem Staathalteriamt meldete war herzlich wenig: Die jetzigen Ereignisse in Polen sind nicht mit besonderem Einfluss auf die Stimmung der Bevölkerung.²⁵

Es muss die Frage angeschnitten werden, warum reagierte die ungarische Gesellschaft nicht wie erwartet, vehement, und die ganze Gesellschaftsstruktur betrachtet umfassend? Es wäre keine zufriedenstellende Antwort zu behaupten, die Angst vor Vergeltung, dass breite Volksmassen aus Furcht nicht über die Lippen bringen konnten, dass alles, was in Polen abläuft, sehr sympathisch ist.

Nationalcharakterologie versus Polensympathie

Die Untersuchungen in der ungarischen Nationalcharakterologie bieten für dieses Dilemma gewisse Anhaltspunkte. Lajos Prohászka²⁶, in seinem Buch „Der Wanderer und der Landflüchtige“²⁷ vergleicht den ungarischen Nationalcharakter mit dem deutschen.

²³ Freiherr Karl Mecséry von Tsoor (1804–1885): Seit 1828 im Staatsdienst stehend, wurde 1848 Vizepräsident des Guberniums in Prag und im Jahr darauf Landeschef und Statthalter von Böhmen; 1860 wurde er als Polizeiminister nach Wien berufen und war zuletzt als Statthalter in der Steiermark tätig. In: <http://www.iberlibro.com/Brief-eigenh-U-Mecs%C3%A9ry-Tsoor-Karl/1072539812/bd>

²⁴ MOL, Abszolutizmuskori Levéltár, Helytartótanács elnökségi iratok. Fond D, 191. állag, IV. H. 1315. Karton 299. 3385/eln. Statthaltereirat Károly Sztankovics an Geyza Görgey, den ersten Vizegespan des Komitats Szepes, 13. März 1863. „Felhívom Tek. nagyságodat, hogy azon észrevételeit és tapasztalatait, melyeket nem csak általában a megyei tisztviselők működése, hanem különösen a lengyel mozgalom óta a népnél és az irányadó egyéneknél mutatkozó hangulatra nézve magának szerzett, velem bizalmasan és magánúton közleni sziveskedjék.”

²⁵ Ebenda, 5469/eln. Geyza Görgey an das Statthaltereiamt. „[...] jóllehet a jelenlegi Lengyelországi [sic] események a megyei lakosság hangulatára semmi különös befolyással nem bírnak.”

²⁶ Prohászka, Lajos (ursprünglich Ludwig Georg Prochaska) (1897–1963). ungarischer Pädagoge, Kulturphilosoph, hervorragende Gestalt der ungarischen Erziehungswissenschaft, Universitätsprofessor. Lange Jahre Studien in England, Frankreich und Deutschland. Sein ganzes Leben korrespondierte er mit seinem Lehrer Eduard Spranger, dessen Lehren seine wissenschaftliche Laufbahn erheblich beeinflussten.

²⁷ Prohászka, Lajos: A Vándor és a Bujdosó. Minerva Könyvtár 50. Egyetemi Könyvkiadó és Nyomda, R. T. Pécs, 1936.

Prohászka ist bei seiner Recherche auf zwei interessante Charakterzüge Ungarns gestoßen, die bei dieser Thematik von Relevanz sind: die Neigung sich zu verbergen, und sich zurückzuziehen. „Er befindet sich in einer ständigen Flucht vor der Wirklichkeit, den Tatsachen, und wenn er zu diesen einmal zurückkehrt, dann tut er es in Form der Illusionen.“²⁸ Es gibt einen nennenswerten Aspekt in der Sache, wenn man lediglich von den Illusionen ausgeht. Es liegt klar auf der Hand, dass in diesem Fall nie die rationalen, praktischen Ziele die Oberhand erringen, sondern die Gefühle. Dort, wo die Gefühle vorherrschen, herrschen die Resignation und der Glaube an die Prädestination vor.²⁹

Der Ungar – auf Grund der Lehre von Prohászka – sieht den Kampf als etwas Unvermeidliches an, aber zugleich betrachtet er den Kampf auch als etwas Hoffnungsloses (die Ungarn sind kämpferisch, auch wenn sie im Kampf nicht unbedingt ihre Ziele erreichen wollen). „Die Entwicklung des sich von der Außenwelt abgrenzenden Ungartums ist in dieser Weise nur wider ihrer Willen möglich.“³⁰ – lesen wir bei Prohászka, und kurz darauf die Gegenthese: Die Ungarn sind bis zum Rand gefüllt mit irgendeiner Art seelischer Offenheit. Entsprechend dieses Satzes steht die Behauptung nicht fern, dass sie eine doppelte Seele haben. Bei Prohászka: eine asiatische, den „Attila-Traum“³¹, und eine westliche, die von einem „Willen des Westens“³² gekennzeichnet ist.

Auf dieser Theorie aufbauend, können wir zu dem Schluss kommen, dass diese Charakterzüge mit denen der Polen völlig übereinstimmen. Was in Ungarn die asiatische Größe ist, ist in Polen der die moderne Nation vereinigende Sarmatismus. Die seelische Offenheit entstand im Falle beider Nationen mit der Aufnahme des Christentums in im Frühmittelalter. Wo sind jedoch die Unterschiede auszumachen? Mihály Babits, einer der besten Literaten im vorigen Jahrhundert meinte, dass Ungar zu sein bedeutet: die Wirklichkeit mit einem „beschaulichen Realismus“³³ zu sehen. Babits sieht das augenfällige Negativum des ungarischen Charakters in der umständlichen Inaktivität, in der Trägheit. Viel reden („rhetorische Nation“) und viel sehen („dichterische Nation“), aber wenig tun: „Unser Volk, wie schwerfällig im Handeln es ist, ist ebenso reich im Sehen.“ – lesen wir in einer Fallstudiensammlung, in der hervorragende Ungarn ihre Meinung über die Frage „Was ist ein Ungar?“ aussprechen.³⁴

²⁸ Prohászka [...] a. a. O. Zitiert von Kurtán, Sándor: Politikai kultúra [Politische Kultur] . In: Politika és politikatudomány [Politik und Politikwissenschaft]. Hrsg.: Gallai, Sándor – Török, Gábor. Aula Kiadó, Budapest, 2005. S. 153.

²⁹ Kurtán [...] a. a. O. S. 153.

³⁰ Ebenda.

³¹ Anweisung an die gemeinsame hunnisch-ungarische Herkunft, ein emotionelles Nachgefühl „einmal wieder groß zu werden“.

³² „Nyugat-akarás“.

³³ Ungarisch: „szemlélődő realizmus“. Siehe Babits, Mihály: A magyar okosság természetrajzához [Zur Artbeschreibung der ungarischen Klugheit]. In: Nyugat, 1939/6. „Népünk, amely nehézkes a cselekvésben, époly fogékony és gazdag a látásban.“

³⁴ Babits, Mihály: A magyar jellemről [Über den ungarischen Charakter]. In: Mi a magyar? [Was ist ein Ungar?]. Hrsg.: Szekfű, Gyula. Magyar Szemle Társaság, Budapest, 1939. „A látás realizmusa ez. Oly nép

„Der Realismus des Sehens, das Verhalten eines Volkes, das erlernt hat, wie die herbeiströmenden tausenderlei Effekte und Eindrücke beobachtet werden können, obwohl der Ungar gut weiß, dass er gegenüber diesen ebenso wehrlos ist, wie gegenüber dem Wetter.“³⁵

Wie rhetorisch oder dichterisch der Pole sei, können wir hierbei nicht entscheiden. Der Unterschied liegt eher darin, dass *die polnische Nation durch die politischen Umstände viel mehr dazu veranlasst war, zu den Waffen zu greifen, als die ungarische im Jahre 1849*. Der Grad der Unterdrückung in Posen und im Königreich war eine ganz andere Dimension, als die Intensität der Unterdrückung in der Habsburgermonarchie. Obwohl die Hoffnungen auf einen Sieg Ungarns über Österreich weit weniger unrealistisch waren, als die Hoffnungen Polens in einer Konfrontation mit Russland siegreich hervorzugehen.

Unter dem Strich, war die auffallende Passivität der ungarischen Gesellschaft bezüglich einer möglichen Hilfeleistung für Polen, nicht nur von der innenpolitischen Konstellation abhängig, sondern auch von der ablehnenden Haltung der weißen Regierung in Warschau. Denn der polnische Aufstand brauchte Unterstützung in Form von Munition, Waffen und Soldaten. Nach Schätzungen von ungarischen Kriegshistorikern, wie z.B. Jakab Böhm, waren die Aufständischen schwach, ihre Zahl betrug nicht mehr als 15-20 tausend.³⁶ Andere wiederum behaupten, dass ihre Zahl sogar an die 50 tausend reichte. Das militärische Auftreten und die Organisierung einer ungarischen Legion unter ungarischer Fahne, mit einem ungarischen Offizier als Kommandant, scheiterten am Widerstand der illegalen Warschauer Regierung. Kossuth beging noch einen weiteren Fehler in der Beurteilung der Lage, indem er sich auf falsche Informationen über die Zahl der polnischen Insurgenten stützte. György Komáromy, der Agent von Kossuth, meldete über 112 tausend, unter ihnen 13.900 Kavallerie. Später stellte es sich aber heraus, dass die Meldung nicht der Wahrheit entsprach.

Und der dritte, vielleicht noch verhängnisvollere Fehler war: er glaubte zu hartnäckig an den revolutionären Geist der ungarischen Gesellschaft (1866 wurde bewiesen, dass die Haltung der ungarischen Gesellschaft nicht revolutionär war). Des Weiteren glaubte er zu hartnäckig an die europäische öffentliche Meinung (dazu gehört nicht der revolutionäre Geist der Regierungen, besonders nicht auf den von Napoleon III., der die ungarische Sache nach Solferino im Stich gelassen hatte). „Alle Gedanken Europas, wie lauter geöffnete Augen, wenden sich nach der Märtyrernation. Und das Ergebnis? ... nichts [...]!“³⁷ Nichts anderes stand bevor, als bürgerliche Hilfsaktionen und die illegale Bewerbungen von illegal tätigen Bewerbern. Das, was die ungarische Gesellschaft der

magatartása, mely megtanulta folyton figyelni a rátóduló ezerféle hatást és benyomást, noha jól tudja, hogy igazában úgys tehetetlen azokkal szemben, akár az időjárással.” S. 61.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Böhm, Jakab: Adalékok az 1863-64. évi lengyel felkelés magyar támogatásához [Beiträge zur ungarischen Unterstützung des polnischen Aufstandes von 1863-64]. In: Hadtörténelmi Közlemények, 1964./11./1. Nach Böhm hatten die Russen 126 tausend Mann gegen die Polen.

³⁷ Ebenda, S. 95. „Európa minden gondolata, mint megannyi nyitott szem, rokonszenvvel fordul a mártyr nemzet felé. És az eredmény? ... semmi [...]!“

historischen befreundeten polnischen Nation in jeder Zeit gewährt hatte (zum Beispiel im Jahre 1831). Bekleidung, Lebensmittel und Geld waren die Artikel, die durch die bürgerlichen Spenden zusammenkamen.

Und noch etwas, vielleicht noch Wichtigeres: Waffen- und Munitionstransport nach Polen. Das lief natürlich illegal ab. Illegal geschah genauso die Ausfuhr des revolutionären Nachschubs von Ungarn nach Polen. Diejenigen, die sich als Freiheitskämpfer für die polnische Sache verstanden – um den Verlust von 1949 Gefallenen polnischen Kameraden zurückzuzahlen –, sind aus den oberungarischen Komitaten nach Tarnów, Krakau, Kielce, Radom usw. gereist. Agenten, Anstifter, „Irregeführte“, oder Helden? Diese Frage lässt sich je nach Blickwinkel unterschiedlich beantworten (z.B. Stellung innerhalb der sozialen Klasse oder politische Gesinnung bzw. Parteizugehörigkeit). Dabei waren Studenten in überproportional hoher Zahl vertreten. Es wurde nach Wien berichtet, dass Studenten aus Leutschau³⁸ und Eperjes³⁹ von ihren Schulbänken verschwunden sind.

Helden und Irregeführte in einer Person. Wenig Rationalismus, viel Enthusiasmus. Fünf Schüler verschwinden aus dem Lyceum von Késmárk: Mihály Joób, András Radvánszky, Gyula Petróczy, Pál Ternyey, Pál Petrás. Ihnen gelang es sich den Aufständischen anzuschließen. Andere wiederum, wie wir es im Falle des Studenten Kozak gesehen haben, gerieten in die Fänge der Polizei. Aus dem Brief von Mihály Joób an seinen Onkel vom 16. Juni: „In Javorina⁴⁰ sind wir von einem polnischen Komitee empfangen wurden, in Tarnow zogen wir eine polnische Tracht um, an der Weichsel erhielten wir Waffen, und dann überschritten wir die Grenze.“ Eine abenteuerliche Reise nach Polen unternahm Zsigmond Emberhegyi. Der ehemalige k. k. Offizier wurde unter die Leitung von Major Sándor Nyáry eingeteilt, und nahm unter dem Kommando von Lelewel an der Schlacht von Panasówka am 3. September teil.⁴¹ Später wurde er von den Russen in Gefangenschaft genommen, dem österreichischen Gericht ausgeliefert und zur Gefängnisstrafe verurteilt. Erst nach 1867 kam er wieder auf freien Fuß.

Fazit und allmählich abklingende Nachblüte

1863 bildet eine Zäsur in der langen Kette der polnischen Freiheitskämpfe seit 1793. Die Niederlage von 1864 erwies sich gleichzeitig als ein endgültiger Abschluss der weiteren Erhebungen. Die polnische Gesellschaft im Königreich erlebte die Niederlage als etwas Verhängnisvolles, Endgültiges. Wie in Warschau, so ist in dem ganzen polnischen kulturell-politischen Wirkungsfeld das Verständnis aufgegangen, dass die polnische staatliche Unabhängigkeit sich in die ferne Zukunft verschiebt. In der europäischen

³⁸ Stadt in Oberungarn, Amtssitz des Komitat Szepes/Zips, slowakisch Levoča, ungarisch Lőcse, lateinisch Leutsovia.

³⁹ Stadt in Oberungarn, Amtssitz des Komitats Sáros, slowakisch Prešov, deutsch Preschau, lateinisch Fragopolis oder Eperiessinum.

⁴⁰ Grenzstadt zwischen Ungarn und Galizien.

⁴¹ MOL, Absolutizmuskori Levéltár, Helytartótanács elnökségi iratok [Archiv der Zeit des Absolutismus, Statthaltereipräsidialakten]. Fond D, 191. állag, IV. H. 1315. Karton 299. Unterschiedliche Dokumente ab Februar 1863.

Diplomatie kam die polnische Frage einige Male auf die Tagesordnung, so 1870 und in dem großen Balkankrieg 1877/78. Nach dem Berliner Kongress von 1878 wurde die polnische Frage aus den diplomatischen Dialogen verbannt. Die sich nach Abmachungen bestrebende Politik der osteuropäischen, konservativen Mächte hat die diesbezügliche Empfindlichkeit des Russischen Kaiserreiches respektiert, und die Polensache wurde offiziell, mit der Absicht der Modifizierung, nicht einmal berührt. Die polnische Renaissance als Konzept wurde auf die informalen politischen Schauplätze umgelagert: Die Stellung der Großen Diplomatie übernahm die internationale, revolutionäre Emigration, Kossuth, Klapka, Garibaldi, Mazzini, und ... natürlich die Polen selbst.⁴²

Die polnische Nation erlitt eine tödliche Wunde; die Apathie der polnischen Gesellschaft dauerte etwa zehn Jahre, dann kam es aber zu einer zwangsweisen Wendung. Die natürliche Vitalität der polnischen Nation durchbrach die Mauern der *Gravaminapolitik*, als die russisch-polnische Wirtschaft als ein Seitentrieb der weltkapitalistischen Entwicklung in Bewegung kam. Brenner, der Generalkonsul der Donaumonarchie in Warschau, konnte zehn Jahre nach der Niederlage an Andrassy berichten, dass sich die Lage in Warschau konsolidiert hatte, und obwohl die Kluft, der große historische Antagonismus zwischen Russen und Polen, nicht schnell verschwindet, ist jedenfalls Wirtschaftsentwicklung und Baulust überall zu beobachten. Die russische Wirtschaft inkorporiert die polnische. Warschau wird immer schöner und die Zahl der Bevölkerung nimmt zu, wodurch Sankt Petersburg, die einstige polnische Hauptstadt, zu einer provinziellen Residenzstadt herabdrückt wird.⁴³

Melancholisch, sogar traurig, klingen die Worte eines Zeitgenossen: Die Gräber der toten Aufständischen wurden vom Gras bewachsen, die Menschen wandten sich zu ihren alltäglichen Dingen hin, neue Ideen sind entstanden, Idealbilder des Vermögens und der Bereicherung. Und die europäische Politik ging ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten nach, folgte seiner eigenen Wege, gar nicht in Betracht ziehend, dass am Rande des europäischen Kontinents eine Nation, so groß wie Frankreich, tief unter der Bewusstseinschwelle über eine nationale Widergeburt Träume webt.

Der ungarischen Nation hat ihr Los eine bessere Zukunft zugesprochen. Grundsätzlich wies aber die ungarische soziologische Lage in 1863, noch Ähnlichkeiten zu der polnischen gesellschaftlichen Attitüde auf. Vor allem die Mittelschichtbezogenheit, die sowohl bei den polnischen Aufständischen, als auch bei ihren Helfern in Ungarn der Fall war, ist hierbei erwähnenswert. Der Czartoryski-Plattform entsprechend äußerte sich auch eine Tendenz in Ungarn, die Revolution als eine Sache der höheren Gesellschaftsschichten anzusehen. Aber während die polnische Regierung das

⁴² Tefner, Zoltán: *Az 1863-as lengyel felkelés [...]*. S. 162.

⁴³ Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien. Politische Abteilung XXXVIII. Konsulate 1874. Warschau. Karton 204. R-W. Brenner an Andrassy, 12. Januar 1874. „Es darf hier übrigens nicht außer Acht gelassen werden, dass dieses Beginnen einer höheren Thätigkeit auf materiellen Gebiete zum großen Theile den Verbindungen wird zugeschrieben werden müssen, welche der Handel und Verkehr mit den übrigen Theilen des russ. Reiches anknüpfte, indem er daran Bedürfnisse in den Kreis der Berechnung seiner industriellen Unternehmungen einbezog.“

Bauerntum von der Teilnahme fernzuhalten versuchte, war in Ungarn selbst seitens des Bauerntums eine Abstinenz vor der tunlichsten Teilnahme an den polnischen Kämpfen zu sehen.

Die beste Erklärung hierfür lässt sich finden, indem man sich auf die zu dieser Zeit noch nicht bereinigte Bodenreform bezieht. Die Enthebung der Leibeigenschaft 1848, und die Übergabe der Sessionen an die Bauern als bürgerliches Eigentum warfen zahlreiche politische Probleme auf. Das Verhältnis zwischen den Grundherren und den aus Leibeigenen zu freien Bodenbesitzern gewordenen Bauern war – um es gelinde zu sagen – nicht ganz harmonisch.

Die oben zitierten Stellen bezüglich des ungarischen Nationalcharakters, grüßen in dem romantischen Nachfühlen der verlorenen polnischen Freiheit zurück („beschaulicher Realismus“, „dichterische Nation“, wenig tun, viel reden usw.). In der Ebene der passiven Solidarität gab es keine relevante soziologische Schicht in Ungarn, die die polnische Sache nicht mit voller Hingebung bevorzugt hätte. Zwischen 1863 und 1867, insbesondere in der Schmerling-Ära, sind noch exemplarische Strafen abzubüßen, wenn jemand oder eine Kollektive von Revolution, Kossuth, 1849 in offener Szene Zeugnis ablegten. 1863 gehörten diese Zeugnisse zu der Gruppe der Strafangelegenheiten.

Und trotzdem feierten die Menschen die verbotenen Jubiläen illegal, sangen verbotene Lieder gesungen und hielten regierungsfeindliche Reden. Als Standort dieser Proteste dienten Theatersäle, Clubs, Gaststätten und eine eigenartige Form des passiven politischen Widerstandes im Geiste von Deák, die so genannten „Lesezirkel“, als versteckte Zentren des Unabhängigkeitsgedankens. Nicht selten wurden Petöfi-, Arany-, Vörömaty-Gedichte vorgelesen. Besonders großer Beliebtheit erfreute sich das Gedicht von Mihály Tompa (1817–1868) mit dem Titel „Zum Storche“. Wenn es darum ging, sich mit den Polen solidarisch zu zeigen, erreichte dieses Gedicht einen sehr hohen Grad an Aktualität. Der seine Heimat verlorene, in der Welt ziellos herumtreibende Freiheitsheld gilt im Auge beider Völker als eine typische Gestalt, die das tragische Schicksal beider Nationen symbolisiert.

Mihály Tompa:
Zum Storche

Frühlingslüfte wehen, lächeln Flur und Wald,
Störche kommen, sei begrüßt, lieb Vaterland.
Hoffnung erregt sich, Nest wird fest, wieder neu,
Uralten Trieben gehorcht – brüten junges Ei.

Weg, lieber Vogel, weg, flieg dem Süden nach.
Tückischer Sonnenschein und weinender Bach
Betrügen dich, es gibt hier keine Frühlingszeit,
Voll Eis die Erde, blutgesättigt, blutbeschneit.

Flieg auf die Wiese nicht, Gräberfeld liegt da umher.
Die Seen? Einst Heimat für dich, jetzt nimmermehr.
Asche, Glut bedeckt dich samt lieb Gehörigen,
Halt kriegst nicht auf verbrannten Kirchendächern.

Zieh in die Fern auch von meinem Schornstein hin
Und such dir Häuser, wo wird nur wenig geschrien.
Doch findest wenig, wo Herz sich nicht vor Wehmut neigt,
Wo Herz nicht blutet, aufgeritzt von Hoffnungslosigkeit.

Weg, die Seligkeit erblüht nur im Südenland,
Der Allmächtige gab dir zweimal Vaterland,
Uns nur ein einziges, das uns quälend vermisst,
Mächtig war es, gewesen einst und verloren ist.

Und woanders unten im Südens süßen Pomp,
Wenn dir die Schar der Heimatlosen entgegenkommt,
Sag ihnen, uns bestraft das Los hart und ungerecht,
Wie Garbe entbunden, zerfällt unser Geschlecht ...!

Viele im Grab, im Gefängnis, in blinder Dunkelheit.
Wir, noch auf der Erde, blicken in die Ferne weit.
Mancher von uns, aufgebrochen, in grämendem Gewein
Sucht neue Heimat, wortlos, mutterseelallein.

Die Braut um Hilfe fleht, damit sie nicht fruchtbar wird,
Mutter schweigt kauern überm Sarg von ihrem Kind,
Der Greise freut sich auf Sterbestund', sie nähert sich:
Vaterland verschollen, heilige Scholle, empfang mich!

Bruder Bruder verkauft... doch bitt ich dich darum,
Kein Wort darüber zu fallen, bleib deine Lippe stumm,
Damit sie, die in der Ferne Seelenschmerz zerbricht,
Nicht Verschmähung fühlen, uns missachten sie nicht.

Sag nur so einfach, unten in dem der Blumen Pomp,
Wenn eine Handvoll Ausgegrenzter entgegenkommt,
Sag ihnen, uns bestraft das Los hart und ungerecht,
Wie Garbe entbunden, zerfällt unser Geschlecht ...!⁴⁴

⁴⁴ Aus dem Ungarischen übersetzt von Zoltán Tefner

Nicolaus Rockberger:

Der ungarisch–polnisch–ukrainische Block und die Sicherheitspolitik von Österreich–Ungarn in einer außenpolitisch instabilen Zeit 1900–1914

Um die Jahrhundertwende bis zum Kriegsbeginn von 1914 führten die konservativen Monarchien in Ost-Europa einen permanenten Kampf miteinander und gegen die Revolution. Da es sich hierbei, aufgrund der divergierenden und gleichzeitig übereinstimmenden Interessen, um eine komplizierte Situation handelt, erscheint das Problem aus sicherheitspolitischer und militärischer Sicht äußerst komplex und verzwickelt zu sein. Der Zweibund, der Dreibund, der Rückversicherungsvertrag, die Mittelmeerallianz, also eine ganze Reihe der Bündnissysteme – resultierend aus der meisterhaften diplomatischen Fähigkeit Bismarcks – erlebten in der Zeit nach 1900 ihren langsamen Niedergang, nachdem ab 1892 die Entente zwischen Russland, Frankreich und später England ihren Aufstieg erlebten. Die Lage in Osteuropa wurde so instabil und gefährlich, wie nie zuvor im Laufe des „langen“ 19. Jahrhunderts.

Das ganze europäische Sicherheitssystem geriet stufenweise in eine um sich greifende Krise. Das westfälische System, das seit 1648 existierte und dessen Ordnungsprinzip die *balance of power* war, begegnete zu Ende des 19. Jahrhunderts der so genannten „Modernisierung“. Die Entwicklung der internationalen Beziehungen ist selten linear. Selten kommt es vor, dass wenn ein System sich auflöst, ihm gleich das andere System automatisch folgt. Tatsächlich existieren zwei, sogar mehrere Systeme und Tendenzen nebeneinander. So geschah es mit dem Gleichgewichtssystem der Staaten. Der Konflikt zwischen den territorialen und bürokratischen Staaten, wie Deutschland, und den neuen kommerziellen Staaten, wie das britische Reich, wurde immer bedrohlicher, und führte zum Ausbruch des militärischen Zusammenstoßes 1914. Die zwei Staaten, die über ein unterschiedliches Ordnungsprinzip verfügten, konnten zwar zunächst friedlich nebenher koexistieren, aber die Unstimmigkeiten nahmen immer weiter zu. Im Falle von Deutschland waren das Staatsgebiet und die Staatsgewalt identisch, in England wichen Territorium und Staatsmacht voneinander ab.⁴⁵ Während die Briten als Kolonisten im Rahmen einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sehr gut prosperieren konnten, hatte Deutschland mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Der Erste Weltkrieg, *der Griff nach der Weltmacht*, wie diese Eroberungslust des Deutschen Reiches von Fritz Fischer formuliert wurde⁴⁶, entsprang diesem grundlegenden Axiom.

Die Mehrheit der europäischen Staaten funktionierte in der Zeit des Überganges vom 19. Jahrhundert auf das 20. Jahrhundert als Nationalstaat, in der das Territorialprinzip und das ethnische Prinzip zusammenfielen. Eine Ausnahme bildete die multinationale Österreichisch–Ungarische Monarchie, in der insgesamt 11 Nationalitäten dem

⁴⁵Rosencrance, Richard N.: *The Rise of the Trading State: Commerce and Conquest in the Modern World*. New York : Basic Books, 1986.

⁴⁶Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918*. Droste, Düsseldorf 1961.

territorialen Prinzip gehorchten, oder sich widerspenstig gegen den Zentralismus des Reiches wandten. Letztere, wie Serben, Kroaten und Italiener, sind mit dem Namen „zentrifugale Kräfte“ gebrandmarkt, da sie sich an ihre schon bestehenden Nationalstaaten anschließen wollten. Trotz dieser funktionalen Schwäche, können wir die Monarchie nicht dem englischen Typ zuordnen. Trotz dem divergierenden Irredentismus konnte die Monarchie bis zum Kollaps von 1918 mehr oder weniger zur Staatengruppe zugerechnet werden, und die eigene, interessenorientierte Außenpolitik, weiterfortführen. Es stellt sich jedoch die Frage: Was könnte diese sich auf die Staats- und Gebietsouveränität konzentrierende Interessenbefolgung bedeutet haben? Vor allem äußerte sich darin, dass die Monarchie den Vorrang der Außenpolitik vertrat, und sie betrachtete die internationalen Beziehungen, als eine Vorbedingung zu einer friedlichen inneren Gesellschaftsentwicklung (Ruhe im Außen, Ruhe im Inneren). Worin sie sich aber zum Beispiel vom Russischen Reich oder Deutschland unterschied, war schon in diesen Jahren die Ablehnung, den internationalen Status quo in Frage zu stellen. Während des Krieges kam es selten vor, dass die Monarchie – ausgenommen die austropolnische Lösung – in ihren Kriegszielen Gebietserweiterungen expansiver Art gehabt hätte. Die austropolnische Lösung, d. h. nach dem Sieg über Russland das Polnische Königreich an die Monarchie anzuschließen, war ein Produkt des 19. Jahrhunderts, und wurde vor dem Krieg auch nicht von Deutschland hinterfragt – erst recht nicht, weil Galizien sich nach der letzten Verteilung Polens organisatorisch besser an Österreich anpasste, als die preußischen Teile an Preußen.⁴⁷

Im Gegensatz zu Deutschland hegte die Österreichisch–Ungarische Monarchie keine Welteroberungsziele. Gerade deshalb, weil sie die instabilen inneren Zustände daran hinderten. Die Pläne, das von den Russen zurückeroberte Polen mit der Monarchie zu vereinigen, lagen zwar einerseits vor der Hand, andererseits lag es jedoch auch im Interesse der *balance of power*, also im Geiste der während der westfälischen und Wiener Konferenzen eingeführten Gleichgewichtspolitik, die Ordnung im Herzen Europas aufrecht zu erhalten. Die Politik gegenüber Serbien sowie die Kriegserklärung im Juni 1914, hatten es zum Ziel, das Entstehen eines großserbischen Reiches zu verhindern und die Serben von der Adria fernzuhalten.⁴⁸ Die Politiker in Wien waren der Meinung, dass der Krieg unvermeidlich ist, aber sie sahen darin keine neue Dimension für das soziale, wirtschaftliche, politische Wachstum, während in Deutschland eine ganze Menge dieser Projekte eben im Zeichen dieser Ziele standen. Wie manche Charakterzüge der Außenpolitik der Donaumonarchie spiegelte auch die Sache mit Serbien die Passivität wieder. Wie es bezüglich der Zeit zwischen 1895 und 1908 von einem Diplomaten sehr erfinderisch ausgedrückt wurde: im Vergleich zur deutschen und russischen Politik sei

⁴⁷ Tefner, Zoltán: A lengyel–ukrán viszony [Das polnisch–ukrainische Verhältnis]. In: Budapesti Jelenlét. Nr. 25. 1999–2000 Winter. „Im Lande waren die Polen die maßgebenden Faktoren. Ihre Beurteilung schwankte im 19. Jahrhundert sowohl aus der Sicht der Dynastie als auch der anderen Völker, eines ist aber sicher: ein nationaler Aufstand entflammte gegen Österreich nicht einmal im Jahre 1848, abgesehen davon, dass tausende der Sympathisierenden an Seite des ungarischen Freiheitskrieges teilnahmen.“ S. 8.

⁴⁸ Ress, Imre: A magyar Balkán-politika módosulásának indítékai az 1870-es évek elején [Beweggründe der Umgestaltung der ungarischen Balkanpolitik am Anfang der 1870er Jahre]. In: Kapcsolatok és keresztutak. Horvátok, szerbek, bosnyákok a nemzetállam vonzásában. L'Harmattan Kiadó, Budapest, 2004. S. 195–196.

dies die Politik des „unendlich langen Wartens“. Eine alt gewordene Struktur stand einer neuen, dynamischen gegenüber.

Militärpolitische und strategische Herausforderungen in Galizien

Diese Unterschiede wurden schon unmittelbar nach 1890 eindeutig sichtbar. Zwei Jahre zuvor, konnte die Balkankrise beendet werden und eine militärische Konfliktsituation, die nur um Haaresbreite nicht zu einem Weltkrieg geführt hatte, kam zu ihrem Ende. Im Winter von 1888 fehlte nicht viel zu einem Krieg jeder gegen jeden. Die russische Gefahr – und immer mehr wurde diese Bedrohung aktueller – veranlasste die militärische Führung der Österreichisch–Ungarischen Monarchie zu einer Dislozierung ihrer Streitkräfte an die östliche Grenze, also in das ethnisch gemischte Ostgalizien. Die militärische Opposition gegen Russland wurde erst nach dem Berliner Kongress von 1878 groß und gefährlich. 1881 bewirkte der Kaiser Änderungen am Amt des Generalstabschefs, Friedrich von Beck-Rzikowsky, seinen Generaladjutanten hat Franz Joseph I. zum Generalstabschef ernannt.⁴⁹ Die Ernennung signalisierte den Eintritt in eine neue Epoche und somit auch das „Aktiverwerden“ der Militärpolitik der Monarchie gegenüber dem infolge der Orientkrise feindselig gewordenen Russland.

Für einige Zeit wurde der „Osten“ ein potenzieller und frequentierter Kriegsschauplatz. Der „Kriegsfall Russland“ rechnete zumal noch mit einer passiven Beobachtung des Gegners, der auf der anderen Seite des Grenze manövrierte. Die Verteilung der Truppen wurde westlich des Flusses San befohlen⁵⁰, ohne konkrete operative Aufgabe. Ein Jahr später änderte sich diese Vorstellung: Nach einem Gedankenaustausch mit deutschen Generalstäben stellte es sich heraus, dass die Deutschen einen Vorstoß im nördlichen Raum Osteuropas planten (Warschau–Białystok–Dęblin), und dadurch die galizische Flanke im Süden ungedeckt ließen. Die Antwort von Beck auf diese Herausforderung war: Die Truppen müssen gleichmäßig an beiden Seiten des San disloziert werden. Diese Ausbreitung der Kräfte warf ein scharfes Licht auf die Schwäche der Transportfähigkeit der Armee und auf die ungenügend zur Verfügung stehenden Eisenbahnlinien (nur viele eingleisige Linien konnten der Etappentätigkeit dienen). Das war zu wenig, was die Mobilisierungszeitdauer enorm verlängerte. Die Deutschen konnten bereits am 20. Tag fertig werden, wozu die k. u. k. Armee 45 Tage brauchte⁵¹ Niemanden tröstete es, dass die Russen zur Mobilisierung in diesen Jahren noch 90 Tage, also die doppelte Zeitdauer brauchten.

Je mehr Zeit verging, desto mehr verschlechterte sich das Verhältnis mit Russland. Nach 1892 ereigneten sich in den französisch–russischen Außenbeziehungen gravierende Geschehnisse⁵², wodurch die Bedrohung aus dem Osten immer näher rückte. Zwischen

⁴⁹Beck-Rzikowsky Freiherr, Friedrich von (1836–1920): österreichisch–ungarischer General im Range eines Feldzeugmeisters. 1867 wurde er Vorstand der Militärkanzlei des Kaisers und 1874 sein Generaladjutant ernannt. Ab 1881 als Nachfolger von Chef des Generalstabes bis 1906, zum Amtsantritt von Conrad von Hötzendoff.

⁵⁰Wagner, Walter: Die k. (u.) k. Armee –Gliederung und Aufgabenstellung. In: Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Hrsg.: Wandruszka, Adam und Urbanitsch, Peter. Band V. Die bewaffnete Macht. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1987. S. 382.

⁵¹Ebenda.

⁵²Ebenda.

1892 und 1896 konnte Russland den österreichischen Vorsprung rasch aufholen, und gleichzeitig konnte „[...] zwischen den Verbündeten [verstehe darunter die Franzosen–Z. T.] eine dauerhafte Übereinstimmung hinsichtlich der strategischen Ideen [...]“ zustande kommen. Was diese militärische Gegenüberstellung noch erschwerte: Die Außenpolitik im Russischen Kaiserreich nahm eine Wende um 180 Grad vor. Nachdem Russland auch im diplomatischen Bereich durch seine Handlungen im Osten und an seinen Westgrenzen in seiner Diplomatie mit England, Deutschland und Österreich–Ungarn ins Wespennest gegriffen hatte, musste das Schwergewicht seiner Kontakte auf Frankreich verlegt werden. Im August 1891 besuchte die französische Kriegsmarine Kronstadt – dasselbe Jahr, indem auch der Konsultativpakt mit Frankreich geschlossen wurde. 1893 folgte die Ratifizierung des französisch–russischen Militärabkommens. Es waren Stationen auf dem Weg in Richtung einer neuen Mächtekonstruktion, in ein anderes Europa.⁵³

Damit die Welle nicht über dem Kopf des österreichisch–ungarischen Oberkommandos zusammenbricht, dachte man 1905 daran, die Zahl der Divisionen in Galizien auf 15 zu erhöhen, weil man mit einem gewaltigen Angriff an der Ostflanke seitens der russischen Armee rechnete⁵⁴. Eine sechste Bahnlinie wurde inzwischen fertiggestellt, eine sechste Armee aufgestellt und die Zeit für den Truppenaufmarsch wesentlich verkürzt. Die Vorbereitungen ließen erst während des russisch–japanischen Krieges von 1905/06 nach⁵⁵, um dann die Intensität der Aufrüstung in den kommenden Jahren bis 1914 weiter wachsen zu lassen. Dies war wichtig, weil Gefahr von anderer Seite drohte. Der Generalstab arbeitete den „Kriegsfall I(talien)“ sowie den „Kriegsfall Ungarn“ aus. Den „Kriegsfall Ungarn“ benötigte man wegen der in Ungarn um sich greifenden Krise, als die ungarische Opposition im Budapester Reichstag die 1867er Basis verlassen wollte, stets gegen den 1867er Kompromiss heftig plädierte, das Königreich dem Bund der Monarchie entreißen wollte.⁵⁶ Die anderen Mächte hatten *einen* Feind, die Monarchie gleichzeitig drei. Nach 1906, nach der Ablösung von Beck-Rzikowsky, übernahm Franz Conrad von Hötzendorff die Stelle des Oberstleutnants. Außer der italienischen, hielt er die russische Gefahr für besonders groß. Im ersten Fall forderte er den Präventivkrieg gegen Italien. Im zweiten Falle richtete er eine Verteidigung ein und wusste, dass Russland die einzige Großmacht ist, die ernsthaft darauf bestrebt war, die Monarchie von der Landkarte zu tilgen. 1913 erhielt er von den Deutschen das Versprechen, im Falle eines russischen Krieges – im Geist der deutsch–österreichisch–ungarischen Militärkonvention von 1883 – mit 13 Divisionen in Ostpreußen einen Angriff gegen Russland zu eröffnen und mit diesem Manöver die russische Nordarmee zu binden.⁵⁷ Als Conrad auf den Posten des Chefs des Generalstabes berufen wurde, waren die Befestigungsanlagen veraltet. ⁵⁸ Aus sechs Einbruchsräumen war der Angriff zu

⁵³Diószegi, István: A hatalmi politika másfél évszázada. [Anderthalb Jahrhunderte der Machtpolitik] História Könyvtár, Budapest, 1994. S. 196–197.

⁵⁴Wagner [...] S. 383.

⁵⁵Ebenda.

⁵⁶Peball, Kurt – Rothenberg, Gunther E.: Der Fall „U“. In: Aus drei Jahrhunderten. Beiträge zur österreichischen Heeres- und Kriegsgeschichte von 1645 bis 1938. Wien, 1938.

⁵⁷Wagner [...] S. 388.

⁵⁸Mörz, de Paula: Der österreichisch–ungarische Befestigungsbau 1820–1914. Verlagsbuchhandlung Stöhr, Wien, 1995. S. 12–13.

erwarten⁵⁹, dem galizischen Raum hat er exklusive Bedeutung beigemessen. Die natürliche Grenzlinie der Flüsse Weichsel-Prut-Zbrucz hätte den Vorstoß nicht abwehren können, so benötigte die Verteidigung größere⁶⁰ und kleinere Befestigungen.

Nationale Konflikte und Landesverteidigung am Ostrand

Anhand dieser Feststellungen erkennt man eindeutig, wie der „Ostrand“ der Monarchie militärisch gesehen eine extreme Rolle zu spielen hatte, und dass man aus diesen Überlegungen heraus dem Kronland Galizien nicht nur strategisch, sondern auch *nationalpolitisch, sozialpolitisch und ökonomisch* eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Fehler zu begehen war hier viel riskanter, als in vielen anderen Ländern der Donaumonarchie. Die Lage war nicht vielversprechend. *Die Gegensätze unter der galizischen Bevölkerung zersprengten die Rahmen des Kronlandes.* Und gerade dort, wo Ruhe in der Innenpolitik am wichtigsten gewesen wäre, in Ostgalizien, lag die Landeshauptstadt Lemberg. Die ganze Region war von Ukrainern besiedelt (nach dem zeitgenössischen Namen „Ruthenen“) und weit bis an die russische Grenze stieß man überall nur auf Ukrainer (ausgenommen die größeren Kreisstädte, wie Tarnopol, Stryj, Kolomea, Stanislau, Brody usw.), wo man eine gemischte, teils polnische, teils jüdische Population auffand. Faktisch sah die demographische Lage sehr undurchsichtig aus: „die in Mehrheit existierende Minderheitsnation“.⁶¹ So war es mit den Polen in Ostgalizien, wo sie *politisch* die größte Bedeutung hatten und ihnen die leitende Funktion überlassen wurde. Aus diesem Grund mussten sie – umgeben von dem „ruthenischen Meer“ – diese Oberhoheit zur Geltung bringen. Die historische Herausforderung war groß und barg eine Menge Risiko.

Der Wendepunkt ist der 10. Dezember 1866. An dieses Datum knüpft sich eine große, wenn nicht die *schicksalsvollste* Wendung der polnischen Geschichte im Band des Habsburgerreiches. An diesem Tag sprachen die „gesamtgalizischen“ konservativen Polen ihre Loyalität gegenüber dem österreichisch-ungarischen Dualismus⁶² aus, der ein paar Monate später mit dem Akt der Krönung von Franz Joseph I. in der Pest-Budaer Matthiaskirche zu welthistorischer Realität wurde. Das Gelübde und die Huldigung der Polen, in denen sie ihre Treue dem Haus der Habsburger versprachen, betraf gleichzeitig auch die Ungarn, bzw. die ungarische politische Stellung innerhalb der Doppelmonarchie, also das dualistische System. Die polnischen Abgeordneten in Wien im österreichischen Reichsrat standen in den Kämpfen für das Zustandekommen des Dualismus *immer an Seite der Ungarn, sie stimmten in allen wichtigen Regierungsentscheidungen für den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867* und sie nahmen auch das Staatsbudget an.⁶³ Als „Tauschgeschäft“ hat die Wiener Regierung den

⁵⁹Ebenda. Donau-Linie, böhmisch-mährischer Raum, der Balkan, die adriatische Küste, die Alpen und Galizien. S. 15.

⁶⁰Ebenda. Przemysl, Krakau, Zaleszczyk

⁶¹Tefner, Zoltán: A többségben élő kisebbségi nemzet. Az ukránok és a lengyelek megítélése a bécsi politikában a keleti válság idején és az 1880-as években [*Die in Mehrheit existierende nationale Minderheit. Die Beurteilung der Ukrainer und der Polen in der Wiener Politik zur Zeit der Orientkrise und in den 1880er Jahren*]. In: Valóság, November 2000, Jahrgang XLIII., Nr. 11. S. 46.

⁶²Ebenda.

⁶³Panenkowa, Irena: Walka Galicji z centralizmem wiedeńskim. Dzieje rezolucji sejmu galicyjskiego z 24. września 1868 [*Kampf Galiziens gegen den Wiener Zentralismus. Geschichte der Resolution des*

galizischen Polen zuerst bescheidene, später schwerwiegende Vorrechte zugestanden, wie im Juni 1867 die Einführung der polnischen Sprache in den Grund- und Mittelschulen.⁶⁴ Mit heutigen sozialwissenschaftlichen Begriffen ausgedrückt, haben sie mit Österreich ein Nullsummenspiel gespielt, in dem die Ukrainer die Verlierer waren. Denn ein Spieler konnte nur dann gewinnen, wenn einer oder mehrere Mitspieler verlieren würden.

Im November 1871 wurde der ungarische Ministerpräsident Graf Julius Andrassy zum gemeinsamen Außenminister ernannt. Die alte russlandfeindliche Doktrin der ungarischen Liberalkonservativen ist mit seinem Auftreten Reichspolitik geworden. Den Präventivkrieg gegen die Russen hat nicht Conrad von Hötzendorff erfunden, sondern dieses sehr risikoreiche Unterfangen geht bis weit in die ungarische Geschichte zurück, und wurde im Februar 1872 mit dem außenpolitischen Programm von Andrassy wieder zum Leben erweckt. Andrassy behauptete, dass der Krieg gegen Russland innerhalb von zwei Jahren, also 1874 ausbrechen würde, und es besser wäre, wenn die bewaffnete Macht Österreich-Ungarn mit einem Angriff den Feind überraschen könnte. Andrassy, der mit den Polen auch persönlich beste Kontakte pflegte⁶⁵, rechnete mit den Kongresspolen als teilnehmende Aufständische, die im Rücken der Russen operieren könnten, um den russischen Aufmarsch zu verhindern. Die Ukrainer hat er in seine Pläne nicht einkalkuliert. Die erste konkrete Situation für den Krieg – und für die polnische Hilfe – ergab sich 1877, im Orientkrieg, die zweite 1888 in der zweiten Balkankrise (wenn die polnischen Legionen und die ungarischen Husaren den Gegner gemeinsam anstürmen – die ungarische Presse wimmelte von diesen Geschichten). Andrassy's Pläne scheiterten am Widerstand auf der Wiener und Berliner politischen Palette. Das Konto mit den Russen auszugleichen (Andrassy's Ausdruck) gelang der Monarchie nicht. Die späteren Generationen mussten wegen dieses Versäumnisses die Suppe auslöffeln.

Das „Favorisieren“ der galizischen Polen seitens der Wiener und der Budapester Regierung dauerte etwa bis 1903, bis dann mit der Teilnahme starker, linksorientierter Parteien Ukrainer auf dem Podium erschienen; ein exhibitionistischer, nationaler Radikalismus stieß mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges hervor, was beinahe zur Spaltung des Kronlandes in einen westlich-polnischen und einen östlich-ukrainischen Teil führte. Dass die leitende Elite, insbesondere die ungarische, die Polen und nicht die Ukrainer unterstützte, ist dem oben dargestellten Charakter Galiziens zu verdanken.⁶⁶

galizischen Sejm vom 24. September 1868]. Lwów, 1918. S. 74–75. [Aus dem Polnischen übersetzt von Zoltán Tefner]

⁶⁴ Tefner, Zoltán: *A lengyel ukrán viszony* [...]. Später kamen noch weitere Zugeständnisse hinzu: „Die Polen haben 1868 in Galizien eine Autonomie, eine Landesregierung fing an zu regieren mit dem Zentrum von Lemberg (das heutige Lwów, Lviv), das Landesparlament, das »galizische sejm« wurde im Laufe der Jahrzehnte zu einem wirklich souveränen lokalen Organ entwickelt, wo die die wichtigen Angelegenheiten die lokalen politischen Kräfte mit Vollmacht wahrgenommen hatten.“ S. 8.

⁶⁵ Tefner, Zoltán: *Lengyel forradalmak a 19. században és a lengyel közvélemény*. [Polnische Revolutionen im 19. Jahrhundert und die ungarische Öffentlichkeit] In: *Rubicon*, 1999/7. Melléklet XI.–XIII.

⁶⁶ Tefner, Zoltán: *A többségben élő* [...]. S. 47. [Aus dem Ungarischen übersetzt von Zoltán Tefner. Im Weiteren: alle benutzten Textpassagen aus dem Ungarischen und Polnischen sind Übersetzungen von gleichem Übersetzer.]

Eine Pufferzone gab es auch anderorts entlang der Reichsgrenzen (an Italien, Rumänien, aber auch ein Krieg gegen den deutschen Bundesgenossen war nie ganz ausgeschlossen), die russische Pufferzone genoss jedoch stets die höchste Priorität. Das andere Ordnungsprinzip erschien im Ideologischen. In diesem ideologischen Bereich tobten die Diskussionen, die Ideologie sollte dem Ort der anti-panslawistischen Propaganda, der *Schaufensterpolitik* dienen. Hier musste die innenpolitische Lage auch intensiv ausgestaltet werden, da die panslawistische Ideologie, ein Mittel Russlands um Gebiete in Mitteleuropa zu erobern, in den von Slawen bewohnten Kronländern und im Ungarischen Königreich äußerst populär war. Den Schlüssel zum Sieg verloren die Ukrainer schon zu Beginn, weil sie *nur* ein Stamm des „süßen russischen Mütterchens“ gewesen sind, was sie bis auf den heutigen Tag heftig zu ignorieren versuchen. Zu dieser Zeit linderte aber selbst die treue Gefolgschaft dem Kaiser von Österreich gegenüber nicht den Argwohn, dass diese mit ihren slawischen Stammesgebrüdern konspirieren könnten. Da die Gefahr der Revolution auch die nüchterne menschliche Urteilsfähigkeit negativ beeinflusste, fand man auch da einen Feind, wo keiner war. Wie der russische Ministerpräsident Witte 1905 zu sagen pflegte: das „irrsinnig gewordene Russland“ veränderte das Bild über die Russen überall in Europa.⁶⁷

Aber nicht alle Ruthenen dachten so. Eine große Gruppe, die so genannten „Russophilen“, machten sich Russlands Außenpolitik zu eigen. Insbesondere die orthodoxen Priester, sowohl in den seelenreicheren Ortschaften, als auch in den entlegenen ukrainischen Dörfern, verbreiteten die russophile Ideologie. Persönlichkeiten wie der Priester Ivan Naumovyč errangen unter den galizischen, an Russland hängenden Ukrainern eine hohe Autorität.⁶⁸ In der Mehrheit bildeten die griechisch-katholischen Geistlichen⁶⁹ eine von den Orthodoxen ausgegliederte Kaste, die aus wenig Russlandfreunden bestand.

Natürlich mussten die Ukrainer ihre Hoffnung nicht begraben, was allerdings auf eine gewisse Anzahl von Gönnern in Wien zurückzuführen ist. Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die außenpolitische Lage düstere Ausmaße annahm, und ein Krieg mit Russland immer wahrscheinlich wurde, wandte sich die öffentliche Wahrnehmung in Wien gegenüber den Ruthenen und man rechnete nur mit der Hilfe der Polen, die seit Jahrhunderten mutig den Russen gegenübertraten. Jedenfalls war es mit den polnischen Konservativen so. Nach 1870 erwuchs nämlich in Russisch-Polen eine andere politische Denkungsart, die nach dem Krach der europäischen Politik bezüglich der

⁶⁷ Tefner, Zoltán: Ausztria–Magyarország lengyel külpolitikája I. [Die polnische Außenpolitik der Österreichisch–Ungarischen Monarchie I]. In: Valóság, 2003 Juli. Jahrgang XLVI. S. 48.

⁶⁸ Wendland, Anna Veronica: Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland 1848–1915. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 2001. Wendland, Anna Veronica: Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland 1848–1915. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 2001. „Ivan Naumovyč, der »Aufklärer der galizischen Rus«, war der Prototyp des volksnationalen russophilen Pfarrers und gleichsam der Gegentypus des sprichwörtlichen elitären, sich pseudotokratisch gebenden griechisch-katholischen Geistlichen. Von einem Format gab es einige russophile Geistliche; er allein aber war den ukrainischen Bauern in ganz Galizien ein Begriff.“ S. 376.

⁶⁹ Im Sinne der 1596 unterzeichneten Union von Brest behielt die griechisch-katholische Kirche den byzantinischen Ritus, Verwaltung nach ist sie aber in die römische Kirche übergetreten. 1596 ratifizierte der Heilige Synod der Kiewer Rus' die von Rom approbierte Union.

Polenrettung⁷⁰, und zwar nach der blutigen Niederschlagung des 1863er Januaraufstandes von den Russen sich bereit machten, Russland als ein *unvermeidliches Schlechtes* anzunehmen, und die polnischen Zukunftsprogramme unter dem Herrscherstab des russischen Zaren zu stellen. „Die Grabstätten der 1863er Aufständischen hat das Grass bewachsen.“⁷¹ Kommt Zeit, kommt Appetit: Eine zahlreiche soziale Schicht (in ihren Reihen mehrere Unternehmer) bemerkten, dass die russische Wirtschaft ihnen ein fruchtbringendes Feld anbietet, auf dem man Vermögen ansammeln kann. Es waren die Nationaldemokraten⁷² unter der Leitung von Roman Dmowski, mit einem nationalen und populistischen Programm.⁷³ Zahlreich in Warschau, weniger anwesend in Wien und Galizien, was damit zusammenhing, dass nach 1868 Konzessionen für die Polen aus Wien scharenweise zuströmten und überhaupt die allgemeinen Lebensverhältnisse in Österreich, also in Galizien und Österreich-Schlesien ungleich besser waren, als in Russland oder in Deutschland. Die Nationaldemokraten, Polen und Ukrainer gemischt - obwohl es jenseits der Grenze den Polen und den Ukrainern viel besser ging als den Russen - bedeuteten einen Risikofaktor, bei Betrachtung der Staatssicherheit. Der Russophilismus war in ihrer Gruppe ein staats- und außenpolitisches Konzept. Egal ob sie einer anderen Nationalität angehörten.

Der Konflikt spitzte sich zu Zeiten von internationalen Krisen zu, beispielsweise 1875–1878 oder 1885–1888, oder während der zwei großen Orientkrisen, als der europäische Frieden von einem kontinentalen Krieg bedroht war. Die außenpolitische und militärische Leitung in Wien, das gemeinsame Ministerium des Äußern und das Armeeoberkommando bevorzugten das Rückgrat der österreichisch-polnischen Gesellschaft, die polnisch-konservativen Parteien, und selbstverständlich die ungarischen Nationalkonservativen, die – noch im Auslaut des XIX. Jahrhunderts – sehr stark und „dualismustreu“ politisierten. Kurz und bündig: Das polnische und das ungarische Establishment wurden von der höchsten Spitze der Wiener Politik als Hauptstützen gegen die Russen in einem europäischen Krieg angesehen. Aus historischen Gründen⁷⁴ waren sie nämlich die radikalsten politischen Kräfte, die ständig und folgerichtig, jedes sich anbietende Forum auszunutzen versuchten, einen

⁷⁰ Tefner, Zoltán: Az 1863-as lengyel felkelés és az európai politika [Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik]. Érd, 1996.

⁷¹ Ebenda. S. 161–162.

⁷² Sie führten eine pragmatische Politik in allen drei Teilungsgebieten Polens unter der Führung von Roman Dmowski (1864–1939). 1887 gründeten sie die Nationale Liga (Liga Narodowa). Die Liga haben sie 1897 auf „Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne“ (Nationaldemokratische Partei) umbenannt. Ihre administrative Tätigkeit erstreckte sich auf alle drei polnische Gebiete, ab 1901 wurde zum Beispiel ihre Zeitschrift „Przegląd Wszepolski“ in Lemberg (Lwów), später in Krakau redigiert. Die Parteimitglieder der ENDECJA bildeten beispielsweise in der Nationalen Duma (Parlament) in Sankt Petersburg eine Sektion, den „Polenklub“, genauso wie es in dem Wiener Reichsrat der Fall war.

⁷³ Dmowski, Roman: Polityka polska i odbudowanie państwa [*Polnische Politik und* . Przedmową do obecnego wydania i komentarzem opatrzył Tomasz Wituch. Warszawa 1988.

⁷⁴ Kann, Robert A.: Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918. Böhlau Verlag, Wien, Köln, 1990. Die russische Einmischung in die Angelegenheiten des ungarischen Freiheitskrieges, die Niederschlagung der ungarischen Bewegung im August 1849; der Krimkrieg 1853–1856: Ein Bündnis mit den Westmächten gegen Russland hätte dahin wirken können, dass es für die absolutistisch-zentralistische Macht der Habsburger gefährlich hätte sein können, unter anderem wegen der Destabilisierung der ungarischen Lage ein paar Jahre nach der Revolution. S. 246–245.

Präventivkrieg gegen Russland vorzuschlagen. Aus diesem „totalen“ Krieg wurde aber bis zum August 1914 nichts.

Wie oben erwähnt, waren die Chancen der Ukrainer in der Monarchie nicht völlig hoffnungslos. Die Lage ergab sich trotzdem so, dass sie in Wien - und zwar in den höchsten Ebenen -, eine verschwindend kleine, aber desto mehr entschlossene Gruppe von „ruthenenfreundlichen“ Helfern hatte. Beispielsweise Carl Ritter von Wolfarth, angestellt im Gemeinsamen Ministerium für Äußeres als Ministerialrat, früher Kreisoberhaupt in Galizien (Kolomeja, Włoczów)⁷⁵, ein Kenner der ruthenischen Umstände, und mit ukrainischen Sprachkenntnissen. Es lag ihm daran, seinen Schützlingen aus den alten Amtszeiten in Galizien eine Hilfe zu leisten, und zwar mit dem Zweck, die Ruthenen als politischen Faktor mit den Polen gleichzusetzen. Diesbezüglich tauchte auch ein Konzept der Teilung Galiziens in einen östlich-ukrainischen und einen westlich-polnischen Teil auf, welches bis auf die Jahre nach 1900 hielt - natürlich begleitet vom energischen Protest aller Polen.

Als im Frühling 1877 der Krieg Russlands gegen die Türken vor der Tür stand, und als mögliche Folge dieses Krieges auch ein Präventivkrieg der Monarchie gegen Russland hätte vollzogen werden können, verfasste er ein Memorandum über die mögliche Verwendung der *galizischen* Ukrainer in diesem zu erwartenden kriegerischen Konflikt. „Warum favorisieren wir nur die Polen?“ – so die Fragestellung Wolfarths.⁷⁶ Und noch: Aus historischen Überlegungen kann man wissen, dass das Ukrainertum ein ebenso wichtiges Volkselement der Monarchie ist, wie das Polentum. Die Monarchie unterschätzt den Wert der Ukrainer tief, es wird in der Wiener Politik die falsche Tatsache vorgespielt, dass Österreich-Ungarn dieses unermesslich große Element ungebührlich in den Hintergrund stellt, um die Mitwirkung und die Sympathie des polnischen Elementes zu sichern. Die Polen werden wackeln, sie würden die Freunde Russlands sein, wenn es so kommen sollte, dass die Unabhängigkeit Polens eben die Russen herstellen würden, aber mit den Ruthenen sollte es nie vorkommen. Sie sind nämlich Erzfeinde der russischen Nation, wodurch sie in einem Krieg gegen Russland als die tapfersten Kämpfer attackieren würden.⁷⁷

Fast genau dieselben Vorschläge wiederholten sich 1887. Wegen der bulgarischen Verwicklungen stand Europa wieder kurz vor dem Krieg.⁷⁸ Auch diesmal herrschte in der Wiener Politik und in der öffentlichen Meinung der Eindruck, in einem künftigen Krieg gegen Russland seien die Ruthenen die Agenten und Spione der Russen. Wieder meldeten sich aber die Gönner, die eher der ukrainischen Seite den Boden hätten vorbereiten wollen. Der Oberst vom Generalstab Rosenberg legte dem Außenministerium die Denkschrift vor, die in ähnlichem Geiste die Treue und den

⁷⁵ Haus- Hof- und Staatsarchiv Wien (im Weiteren HHStA) Kabinettsarchiv. Kabinettsakten. 2473/1900. In: Tefner, Zoltán: A többségben élő [...]. S 61.

⁷⁶ Tefner, Zoltán: A lengyel-ukrán viszony [...]. S. 9.

⁷⁷ Haus- Hof- und Staatsarchiv Wien (im Weiteren HHStA) Kabinettsarchiv. Kabinettsakten. 2473/1900. In: Tefner, Zoltán: A többségben élő [...]. S 61. „Nach seiner Meinung beherbergt die ukrainische Volkstypologie die tiefste Russenfeindlichkeit, nur kann man dies entlang der modernen Kraftlinien der Weltpolitik kaum wahrnehmen, wie dies von der Propaganda verschleiert ist. In der Wirklichkeit wirken die originellen und urältesten Gegensätze zwischen den Groß- und Kleinrussen.“

⁷⁸ Kann [...]. S. 369.

Heroismus der Ukrainer hervorhob. Selbst die ukrainischen Organisationen versäumten sich nicht mit ihrer fast vorbehaltlosen Reichstreue. Die Ukrainer haben Angst davor – schrieben viele ukrainische Publizisten –, dass wenn die Russen siegen, sie das eroberte Ost-Galizien dem Russischen Zarenreich anschließen, und „wie kümmerlich wird dann das Los uns armer Ukrainer?“.79 Oberst Rosenberg schlug in seinem Memorandum vor: Die Monarchie muss erklären, dass im Falle eines siegreichen Feldzuges gegen die Russen, eine autonome und *nicht polnische* West-Ukraine, oder Ost-Galizien gegründet werden wird.

Agenor Gołuchowski junior. Ein Distanz haltender politischer Kurs gegenüber Russland

Ab 1895 fing eine Negotiationsperiode mit den Russen an. Der gemeinsame Außenminister, Graf Agenor Maria Adam Gołuchowski⁸⁰, ein Pole aus Lemberg, hat sich während seiner Amtszeit für eine Status-quo-Politik eingesetzt. Seine Angst vor dem immer stärker werdenden Russland bewog ihn zur Unveränderlichkeit auf dem Balkan. Wie sich die Zeitgenossen darüber äußerten, verkörperte er die „Politik des unendlich langen Abwartens“: so lange wie möglich den offenen bewaffneten Konflikt mit dem asiatischen Koloss hinauszuzögern. Einiger seiner Maßnahmen waren erfolgreich. Ansonsten gelang es ihm nicht, eine zukunftsorientierte, offensive Außenpolitik zu entwickeln. Nie in der europäischen Politik gab es eine solche Großmacht, die den Typ eines „bürokratischen“ Staates besser hätten verkörpern können, als die Donaumonarchie während seiner Amtszeit. Der alte Schwung und Ehrgeiz von Julius Andrassy der 1870er Jahre konnte nicht einmal in Ansätzen entdeckt werden. Allerdings was der Präventivkrieg gegen Russland anbelangt. Sonst aber wurde der Ostrand, die Peripherie der Monarchie ein Feld für die blutigen Gegensätze, den Nihilismus, die russische Spionage. Aus dem starken Bollwerk gewann die Monarchie ein Feld der Unsicherheit, wo die Behörden nie dessen sicher sein konnten, wo die soziale Ruhe in einer beliebigen Minute gestört werden wird. Es gab überall Gegensätze: Polen–Ukrainer, alle Volksgruppen–Juden, Katholiken–Griechisch-Orthodoxen usw. Die Lage nach etwa 1900 versprach nicht viel Gutes, wenn es zu einem Krieg gekommen wäre.

Natürlich handelte es sich nicht alleine um die Ethnizität. In einem sich auflösenden Reich, das die Donaumonarchie selbst war, zersprengte der Rahmen die Modernisierung. Die Entwicklung der internationalen Beziehungen ist selten linear. Zwei oder mehrere Tendenzen rangen miteinander, und im Ostrande des Reiches, wo die politischen Rahmenbedingungen schwächer waren als woanders im Reich, führte dieses Ringen zu rohen ungezügelter Umstände (Attentaten, Terrorismus, Landesverrat, Spionage, Schmuggelei usw.). Und in der Leitung der Monarchie war der Restabsolutismus (bestimmte Vorrechte der politischen Elite aus dem XVIII.

⁷⁹ Tefner, Zoltán: A többségben élő [...]. S 61.

⁸⁰ Gołuchowski, Maria Adam Graf von Gołuchowo (1849–1921): dynastietreu erkonservativer Politiker, aus alter hocharistokratischer Familie. Im Amt 1895–1906. Sein Vater, Agenor Gołuchowski der Ältere bekleidete unterschiedliche Ämter im Dienste der Habsburger. Kann [...] „Er hatte versucht, mit Rußland und damit indirekt mit Serbien freundliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, und wurde daher von einer Gruppe beschuldigt, magyarische Interessen zu schädigen, von der anderen, sie zu sehr begünstigen.“ S. 372.

Jahrhundert) mit den modernsten Errungenschaften der Verfassungsmäßigkeit. Die in seine politischen Grenzen eingeklemmte Monarchie verabschiedete sich schon ihre alten administrativen Formen, aber nicht von allen. Tatsächlich existierten zwei, sogar mehrere Systeme und Tendenzen nebeneinander her. Die revolutionäre Aufwühlung um klare Terrainverhältnisse, zersprengte die Peripherien. Die links gelegenen Parteien und Ukrainer vermehrten sich zahlenmäßig. Die Konservativen Polen in Krakau und in Lemberg wären die Garanten des Landesfriedens gewesen, aber ihre positive Beurteilung in der Wiener Politik bedeutete nicht, dass sie ihrer selbst hätten mächtig sein können. Ihre Wege kreuzten die außenpolitischen und innenpolitischen Trends.⁸¹

Und für die Abschwächung der Verteidigungsfähigkeit der bewaffneten Macht war Ungarns Innenpolitik ebenfalls verantwortlich. Der wirtschaftliche Ausgleich von 1867 musste von beiden Regierungen alle zehn Jahre erneuert werden. Die periodisch entflammenden Diskussionen über die Verlängerung des Ausgleiches, über die ungarische Berechtigung und/oder Nichtberechtigung internationale Handelsverträge zu unterzeichnen, über die Quote, also den Beitrag zur Finanzierung des „Staatsbetriebs“, und weitere schwerwiegende Punkte, führten bis zur Jahrhundertwende zu erheblichen Problemen.⁸² Die ungarische Unabhängigkeitsbewegung, die zwar seit dem Moment des Ausgleiches schon existierte (Ablehnung der gemeinsamen Angelegenheiten, Verteidigung, Finanzwesen, Außenpolitik), durchlief nach 1900 eine Verschiebung der Schwerpunktsetzung. Zahlenmäßig sind sie größer geworden, während die konservative „67er Plattform“, die für die Aufrechterhaltung des Dualismus plädierte, in das ungarische Parlament zurückkehrte.

Die schärfsten Konflikte brachen aber erst nach 1903 aus. Ungarn verpflichtete sich ganz am Anfang für die Aufstellung zu einer bestimmten Quote von einberufenen Rekruten (Wehrgesetz 1868 und 1889). Die Ergänzung lief eine Weile gut, aber Ende des Jahrhunderts beschleunigte sich das demographische Wachstum. Der Anstieg der Bevölkerung im Ungarischen Königreich verursachte den Anstieg der einzuberufenden Rekruten, so dass es für Ungarn möglich wurde, Zugeständnisse in der Führungsstruktur der Armee, also eine größere Rolle in der Führung zu erwünschen.⁸³ Sehr ernsthaft bot es sich in der ungarischen Regierung und im Abgeordnetenhaus, eine selbstständige ungarische Armee aufzustellen. Als der Kaiser den Befehl für die Einheit der K. u. K. Armee aussprach (der Armeebefehl von Chlopy⁸⁴), kam es in Budapest zu einer riesigen Empörung. Die ungarische Lage drohte zu einem Bürgerkrieg zu werden (siehe oben

⁸¹ Tefner, Zoltán: Ausztria–Magyarország lengyel külpolitikája II. [Die polnische Außenpolitik der Österreichisch–Ungarischen Monarchie II]. In: Valóság, 2003 August. Jahrgang XLVI. S. 47–48.

⁸² Kann, Robert A.: Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918. Böhlau Verlag, Wien–Köln, 1990. Die Quote wurde so festgelegt, dass Ungarn 30%, Zisleithanien, d. h. Österreich 70% der Kosten tragen mussten. S. 381.

⁸³ Ebenda, S. 382.

⁸⁴ Chlopy: Gemeinde in Galizien, in der Nähe von Lemberg. Das Manöver in der Gegend wurde mit dem kaiserlichen Befehl abgeschlossen: „Getreu ihrem Eide wird Meine gesamte Wehrmacht fortschreiten auf dem Wege ernster Pflichterfüllung, durchdrungen von jenem Geist der Einigkeit und Harmonie, welcher jede nationale Eigenart achtet und alle Gegensätze löst, indem er die besonderen Vorzüge jedes Volksstammes zum Wohle des großen Ganzen verwertet. [...] Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll Mein Heer bleiben.“

„Kriegsfall Ungarn“). Unter diesen Umständen, rückte das Idealbild von Andrassy über das gemeinsame Zusammengehen der polnischen Legionäre und der ungarischen Husaren gegen die russische Armee in die Welt der Fiktionen.

Die Wehrpotenz der Monarchie entkräftenden Faktoren: ukrainisch-nationaler Radikalismus, Attentate, Doppelagenten

Die drei Faktoren stehen in einer Wechselwirkung miteinander. Die politischen und geheimdienstlichen Gegenmaßnahmen, um die unbefriedigenden Verhältnisse zu verbessern, zeigten seit den 1880er Jahren einen wellenartigen, fluktuierenden Prozess. Es sind in dieser Zeit, bis zum Ausbruch des Großen Krieges von August 1914, Wellenberge und Wellentäler in der Sorgfalt und Aktivität der zentralen Behörden zu beobachten. Obwohl Galizien, diese Peripherie der Monarchie durch Festungen sowie durch die hier dislozierten Großverbände hoher Aktionsfähigkeit militärisch mehr oder weniger abgedeckt war, dämpften ihre Wehrfähigkeit die zerzausten politischen und ethnischen Verhältnisse in unwahrscheinlich hohem Maße ab. Die verwirrten Relationen zwischen den sozialen Schichten, der immer mehr vorwärts drängende ukrainische nationale Radikalismus und dessen dazugekommene Polen- und Monarchiefeindlichkeit, bewirkte, dass sich das zivile Leben für die Verwaltung langsam als unlenksam erwies. Und ohne Zweifel diente diese Situation der russischen Spionagetätigkeit. Kaum vorstellbar, dass es einen besseren Nährboden dafür hätte geben können. Galizien wurde nach 1903 - und besonders nach der bosnischen Annexion 1908 - ein „Spionageparadies“.

Die Wichtigkeit des Geheimdienstes entdeckte die österreichisch-ungarische Politik, selbst das Armeekommando, relativ spät. Max Ronge⁸⁵, der seit 1907 das „Evidenzbüro“, den K. u. K. Spionage- und Abwehrdienst führte, sah es so: „Russland, seit dem Krimkriege auf die Monarchie nicht gut zu sprechen, widmete seit Anfang der siebziger Jahre Galizien eine erhöhte Aufmerksamkeit. Das Evidenzbüro begann sich zum ersten Male mit dem defensiven Kundschaftendienst, der Spionageabwehr, zu befassen. Die Spannung wuchs nach der Okkupation Bosniens; immer deutlicher zeichnete sich drohende Kriegsgefahr im Hintergrunde der Ereignisse ab und Minister des Äußern, Gustav Graf Kálnoky von Köröspatak, spannte, von 1882 an, die Konsulate in Rußland zu reger Betätigung im offensiven Kundschaftsdienste ein. Sie entwickelten großen Eifer, der Konsul in Moskau, Stefan Freiherr Burian von Rajecz, später selbst Lenker der auswärtigen Politik, mußte sogar ein wenig gebremst werden.“⁸⁶

Die Attentate in der zweiten Hälfte des ersten Jahrzehntes häuften sich immer mehr. Das berühmteste gegen den galizischen Statthalter, den Polen Andrzej Potocki erschütterte das ganze Kronland sowie die Monarchie bis auf ihre Grundfesten. Die ukrainischen Nationalradikalen hatten keine Ahnung davon, welches gefährliche Spiel sie trieben. Am 10. April 1908 erschoss ein 23-jähriger ukrainischer Universitätsstudent Miroslaw Sitschinski den Statthalter in seinem Lemberger Amtsgebäude. Auf die Tat

⁸⁵ Ronge, Max (1874-1953): Oberst, eine Kreatur des Armeoberbefehlshaber Conrad von Hötzendorff („[...] war ein Mann nach Conrads Geschmack“. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Maximilian_Ronge). 1907 machte er ihn zum Chef der Kundschaftertruppe im „Evidenzbüro“.

⁸⁶ Ronge, Max: Kriegs- und Industrie-Spionage. Zwölf Jahre Kundschaftsdienst. Amalthea-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien, 1930. S. 17.

Sitschinskis folgte ein erbitterter Kampf zwischen den ethnischen Gruppen. Keine der Staatsbehörden konnte mehr die Verantwortung für das Zusammenbleiben der Monarchie und des Kronlandes übernehmen. Die Russophilen wollten eine russische Annexion, die links stehenden Sozialdemokraten den Sieg des Klassenkampfes und die Auflösung der verhassten Habsburgerwirtschaft. Die Unentschlossenheit sowie die offenbare Ratlosigkeit der Behörden, ermunterte die Radikalen und erleichterte die Arbeit des russischen Spionagedienstes. Nur eine Lösung hätte die Monarchie über die Schwierigkeiten hinweghelfen können, und zwar die Teilung Galiziens in zwei Teile: das polnische West- und das ukrainische Ostgalizien. Dieser Schachzug hätte die Wut der ukrainischen Extreme stillen können. Dazu fehlte aber die politische Tapferkeit.

Das Niveau der militärischen Aufklärung sank nach dem Auflauf der 80er Jahre nach 1903 auf das Niedrigste. Dieses Jahr war vielleicht das tiefste Wellental. Der Spionagedienst aus Russland schrumpfte sich zusammen. Die Außenpolitik der Monarchie bewegte sich in dieser Zeit im Bereich der Zusammenarbeit mit Rußland in den Balkanangelegenheiten. Das Kaisertreffen in dem kleinen österreichischen Ort Müritzsteg eröffnete eine kurze Periode der Aussöhnung zwischen Österreich–Ungarn und Russland. Nach Müritzsteg, wo die Annäherung an Russland unter Dach und Fach gebracht wurde, machte sich die militärische Führung falsche Hoffnungen, dass es so weitergehen würde. Dazu trug auch die Beteiligung Russlands in dem japanischen Krieg bei. In den ersten Jahren der Dienstzeit des Oberst Eugen Hordliczka⁸⁷ als Leiter des Evidenzbüros herrschte ein Gefühl des Landfriedens, was sich längerfristig als eine Selbsttäuschung erwies.

Die Russen hielten sich nämlich nicht mit der Aufklärung durch den Einsatz von Geheimagenten zurück. Die Haltung Russlands, das wegen Japan wenig Lust zu kriegerischen Abenteuern hatte, linderte die Spionagelust nicht. „Immerhin deutete das plötzliche Auftauchen zahlreicher russischer Scherenschleifer in Galizien, Oberungarn und in der Bukowina, die recht systematisch auf diese Gebiete verteilt waren und beim Besitz von Landkarten ertappt wurde, darauf hin, daß Rußland mit der Möglichkeit rechnete, seinem kleinen Schützling⁸⁸ beispringen zu müssen“⁸⁹

Dieser sich aus der politischen Struktur der Monarchie stammende Anomie wurde noch durch den Spionageskandal um Alfred Redl (Oberst Redl), geboren 1864 und ruthenischer Herkunft, gesteigert, welcher Jahre lang als Doppelagent gearbeitet hatte. Er übergab dem russischen Armeekommando den ganzen Aufmarschplan gegen Serbien, und eine komplette Liste der in Russland aktiven österreichisch–ungarischen Geheimagenten. 1913, als er verhaftet wurde, entstand in der Wiener Sicherheitspolitik eine hohe Instabilität, deren Folgen erst in dem nächsten Jahr, nach dem Kriegsanfang, zu sehen waren. Über die verursachten Schäden gehen die Meinungen auseinander. Sein früherer Chef, Max Ronge, Leiter des Evidenzbüros, der an der Verhaftung und am Selbstmord von Redl beteiligt war, sagte: „Redl hat unzweifelhaft Schaden gestiftet, doch sind die Vorstellungen, die sich daran knüpfen und ihn geradezu als den Totengräber der Monarchie erscheinen lassen, weit übertrieben. Der schlimmste Verrat, des

⁸⁷ Hordliczka, Eugen (1857–1912): Oberst vom Generalstab, 1903–1909 Leiter des Evidenzbüros.

⁸⁸ Serbien

⁸⁹Ronge, Max: Kriegs- und Industrie-Spionage [...]. S. 33.

Aufmarsches gegen Rußland, nützte den Russen nichts, verwirrte sie im Gegenteil nur⁹⁰
Nach Meinungen anderer Zeitzeugen stiftete Redls Spionage gravierende Schäden, die zu den schlechten Leistungen der K. u. K.-Armee wesentlich beitrugen.⁹¹

Die Lücken in der inneren Abwehr, die den Landesverrat für Redl ermöglichten, hätten nur mit lange andauernder, schwerer Organisationsarbeit behoben werden können. Dazu fehlte teils der Wille, teils die Zeit. Wieder sollten wir die Hilfe von Max Ronge in Anspruch nehmen: „Die Russen konnten sich auf eine zum Teil mit ihnen sympathisierende Bevölkerung stützen; unsere Abwehr war noch nicht fertig ausgebaut. Die im Frieden bei uns vom Generalstabe immer wieder verlangte durchgreifende Organisation fand wohl bei einzelnen Funktionären Verständnis und Förderung, aber bis der Durchführungsgedanke in alle entfernten Winkel der großen Monarchie getragen wurde, brauchte es Zeit. Wohl wurde auch schon im Jahre 1914 eine große Zahl russischer Kundschafter unschädlich gemacht, aber dem Massenaufwande des Feindes gegenüber war unser Apparat doch zu schwach, das Verständnis der lokalen Behörden viel zu gering und durch falsche Rücksichtnahme und politische Voreingenommenheit beeinträchtigt“⁹²

Trotz alledem hat sich die Hochkonjunktur angekündigt, und zwar schon vor den Balkankriegen von 1912/1913. In dem Jahr 1913 hat schon der Geheimdienst 6000 Erhebungsfälle gegenüber 300 im Jahr 1905 verzeichnet. Diese Zeiten galten als die erfolgreichsten vor dem Krieg. Nach dem Sturz von Agenor Gołuchowski kam der ehrgeizige Alois Lexa von Aehrenthal in den Ballhausplatz⁹³, und der neue gemeinsame Außenminister nahm eine weder russenfeindliche, noch russenfreundliche Haltung an. Nach der Annexionskrise, nach der die Kontakte mit Russland eher kühl, als gut zu nennen waren⁹⁴, legte man gegenüber dem Schwergewicht immer noch viel Wert auf Vorsicht, was auch Vorsichtigkeit im Informationserwerb und in der Abwehr bedeute. Dieses Versäumnis konnte aber Österreich–Ungarn nicht mehr nachholen. Viele Spionageprozesse der Vorkriegszeit spielten sich in der galizischen Hauptstadt ab. Lemberg beherbergte zahlreiche Spione. Das Spionageparadies wurde aus der Hauptstadt instruiert, nicht selten von dem russischen Konsul direkt vor Ort. „Wie nicht anders zu erwarten war, stellten die russenfreundlichen Elemente polnischer und ruthenischer Färbung Spionagenpersonal in bedeutendem Maße bei“⁹⁵ Die Leiter des Nachrichtendienstes waren sich also dessen bewusst, dass die Bereitschaft, russischer Geheimagent zu werden, keineswegs eine Sache der ethnischen Zugehörigkeit war. Der administrativ gelenkte Staat konnte diese aufgetürmten Hindernisse nicht bewältigen, obwohl das merkantil gelenkte Britische Reich mit ähnlichen Problemen in dieser Zeit

⁹⁰ Ebenda, S. 78.

⁹¹ https://hu.wikipedia.org/wiki/Alfred_Redl. Heruntergeladen am 15. Februar 2017. Hauptsächlich das Urteil vom Grafen Adalbert von Sternberg, Reichsratsabgeordnete ist sehr negativ. Nach ihm blieb sogar die pure Existenz von 75 russischen Divisionen vor der Planung der Zentralmächte verborgen.

⁹² Ronge, Max: Meister der Spionage. Johannes Günther Verlag, Leipzig und Wien, 1935. S. 25–26.

⁹³ Kann [...]. S. 372.

⁹⁴ Tefner, Zoltán: Ausztria–Magyarország lengyel külpolitikája. Változásigény és mozdulatlanság Ausztria–Magyarország lengyel külpolitikájában (1900–1914) I [Die polnische Außenpolitik von Österreich–Ungarn. Der Anspruch auf die Änderung und auf die Unbeweglichkeit in der polnischen Außenpolitik von Österreich–Ungarn (1900–1914) I]. In: Valóság, Jahrgang XLVI, Nr. 7. Juli 2003. S. 58.

⁹⁵ Ronge, Max: Meister der Spionage [...]. S. 26.

zu kämpfen hatte. Der Große Krieg destabilisierte auch die früher reibungslos funktionierenden politischen Systeme. Mit dem übermäßig ausgedehnten Kolonialreich im Laufe der vorangehenden Jahrhunderte, hatte sich die britische Krone auch einen Klotz ans Bein gebunden.

Was waren die aufgerollten Fälle? Einige illustrative Beispiele dafür sind: In „Halicz“ (alter Name von Galizien) der griechisch-katholischer Priester, Nikolaus Winnicki de Rodziewicz, „[...]der sich mit anderen Gleichgesinnten wegen seiner prorussischen Gefühle vor Gericht verantworten mußte und auch verurteilt wurde, hatte es verstanden, sämtliche ruthenisch-russophilen Beamten und Lehrer in das Netz seiner verräterischen Pläne zu verstricken. Schon 1912 wurden die Haliczzer Bürger, der Lehrer Zieliński und der Postbeamte Konopiński vor Gericht gezogen“⁹⁶. In Przemyśl verhaftete das Evidenzbüro den Advokaten Cyrill Czerlunczakiewicz, den Leiter der ruthenischen Russophilenorganisation, und allpolnisch-russophilen Richtung des Universitätsprofessors Dr. Stanislaus Grabski.⁹⁷

Immer mehr Berichte haben sich seit 1909 auf dem Tisch des Außenministers Aehrenthal angehäuft, die bewiesen, dass die Russen eine gesteigerte Agententätigkeit in Ost-Galizien vorgenommen hatten. Die Weisung an den Sankt Petersburger österreichisch-ungarischen Botschafter, den Grafen Leopold von Berchtold enthält, dass Aehrenthal es für nötig hielt, dagegen diplomatischen Protest zu erheben.⁹⁸ Die Agenten in Ost-Galizien erschienen in Masken, wie beim Fasching, die russischen Offiziere kamen in Gruppen über die Grenze und trugen Uniform, was die national-radikalen Jugendlichen in Lemberg wütend machte. Abmachungen mit offiziellen russischen Körperschaften sind eine Scheinlösung: Sie dürfen die Grenze erst in bürgerlicher Kleidung überschreiten. Der Generalstabschef Conrad von Hötzendorff ließ eine Liste über die notorischen Spione zusammenstellen; unter ihnen z.B.: Reitlehler, russischer Deserteur, Warschauer Ohrana-Mitarbeiter, ein Ukrainer, Tscheche oder Pole, namens Korečka, und der russische Militärattaché, der bei der Spionage ertappt wurde.⁹⁹

Die soziologische Struktur, d. h. die Proportionen der galizischen Polengemeinschaft haben sich umgelagert und zwar zu Schaden der der Monarchie loyalen polnischen Konservativen. Die vollkommen neue historische Etappe ergab eine ablehnende Haltung. Immer weniger Polen wollten im Rahmen der Donaumonarchie weiterleben. Die Polen blickten – mit Recht – auf einen selbstständigen polnischen Staat, nach dem sie sich so lange sehnten. Vor den Augen der Ukrainer schwebte eine nicht weniger anreizende Ukraine, ein von Russland abhängiger Nationalstaat. Und immer weniger in Ungarn wollten den Zusammenhalt der Monarchie, was aus den oben erörterten Umständen mit der Armee reform klar geworden ist. Der Block Polen–Ungarn wurde

⁹⁶ Ebenda, S. 28.

⁹⁷ Ebenda. Grabski, Władysław Dominik (1874–1938): nationaldemokratische Politiker in dem Warschauer Gubernium, Duma-Abgeordneter in Sankt Petersburg.

⁹⁸ HHStA. Min. des Aeussern. PA. Interna XL. Liasse LI./1–2. Maßnahmen gegen Spionage, 1909–1912. K. 238.

Conrad von Hötzendorff an Aehrenthal, 14. Jänner 1909. Präs. 11303 von 1908. Aufenthalt russischer Militärpersonen im Grenzgebiete

⁹⁹ Ebenda.

durch die Teilnahmelosigkeit an die gemeinsamen Angelegenheiten gesprengt, der Block Polen–Ukraine war nie harmonisch und das dritte Glied, Ungarn–Ukraine war belanglos zu jeder Zeit.

Fazit

Das ganze europäische Sicherheitssystem geriet nach etwa 1900 in eine immer tiefer werdende Krise. Das westfälische System, das seit 1648 die europäische Außenpolitik regelte, die *balance of power*, stieß zu Ende des 19. Jahrhunderts auf die so genannte „Modernisierung“, und deren Auswirkungen wie Imperialismus, Drang nach der Weltmacht, Entnationalisierung im Wirkungskreis von Großmächten (deutsch-polnische Streugebiete in Posen, Schlesien und Ost-Preußen). Die Spannungen zwischen Großmächten und ethnischen Minderheiten, sowie die Spannungen zwischen Großmächten machten das Leben und die Staatspolitik in einigen Regionen Osteuropas unerträglich schlecht und schwer. So eine kriselnde Region war die Ostperipherie der Donaumonarchie, Galizien, wo die polnisch-ukrainischen Verhältnisse durch den Nationalismus vergiftet waren. Der administrativ gelenkte Staat, die Österreichisch-Ungarische Monarchie, konnte gegen die destabilisierenden Trends der Zeit nur mit bescheidenem Erfolg die Oberhand behalten.

Mária Sárosi:

Überlieferte Traditionen der ungarischen Sozialpolitik im Sozialismus. Einige Beiträge zur Armenversorgungsgeschichte

Ungarn hat den Weltkrieg als Bundesgenosse des Dritten Reiches verloren und wurde zur Kriegsentschädigung in enormer Höhe verpflichtet.¹⁰⁰ Der sich in Länge ziehende Zweite Weltkrieg, während dem ganz Europa zum Kriegsschauplatz wurde, brachte erhebliche Verluste an materiellen Gütern und Menschenleben mit sich. Die Sowjetunion hat 20,6, Deutschland 5,25, Polen 6,02, China 11,8, Japan 1,8 Millionen Menschenleben verloren.¹⁰¹ Die meisten europäischen Gesellschaften standen dem Problem der Armut gegenüber. Die früher verwendeten Maßnahmen der Armenpolitik waren für eine Lösung unzureichend. Ebenso, wie die vor dem Krieg ausgearbeiteten Sozialversorgungssysteme. Wegen des ständig anwachsenden Drucks der gesellschaftlichen Bewegungen musste man die Intensität und das Volumen der Wohlstandsversorgung europaweit vergrößern, während die Ressourcen dazu knapp waren. Die sozialpolitischen Maßnahmen gestalteten sich nicht in Abhängigkeit von der Tragfähigkeit der Wirtschaft, sondern sie wurden von der politischen Notwendigkeit erzeugt.

Nach dem zweiten Weltkrieg erhielten früher irrelevante Begriffe - wie Wiederherstellung, Wiederaufbau, Neubeginn des Wirtschaftslebens - eine völlig neue Bedeutung. Diese wurden jedoch in verschiedenen Regionen Europas in unterschiedlicher Form mit Leben gefüllt. Teils fuhr man mit der Wiederbelebung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens fort - das geschah westlich der Elbe -, teils fingen die Länder östlich der Elbe an, eine ihren früheren gesellschaftlichen Verhältnissen angelehnte Staatsform wieder aufzubauen - allerdings auf eine Art und Weise, dass sie den alten Traditionen treu bleiben und das aktuelle Niveau ihrer wirtschaftlich-politischen Entwicklung behalten. Die Länder westlich der Elbe besaßen ausreichende innere und äußere Kraftquellen, wie die amerikanische Hilfe aus dem Marshall-Plan. Die Länder, die 1945 die Sowjets okkupierten, also die Länder der sowjetischen Besatzungszone, konnten keine ausreichende Hilfe in Anspruch nehmen, während ihre politische Isolierung immer quälender wurde. Die Länder, in denen keine fremden Mächte auf militärischem Wege Fuß fassen konnten, konnten eine neue Existenzform aufbauen. Musterbeispiele hierfür - obwohl nach 1945 in den ersten Jahren der materielle Wohlstand auch dort karg bemessen war - waren unter anderem Finnland und Österreich, in zweiter Linie das letztere, das die sowjetischen Besatzer

¹⁰⁰ Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes hat in Potsdam vorgeschlagen, dass die unter sowjetische Besatzung gefallenen feindlichen Zonen den Teil von 50% der Kriegsentschädigung zahlen müssen. In: Ránki, György: A második világháború története [Geschichte des Zweiten Weltkrieges]. Gondolat Kiadó, Budapest, 1976. S. 552.

¹⁰¹ Németh, István: Németország története. Egységtől az egységig [Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Von der Einheit bis zur Einheit]. Aula Kiadó, Budapest, 2002. S. 320.

1955 verlassen hatte. Als Musterbeispiel ersten Ranges können wir Finnland ansehen, das 1939–1945 seine Unabhängigkeit in blutigen Kämpfen gegen die Sowjetunion verteidigen konnte und - es auf Basis dieser Unabhängigkeit - verstand, aristotelische Verhältnisse im eigenen Land zu etablieren. Wie es in den Beschreibungen über die Situation der neuesten zwei Jahrzehnte zu lesen ist: „Die höchsten Ziele bzw. Eigenwerte der Sozialpolitik sind im Allgemeinen humanitärer (menschlicher) und gemeinschaftlicher (kollektiver) Art¹⁰². Eine Wertfestlegung der Sozialpolitik erfolgt im Allgemeinen aufgrund ihres humanen und universalistischen Charakters¹⁰³. Neben humanitären Werten wird auch oft die Selbstverwirklichung des einzelnen als Eigenwert der Sozialpolitik genannt¹⁰⁴, ein Wert, den man aber letzten Endes auch als einen humanitären interpretieren kann.“ Bis zu dieser aristotelischen Höhe und Tiefe dauerte es lange. Der langsame Aufbau dauerte insgesamt drei Jahrzehnte, aber die investierte Mühe hatte sich gelohnt.

Die bis zum Krieg geltenden sozialpolitischen Modelle – eine lange Zeit die als Etalon betrachtete Bismarck'sche, später liberale, sozialdemokratische oder konservative Form – werden überall in Europa umgestaltet.¹⁰⁵ Gleichzeitig wurde die „Spaltung Europas“ allgemein vollzogen. In beiden Weltsystemen wurde den politischen Entscheidungen viel größere Bedeutung beigemessen als zuvor. Die politische Leitung ließ die Sozialpolitik den Interessen der Wirtschaft zuvorkommen, wodurch die Sozialpolitik so in den Mittelpunkt des allgemeinen Übereinkommens geriet und gleichzeitig zu einem Konkurrenzdenken zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Ländern führte.

Wohlfahrtsstaat und die Interessen des sowjetischen Imperiums

Bereits vor dem Krieg tauchte der Gedanke der Sozialversicherungsreformen auf. Aus diesem Grund war die Sozialpolitik eine der wichtigsten Säulen zur Verhinderung der sozialen Notlage. Das Instrumentarium setzte sich aus vielen Mitteln zusammen: staatliche Gesetzgebung, durch die die Familienerhaltung im Allgemeinen geregelt wurde, und differenzierte Vorschriften, die sich auf die Unfall-, Gesundheits-, Renten- und Waisenversicherung beziehen. In vielen Ländern umfasste es ebenfalls die

¹⁰²In: Cser, Erika–Laurinkari, Juhani–Sárosi, Mária–Tefner, Zoltán: Grundlinien der ungarischen Sozialpolitikgeschichte. Ein internationaler Ausblick. Hrsg.: Laurinkari, Juhani–Tefner, Zoltán. disserta Verlag, Hamburg, 2013 S. 188. Siipi, Helena.: Hsykkeita. [Anreize]. In: Turun yliopiston sosiaalipolitiikan laitoksen tutkielmia B: 13. Turku, 1970.; Routsalainen, Sami: Sosiaaliturvapolitiikan vaikuttimet, persustelutja kehityssuunnat mmilaisen yhteiskuntateorian valossa [Motive, Beweggründe und Entwicklungstrends der Sozialpolitik aus der Sicht der marxistischen Gesellschaftstheorie]. In: Helsingin yliopiston sosiaalipolitiikan laitoksen tutkimuksia, 1971.

¹⁰³ Ebenda. Lehtonen, Heikki. Sosiaalipolitiikan käsitteen ja sen teoreettisen aerustan kehityksesta Suomessa. [Die Sozialpolitik und die Entwicklung ihrer theoretischen Grundlage in Finnland]. In: Sosiologia, 1977/14. S. 115.

¹⁰⁴ Ebenda. Riihinen, Olavi: Henkinen tuvaluus - haaste tulevaisuuden sosiaaliipolitiikalle [Psychische Sicherheit – eine Herausforderung für die Sozialpolitik in der Zukunft]. In: Sosiaaliturva 1979/67. S. 819–827.

¹⁰⁵ Tomka, Béla: Szociálpolitika a 20. századi Magyarországon európai perspektívában [Sozialpolitik in dem Ungarn des 20. Jahrhunderts in europäischer Perspektive]. Századvég Kiadó, Budapest, 2003. S. 11.

Arbeitslosenversicherung. Alle diese Maßnahmen stimmten mit den grundlegenden Zielen einer längerfristigen, strategischen Gesellschaftspolitik überein.¹⁰⁶

Dieses Konzept der Sozialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bezieht sich immer weniger auf die traditionellen Werte Europas, indem es das Beveridge-System¹⁰⁷ bevorzugt (obwohl ihre komplette Realisierung erst ab den 60er Jahren in Westeuropa zum Standard wurde).¹⁰⁸ Die Rechtserweiterung, die zunächst die am meisten gefährdeten Arbeiter, dann die landwirtschaftlichen Erwerbstätigen, die Angestellten höherer Gehälter, und zuletzt die Selbstständigen in den Rechtsschutz einbezieht, bilden die bekanntesten Richtlinien der Sozialpolitik auf dem europäischen Kontinent - zuerst überall, später nur in der westlichen Hälfte Europas. Im Großen und Ganzen ging die für Europa typische Entwicklung des 20. Jahrhundert weiter voran. In der Mitte der 1950er Jahre erfolgte im Westen auf diesem Entwicklungsweg ein qualitativer Sprung, der dazu führte, dass aus diesen Berechtigungen allgemeine staatsbürgerliche Grundrechte geschaffen wurden – allerdings nur im Westen, in den so genannten „sozialistischen“ Ländern unter der Besatzung der Sowjets war dies nicht der Fall. Die zynische Bemerkung von Mátyás Rákosi, dem ersten Sekretär der MDP (Magyar Dolgozók Pártja, Partei der Ungarischen Werktätigen) hat dieses Problem äußerst voluntaristisch umgangen: Die MDP, als Leiter der Arbeiterklasse, braucht kein sozialpolitisches Programm auszuarbeiten, da alles was von der Partei gemacht wird, *ab ovo* Sozialpolitik ist. Es gibt also keine gefährdeten Schichten im industriellen Revier, es gibt keine Existenzsorgen in der Landwirtschaft, und was die Angestellten anbelangt, sind sie von „kleinbürgerlicher politischer Einstellung“, eine ideologisch unterentwickelte Schicht, die keine materielle Belohnung verdient. Diese Rechte waren im Westen einer immer größeren Zahl von Staatsbürgern nicht vergönnt. Da galten diese Grundrechte als die soziale Sicherheit selbst, deren Maß davon abhängt, wie groß der Anteil der sozialen Ausgaben am BIP ist.¹⁰⁹ Das Maß und Niveau der Sozialversicherung zeigt je nach Region gewisse Abweichungen, denn zwischen ihren inhaltlichen Kennziffern und dem Entwicklungsgrad eines Landes gibt es nicht immer einen eindeutigen Zusammenhang. In den so genannten „sozialistischen Ländern“ in Osteuropa wurden diese trotzdem eingeführten „erweiterten“ Grundrechte so eingestellt,

¹⁰⁶ Tomka, Béla: Szociálpolitika [...]. S. 23.

¹⁰⁷ Beveridge, William (1879–1963):britischer Volkswirt, Sozialpolitiker. Die Beveridge-Konzeption wurde 1942 ausgearbeitet. Laut der Vorschläge dieses Planes musste man den Kreis der Begünstigten erweitert werden. Das Ziel bestand darin, das die ganze arbeitsfähige Population zum Schutz gelangt. Die Begünstigten wurden in Clustern eingeteilt. Die einzelnen Clustern (Arbeitnehmer, einzelne Geldverdiener, einzelne Haushaltswirtschaftlichen, Kinder, Alten) konnten auf unterschiedliche Kombinationen der Versorgungsformen Berechtigungen erwerben. Für die Arbeitslosen wurden Weiterbildungskurse organisiert, wo alle erscheinen mussten. In:

<https://hu.wikipedia.org/wiki/T%C3%A1rsadalombiztos%C3%ADt%C3%A1s> [Abladen 19. 12. 2016]

¹⁰⁸ Tomka, Béla: A jóléti állam Európában és Magyarországon [*Der Wohlfahrtsstaat in Europa und in Ungarn*]. Corvina Kiadó, Budapest, 2008. S. 29-30.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 34.

dass sie einen Nachweis für die Hochwertigkeit des „sozialistischen Systems“ liefern würden.¹¹⁰

Der Wohlfahrtsstaat, sowie der damit einhergehende Ausbau der Transfersysteme, hatte es nicht mehr zum Ziel, den Menschen *die Dienstleistungen mit niedrigem Niveau zu sichern*, sondern die Aufrechterhaltung des *Lebensniveaus*. Das Grundprinzip, dass die Menschen Beiträge bezahlen und dafür im Gegenzug Sozialleistungen erhalten, deren Volumen von der Höhe der Einzahlungen und des Einkommens abhängen, unterschied sich von dem Bismarck'schen System partiell in mehreren Punkten. Die Idee selbst, ist aber nicht neu und wurde in die Moderne übertragen.¹¹¹ Beim Pensionierungsalter unterscheiden sich die Bedingungen für die Pensionsberechtigung je nach Land. Das Grundprinzip, das 1957 in Westdeutschland verfasst wurde, breitete sich zunehmend aus: „[...] die Rente ist ein Vertrag zwischen den Generationen“.¹¹² Nach der Gründung der EU erweiterte sich der Kreis der Sozialleistungen: es herrscht das Versicherungsprinzip über die staatsbürgerliche Berechtigung in erhöhtem Maße vor. Die Sozialversicherung der hoch entwickelten westeuropäischen Staaten, die Ein- und Auszahlungen, die Zulassungen zeigen schon heute eine sehr große Konvergenz.¹¹³

Doch gibt es Ähnlichkeiten zwischen den sonst voneinander abweichenden politischen Weltsystemen. Das Bild ist geprägt von Ambivalenz und Widersprüchen. Das heißt, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Ost-Mittel-Europas – implizit die Sozialpolitik – weist teilweise *andere*, teilweise *ähnliche* Charakterzüge mit Westeuropa auf. Auch im Osten ist seit den 1960er Jahren¹¹⁴ die Ansicht fest verankert, dass Gesellschaftspolitik und Armenpolitik nicht identisch sind. „Die Rolle des Staates wächst zu Schaden der Selbstständigkeit der Sozialversicherung – was jedenfalls auch für die Wirtschaftsentwicklung typisch ist. Die Sozialversicherungsleistungen basieren auf der Arbeit, sind grundsätzlich mit dem staatlichen Sektor in Verbindung, bevorzugen vor allem das Risiko, das mit der Arbeitsfähigkeit verbunden ist. Erscheinungen, wie Armut, hohes Lebensalter, niedrigere Arbeitsfähigkeit - die mit der Produktion nicht in unmittelbarer Verbindung stehen -, finden weniger Beachtung.“¹¹⁵

Die Versorgung – eng verbunden mit der Gesundheit – herrschte gegenüber den Pensionsdienstleistungen vor, wobei die Familienunterstützungen ein relativ hohes Volumen¹¹⁶ erreichten, indem die Arbeitslosenversicherung völlig beeinträchtigt wird.¹¹⁷

¹¹⁰ Cser, Erika-Laurinkari, Juhani-Sárosi, Mária-Tefner, Zoltán: Grundlinien [...] S. 137.

¹¹¹ Tomka, Béla: A jóléti állam [...], S. 75-76.

¹¹² Ebenda, S. 36.

¹¹³ Cser, Erika-Laurinkari, Juhani-Sárosi, Mária-Tefner, Zoltán: Grundlinien [...] S. 138.

¹¹⁴ In Ungarn beschrieb die Regierungspolitik eine andere Bahn nach der Revolution von 1956, gerade auf die Wirkung der sozialen Unzufriedenheit in den 1950er, was der Herbeiführer der tragischen Ereignisse war.

¹¹⁵ Sárosi, Mária: Transferleistungssysteme und Sozialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Cser, Erika-Laurinkari, Juhani-Sárosi, Mária-Tefner, Zoltán: Grundlinien [...] S. 138.

¹¹⁶ In je nach Regionen unterschiedlicher Höhe.

¹¹⁷ Tomka, Béla: A jóléti állam [...] S. 29.

In Ost-Mittel-Europa, in einem relativ rückständigen Wirtschaftsraum fasst man die extensive Wirtschaftsentwicklung – die verspätete Modernisierung – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Industrialisierung auf. Die Vollbeschäftigung spielt in den neuen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Formationen ebenso eine grundlegende Rolle, wie das Primat des Staatseigentums¹¹⁸, oder die Deklaration der gesellschaftlichen Gleichheit. Letzteres konnten die politischen Eliten zunächst nur mit Diskriminierung anderer gesellschaftlicher Gruppen verwirklichen¹¹⁹ (Verfolgung der bürgerlichen und adeligen Schichten).

Die harte Diktatur sowjetischer Art von Mátyás Rákosi hat die Interessen der „Werkstätigen“ erbarmungslos verletzt, aber auch diese radikale Gewaltherrschaft konnte die Traditionen der ungarischen sozialpolitischen Entwicklung nicht außer Acht lassen. Die von den bolschewistischen Regimen deklarierte Idee der kommunistischen Gesellschaft brachte die Entziehung zuvor erworbener Grundrechte mit sich. Ferner ging damit ein Nivellierungsprozess einher, der den Angestellten des staatlichen Sektors ein niedriges – zum Weiterarbeiten veranlassendes – Pensionsalter sowie eine aus geleisteten Einzahlungen bestehende Rente versprach. In diesem System – wie es in der Bismarck’schen Sozialpolitik der Fall war – sind die Leistungen der Sozialversicherung an die Arbeitsleistung gekoppelt.¹²⁰

Das vorliegende diktatorische System – an den politischen Zielsetzungen gemessen – bezieht sich auf einige Gesellschaftsschichten, während andere hingegen nichts bekommen (die Ackerbaugesellschaft bekommt die Rente beschränkt, die Selbstständigen nicht). In den „sozialistischen Ländern“ dominiert die staatliche Rollenübernahme. Wie bereits erwähnt: einigen politischen Äußerungen nach sind hier jegliche Maßnahmen des Staates *ab ovo* Sozialpolitik.¹²¹ Nicht nur in Ungarn, sondern auch in der seit 1949 existierenden DDR, die unter den Grotewohl-, Ulbricht- und Honecker-Regimen eine ähnliche, aus der Sowjetunion animierte Gesellschafts- und Sozialpolitik machte – jedoch mit großen Unterschieden in puncto Brutalität. Diejenigen, die mit dem bestehenden Versorgungsniveau unzufrieden waren, wurden vom Regime in der Sowjetunion massenweise hingerichtet, oder in einem GULAG interniert. Nur im Mai 1953, wurden anlässlich der „Reformvorhaben“ von Lawrentij Berija¹²² aus sozialpolitischer Sicht minimale Erleichterungen erreicht, nachdem Berija die gigantischen staatlichen Bauarbeiten einstellte sowie eine Kürzung im Militärbudget

¹¹⁸ Szalai, Júlia: *Uraim! A jogaimért jöttem!* [Meine Herren! Ich will meine Rechte wieder bekommen!]. Új Mandátum Kiadó, Budapest, 1998. S. 262.

¹¹⁹ Ferge, Zsuzsa: *Szociálpolitika és társadalom* [Sozialpolitik und Gesellschaft]. ELTE Szociológiai Intézet Szociálpolitikai Tanszék –T-Twins, Budapest, 1991. S. 209.

¹²⁰ Tomka, Béla: *A jóléti állam* [...]. S. 39-40.

¹²¹ Ferge, Zsuzsa: *Szociálpolitika és társadalom* [...]. S. 93.

¹²² Berija, Lawrenti Pawlowitsch (1899–1953): sowjetischer Politiker mingrelischer (georgianischer) Herkunft. Marschall, Geheimdienstler, 1938–1953 Leiter des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. 1953 ließ ihn die sowjetische Regierung hinrichten.

vornahm.¹²³ Die so eingesparten Ressourcen beabsichtigte er für eine preispolitisch realistischere Lebensmittelversorgung zu verwenden¹²⁴, um die Bevölkerung im eigenen Land mit sozialen Maßnahmen zu beschwichtigen.

Arbeitszwang und Sozialpolitik

Das grundlegende Instrument der sozialen Sicherheit, die Vollbeschäftigung, die auf dem Arbeitszwang beruht, durchwebt das ganze wirtschaftliche und politische Feld, alle Sozialleistungen verknüpfen sich mit ihr – allerdings nur bis zur politischen Wende zwischen 1990–93. Ein alternatives System oder Instrument zur Hilfeleistung entbehrte jeder Daseinsberechtigung (insbesondere zwischen 1949 und 1957). Das soziale Versorgungssystem – die Sozialversicherung – war einheitlich, verstaatlicht und wirkte mit den Gewerkschaften zusammen, ohne dabei jedoch einer demokratischen Kontrolle unterzogen zu sein. Grundsätzlich war das System darauf ausgerichtet, einen Ausgleich herzustellen. Allerdings traten auch etliche politische Interessen auf, die dazu führten, dass favorisierte Personengruppen zu Extradienstleistungen kamen (Versorgung auf höherem Niveau, höherer Rentenbetrag usw.)

In der „sozialistischen“ oder „volksdemokratischen“ Ära wurde der Sozialpolitik ein anderer, ein breiterer, Sinn verliehen. Diesbezüglich unterschied sich das System von den ungarischen sozialen Traditionen vielleicht am deutlichsten. In der Zeit des Dualismus, und dann bis 1942, bis zur Einführung der Kriegswirtschaft überwog der Wettbewerb, wo die Gewinnerorientierung die Unternehmen und Betriebe zur Sparsamkeit zwang, wo es die innerbetrieblichen Zulassungen fast systemfremd zum Vorschein kamen. Nach 1950 hat die Planwirtschaft sowjetischer Art das Land zu Grunde gewirtschaftet. Die daraus entstandene Mangelwirtschaft führte in einigen Gegenden zu Hungersnöten. Nach 1957 wurde zur Sozialpolitik auch die Preissubvention der wichtigsten Konsumgüter und Dienstleistungen gezählt. Dieses Angebot wurde um weitere Sozialleistungen erhöht, wie günstiger, vom Staat subventionierter Wohnungsbaukredit, kostenloser Unterricht sowie kostenfreie medizinische Versorgung. Letztere sind in großem Maße allerdings erst in der Blütezeit der Kádár-Ära (70er Jahre) entstanden. Während des Sozialismus konnte man durch das Nachgehen einer regulären Beschäftigung zu weiteren Sozialleistungen kommen, wie subventionierte Reisen, Inanspruchnahme der Kinderbetreuung, Betriebspeisung, Betriebsarzt, Stipendien, Wohnungsbauunterstützung, kostenlose Urlaubsheime, Möglichkeiten zum Sport usw.¹²⁵ Gleichzeitig belasteten diese Kosten jedoch auch den

¹²³ Rayfield, Donald: Sztálin és hóhérai. A zarnok, és akik neki gyilkoltak. [Stalin und sein Henker. Der Tyrann und sein Helfershelfer im Morden]. Park Könyvkiadó, Budapest, 2011. S. 497.

¹²⁴ Ebenda. Das Ziel war es, die Produkte von den Produktionsbetrieben, bzw. von den Bauern zu annähernd realen Preisen aufzukaufen, damit die laue Lebensmittelproduktion angekurbelt wird. In der Chruschtschow-Ära und später hielt sich diese Tendenz an, ohne die Sozialpolitik zu ernsthaften Erfolgen zu bringen.

¹²⁵ Tomka, Béla: A jóléti állam [...] S. 52-55.

zu realisierenden Profit der Unternehmen. Der Ausbau der Sozialversorgungssysteme war von vielen Begleiterscheinungen umgeben: verstärkte politische Kontrolle, Abschwächung der Arbeitersolidarität, Entfaltung des Paternalismus.

Auf der anderen Seite der politisch gespalteten Welt, hauptsächlich in der BRD, nahm die wirtschaftliche Entwicklung einen anderen Verlauf. Die günstigen Veränderungen in der Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichten die Entstehung von „Wohlfahrtsstaaten“ in Westeuropa. Bei dieser Staatsform handelte es sich nicht nur um einen Garanten für ein hohes Lebensniveau sowie eine entwickelte Wirtschaft, sondern auch um einen Staat, der Sicherheit durch *Einkommenstransfer* und *Sozialleistungen* gewährleistet. In der Rákosi-Zeit in Ungarn war es ein riskantes Spiel, den Lebensunterhalt der Menschen mit kärglichsten Mitteln zu decken. Nicht unbedingt mit Erfolg gekrönt. Anfang 1953 wurde Mátyás Rákosi abgelöst und durch den Agrarexperten Imre Nagy ersetzt, der gleichzeitig auch Professor an der Karl-Marx-Universität¹²⁶ war und sich drei Jahre später an die Spitze der Aufständischen stellte. 1958 starb er den Märtyrertod.

In dem nicht sowjetischen Teil gab es keinen Terror und keine Vergeltung, sondern die Bestrebung das menschliche Leben besser zu machen. Die bekannteste Form der humanitären Politik war die *Sozialversicherung*. Damit mit eingeschlossen sind die Unfalls-, Gesundheits-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Darüber hinaus gehören noch die Sozialhilfe, Sozialleistungen für die öffentlich Bediensteten, Kriegshilfen, die Unterstützungen für Mütter und Familien, Unterrichtskosten, die Garantie der Mindestlöhne, Wohnungsbausubventionierung und Preisstützung zu diesem Programm. Das alles entsprang den Bismarck'schen Traditionen. Diese Begünstigungen können als eine Fortsetzung sowie Errungenschaft auf der Basis der ultrakonservativen deutschen Sozialversorgung betrachtet werden.

Die Sozialversicherung ist vollkommen anders als die Armenfürsorge: sie konzentriert nicht ausschließlich auf das Armenwesen, sondern hält sich die gesamte Gesellschaft vor Auge, wächst dynamisch - geregelt von der staatlichen Gesetzgebung, die in ihren Funktionen erheblich differenzierter ist -, und geht bestimmte Risiken ein.¹²⁷ Neben dem Anwachsen der staatlichen Rollenübernahme stützte sich die kapitalistische Sozialpolitik auf die zivile Säule, während im neuen sozialistischen Modell die traditionellen zivilen Organisationen und die karitativen Organisationen der Kirche größtenteils aus ideologischen Überlegungen liquidiert wurden.

Der Fachliteratur zufolge kann man von einem Wohlfahrtsstaat sprechen, wenn er nur die Bedürftigen versorgt und sich nicht in die Marktverhältnisse einmischt – das ist der residuale Wohlfahrtsstaat. Der andere Typ des Wohlfahrtsstaates bezieht sich auf die

¹²⁶ Rechtsvorgänger der heutigen Corvinus-Universität

¹²⁷ Tomka, Béla: A jóléti állam [...] S. 13-14.

Arbeitsleistung. In diesem Modell sind die Sozialleistungen mit dem Arbeitsverhältnis und mit den damit verbundenen Beitragszahlungen verknüpft. Der dritte Typ ist der institutionalisierte Wohlfahrtsstaat, in welchem sich der Staat in die Gestaltung der Marktverhältnisse einmischt, indem er eine klare Redistributionspolitik macht, sowie universelle soziale Rechte gewährleistet. Unter Bezugnahme auf andere Klassifizierungen sind in den entwickelten westeuropäischen Regionen des 20. Jahrhunderts die sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodelle maßgebend. In diesem Modell gelten universelle Rechte und das hohe Niveau der „Dekommodifikation“¹²⁸. In der sozialdemokratischen Form werden die universalen Rechte gesichert, indem auch die Einkommensunterschiede eine Bezugsgröße darstellen. Dementsprechend werden auch die Mittelschichten Teilnehmer an den staatlichen Wohlfahrtsprogrammen. Auf diese Weise soll jedes Mitglied der Gesellschaft über gleiche Chancen verfügen, was jedoch auch mit hohen Kosten verbunden ist.¹²⁹

Bruchlinie: 1970er Jahre. Sozialpolitik auf Grund eines unausgesprochenen, stillschweigenden Kompromisses

Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg ist in den 70er-80er Jahren sowohl in West-, als auch in Osteuropa ins Stocken geraten. Die Gründe für das gemäßigte Wachstum liegen einerseits in der Weltwirtschaft begründet (Ölkrise, Verschuldung), andererseits in den nationalen Gegebenheiten (Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten, z. B. in Osteuropa aufgrund der Kollektivierung der Landwirtschaft). In beiden Regionen wuchs die Zahl der Bezugsberechtigten, z. B. stieg das Durchschnittsalter und die Berechtigung auf Grund der Staatsbürgerschaft wurde immer mehr zum bestimmenden Faktor.¹³⁰ Das Niveau der Dienstleistungen wurde besser und ihr Wirkungskreis größer. Zugleich kam in beiden Regionen der Faktor der Verschwendung hinzu, der die jeweiligen Systeme maßgeblich beeinflusste.

In den hochentwickelten westeuropäischen Ländern wurden schon bald Argumente verbreitet, dass das Wohlfahrtssystem „die Gerechtigkeit des Marktes untergräbt, die Erfolgreichen ihrer Vermögen beraubt und die Abhängigkeit der Bedürftigen verlängert [...]“¹³¹ Und gleichzeitig nehmen auch diejenigen Sozialleistungen in Anspruch, die darauf nicht angewiesen sind. Dadurch verringert sich die Armut nicht, sondern das System verschlingt ausschließlich finanzielle Ressourcen, wodurch ferner die familiären Verhältnisse verkümmern und die Abhängigkeit vom Staat signifikant zunimmt. Ein anderes Argument ist: die erweiterten sozialpolitischen Befugnisse wirken sich negativ auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie auf die Arbeitnehmer aus (z. B.

¹²⁸ Dekommodifikation: Die Sozialpolitik befreit das Individuum von den Zwängen der Marktverhältnisse, damit die Existenz des Individuums nicht ausschließlich vom Verkauf seiner Arbeitskraft abhängig wird.

¹²⁹ Tomka, Béla: A jóléti állam [...] S. 41-44.

¹³⁰ Tomka, Béla: Szociálpolitika [...]. S. 70-74.

¹³¹ Tomka, Béla: A jóléti állam [...] S. 66.

Arbeitslosengeld). Darüber hinaus entzieht die Sozialversicherung Steuermittel, die an anderer Stelle für die Entwicklung des Landes gebraucht werden. Eine Folge dessen ist, dass die sozialen Absicherungssysteme des Staates deutlich teurer sind, als die privaten.

Die Wohlfahrtsstaaten reagierten auf die sich anbahnenden Krisen unterschiedlich. Die private Sphäre nahm an Bedeutung zu, besonders was die privaten Krankenkassen, die Altersversorgung und das Gesundheitswesen betrifft. Anstatt Arbeitslosengeld auszahlen zu lassen, setzen die Regierungen auf Umschulungsmaßnahmen, eine aktivere Arbeitskräftepolitik, und auf eine Erhöhung der Arbeitsplätze. Parallel mit diesen Beschlussfassungen verschärfte sich die administrative Kontrolle des Staates.¹³² In den 1980er Jahren versuchte ein Großteil der Wohlfahrtsgesellschaften – in Bezugnahme auf die vorliegenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten – die sozialen Ausgaben zu senken. In der sowjetischen Einflussphäre passierte fast das Gleiche, jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, dass die Kürzungen der sozialen Ausgaben zu einem größeren Rückgang des Lebensniveaus führten. Einige Experten verbinden diese osteuropäische Tendenz mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus. Eine gängige These ist, dass die Veranlassung dazu bestand, diese Veränderungen umzusetzen, um mit diesem politischen Akt der rivalisierenden Weltanschauung etwas entgegenzusetzen.

In den „sozialistischen Ländern“ fungiert die Sozialversicherung als ein Zweig des Staatsbudgets. In der Staatshaushaltsbilanz wurde der Posten Einnahmen-Ausgaben nicht explizit ausgewiesen, denn die mit diktatorischen Mitteln regierende Elite warf einfach alles in einen „großen Hut“. Aus diesem Grund erfüllt die Sozialversicherung nur eine der Funktionen der zentralen Redistribution. Mit diesem „Zentralismus“ griffen die Sozialpolitiker eher auf die angelsächsisch-skandinavischen Modelle¹³³ zurück, anstatt das in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie sehr musterhafte und populäre Bismarck'sche Modell zu bevorzugen. Um das Bismarck'sche Modell besser zu verstehen, steht uns ein Vergleich zwischen dem deutschen und dem heutigen skandinavisch-angelsächsischen Modell zur Verfügung.¹³⁴ „Die letzten zwei Modelle sind in der Staatsverwaltung integriert, organisatorisch sind sie von ihr nicht trennbar, während das Bismarck'sche Modell die sozialen Dienstleistungen in den Zuständigkeitsbereich der Selbstverwaltung der Arbeiter verwies. (Private Krankenkassen, die staatlich kontrollierte Sachkundige leiten.)“¹³⁵

¹³² Ebenda, S. 75.

¹³³ Näher wurde vor allem das finnische Modell untersucht. Vorliegendes Fallstudium in weiterentwickelter Form basiert auf die Forschungen im Rahmen des Erasmus-Vertrages zwischen der Budapester Corvinus Universität und der Universität Ostfinnland, Campus Kuopio, Institut für Sozialpolitik. Das Ergebnis dieser Arbeit durch zehn Jahre wurde im bei dem disserta Verlag erschienen Buch Cser, Erika-Laurinkari, Juhani-Sárosi, Mária-Tefner, Zoltán: Grundlinien [...] herausgegeben.

¹³⁴ Tefner, Zoltán: Das Zeitalter des Dualismus 1867–1914. In: Cser, Erika-Laurinkari, Juhani-Sárosi, Mária-Tefner, Zoltán: Grundlinien [...] S. 65.

¹³⁵ Ebenda.

Bei Bismarck durfte die finanzielle Grundlage der Versorgung von den Einzahlungen der Arbeiter einfließen, wohingegen es in dem heutigen skandinavischen Modell eine Frage der Staatsbürgerschaft ist. Die Deckung der Ausgaben erfolgt aus dem Staatsbudget.¹³⁶ Das Bismarck'sche Modell basiert auf dem Äquivalenzprinzip - das skandinavische hingegen auf dem Solidaritätsprinzip. Das skandinavische System ist universal und individuell gleichermaßen, indem sich an den persönlichen Ansprüchen und Bedürfnissen orientiert. Es bleibt jedoch fraglich, ob dieses Solidaritätsprinzip gegenüber dem Äquivalenzprinzip wirklich von größerer Solidarität geprägt war? Die Antwort ein ist „Nein“: sogar in der Blütezeit der Kádár-Ära wurde die Sozialpolitik nur als eine Komplizenschaft des Regimes mit dem eigenen Volk angesehen. Es war ein Preis, der für das Schweigen und Ruhebewahren gezahlt wurde. Das kommunistische Regime erkaufte sich mit dieser Quasi-Solidarität das Wohlwollen der Bevölkerung.

Dieses zynisch-ausgeklügelte System trug zur politischen Stabilität und Legitimation des politischen Systems bei; im Grunde genommen funktionierte es unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Es bildete ein kohärentes System, das auf Grund des staatlichen Vermögens und der Allmächtigkeit der zentralen Wirtschaftsplanung wirkte. Die Planwirtschaft ermöglichte darüber hinaus ein künstlich ausgestaltetes niedriges Lohnniveau, und hielt das „Residualprinzip“ vor Auge. Aus dem „Überrest“ konnte der Staat die Sozialausgaben decken. Der Paternalismus, um die leitenden politischen Akteuren (Parteifunktionäre und ihr Klientel) zu bevormunden, überhäufte die ganze Gesellschaftsstruktur. Die Bevormundung ließ sich durch die vom Staat zugeteilten Dienst- und Lohnnebenleistungen realisieren.¹³⁷

Das System wurde von vornherein so gestaltet, dass der Staat die niedrigen Lohnkosten mit kostenfreien Dienstleistungen (Gesundheitspflege, Unterricht, Wohnungsbau) kompensierte. Außer den kostenlosen Naturalleistungen bot der Staat erhebliche finanzielle Unterstützung für die grundlegenden Konsumgüter (Heizung, Beleuchtung, Lebensmittel, Verkehr) an. Ferner gab es Möglichkeit, dass der Staat die zur Verfügung stehenden geringfügigen Güter (Wohnungen) wieder verteilte.¹³⁸

Die Entwicklung des „sozialistischen Wirtschaftsraums“ hat in den 1970-1980er Jahren inne gehalten, ist zurückgefallen, und die früheren wirtschaftspolitischen Vorstellungen wurden nicht mehr haltbar. Die Aufrechterhaltung des Lebensniveaus, was aus politischer Sicht von grundlegender Wichtigkeit war, ließ politische Spannungen entstehen. Die Modernisierungsprogramme und technologischen Förderungen wurden eingestellt. Die Quellen der extensiven Wirtschaftsförderung erschöpften sich, innerhalb der Bevölkerung vergrößerte sich der Anteil der Inaktiven, die Altersstruktur veränderte sich (Überalterung), und die Geburtenrate ging zurück. All diese Faktoren

¹³⁶ Ebenda.

¹³⁷ Szalai, Júlia: *Uraim! A jogaimért jöttem!* [...]. S. 313.

¹³⁸ Ferge, Zsuzsa: *Szociálpolitika és társadalom* [...]. S. 170 - 171.

schufen die Grundlage für die sich immer weiter vertiefende politische Krise. Obendrein wuchs der Anteil der Schattenwirtschaft an der Realwirtschaft, was bei einigen Schichten einen Einkommenszuwachs ergab, während die Einnahmen der Sozialversorgung unverändert blieben. Die Quellen dieser Einnahmen entsprungen nämlich den Beiträgen der legalen Arbeitsplätze.

Die Verschuldung der kommunistischen Länder lief auf Hochtouren, und diese konnten das Problem ab den 1980er Jahren nur mit Hilfe des IWF unter Kontrolle halten. Die internationalen Finanzorganisationen hielten nach Kontrolle der Wirtschaftsprobleme das übertriebene Maß des sozialen Netzes ebenfalls für schädlich. Sie schlugen vor, den Wirkungsbereich der Sozialversorgung zu schmälern, denn das „soziale Budget“ – so die Ratgeber des IWF – enthielt zu viele Elemente der kostenfreien staatlichen Zuwendung (inklusive das öffentliche Gesundheitswesen und das System der Preisstützung).¹³⁹ Ungeachtet der im Kommunismus verkündeten ideologischen Zielsetzungen ist die Armut nicht verschwunden, sondern sie wurde sogar bereits in den 70er Jahren immer mehr sichtbar. Das ist die Schicht, die zu jener Zeit in die Kategorie der „unter dem Existenzminimum Lebenden“ eingereiht worden war. Mit dem Auftreten der wirtschaftlichen Schwierigkeiten – was mit der gewichteten Rolle der Schattenwirtschaft eng verbunden war –, schien die Armut und die marginalisierte Lage bei einigen Schichten (Familien mit vielen Kindern, Alten, Kranken, Roma) immer ausgeprägter zu werden. Die Betroffenen wurden im politischen Jargon als „Benachteiligte“ oder „Deprivierten“¹⁴⁰ bezeichnet. Den Umfang dieser Schicht versuchten Soziologen zu bestimmen (Zsuzsa Ferge, István Kemény). Um das Problem in den Griff zu bekommen, auf der Spur der so genannten „népi írók“ (in approximativer Übertragung „Plebejerschriftsteller“)¹⁴¹ in den 1930er Jahren, hielten sie die gesellschaftliche Solidarität, die Eintracht, die bürgerliche Initiative für brauchbar (z. B. SZETA¹⁴²). Die Ursachen der Armut sind auch hier nicht im System zu suchen, sondern – ebenso wie es in der Horthy-Ära¹⁴³ der Fall war – in der individuell-bedingten Lebensführung, in dem devianten, von der Norm abweichenden Verhalten. Diese Auffassung hat viele Familien hart betroffen, z. B. wenn die Kinder in staatliche Betreuung gegeben werden mussten oder im Falle von polizeilichen Maßnahmen gegen einen Elternteil.¹⁴⁴

¹³⁹ Szalai, Júlia: *Uraim! A jogaimért jöttem!* [...]. S. 313.

¹⁴⁰ Valuch, Tibor: *Magyarország társadalomtörténete a XX. század második felében* [Ungarns Sozialgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Osiris Kiadó, Budapest, 2001. S. 351.

¹⁴¹ „Bewegung der Plebejerschriftsteller“: Radikale literarische, künstlerische und ideologische Strömung in den 1920/1930er Jahren. Ihre Themen schöpften sie aus dem Leben der armen, hauptsächlich bäuerlichen Bevölkerung, um die erheblichen Massen der damaligen Landbevölkerung aus ihrer schweren sozialen Lage herauszuheben. Ihre bevorzugte Gattung war die Soziographie.

¹⁴² Über die SZETA detailliert: Pik, Katalin: *A szociális munka* [...] S. 340-380.

¹⁴³ Horthy, Miklós vitéz nagybányai (1868–1957): vor 1918 Vizeadmiral der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine, 1920–1944 Reichsverweser des Ungarischen Königreiches.

¹⁴⁴ Szalai, Júlia: *Uraim! A jogaimért jöttem!* [...]. S. 56-67.

Die zurückgehenden staatlichen Ressourcen und die hervorkommenden gesellschaftlichen Spannungen verstärkten die Probleme des künstlich errichteten Systems der Sozialversicherung. Die Anomalie der Sozialversicherungswirtschaft war nur durch eine durchgreifende Umgestaltung zu beseitigen. Die 1980er und die 1990er Jahre waren die Zeit, in der die ost-mittel-europäische Region, als das gesellschaftliche Establishment für eine dynamische Entwicklung schon zu unfähig war, in Widerspruch zum öffentlichen Konsum und dem Anhäufen eines gewissen Wohlstand geriet (die das private Vermögen vermehrenden Auswirkungen der grauen Wirtschaft, gravierende Lückenhaftigkeiten in der Armenfürsorge). Die gesellschaftlichen Unstimmigkeiten zwischen Generationen und Siedlungsgebieten verstärkten sich und diverse, „abgehängte“ soziale Schichten verloren den Anschluss an die gesamtgesellschaftliche Entwicklung.

Die Aufgaben der Sozialpolitik blieben zugleich unverändert: die Gewährleistung von sicheren, menschenwürdigen Lebensbedingungen der Alten, Kranken, Jugendlichen, und die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der kostenfreien Systeme wie Gesundheitswesen und Bildung. Um diese Aufgabenstellung zu bewältigen, setzte die Politik bei den modernen Sozialversicherungssystemen auf ein Konzept aus Vertretungsprinzip und Eigenfinanzierung. Zum reibungslosen Funktionieren dieser Systeme wäre es allerdings von Nöten gewesen, den staatlichen Finanzierungszwang und die Realwirtschaft voneinander zu trennen. Dieses Dilemma hätte man aber nur dann lösen können, wenn Ungarn über eine demokratisch kontrollierbare Staatsverwaltung verfügt hätte. Die demokratische Kontrolle bedingte eine stabile parlamentarische Gesetzgebung¹⁴⁵, die jedoch eine grundlegende Veränderung der politischen Struktur notwendig gemacht hätte. An diesem Punkt schloss sich der Ring, und kurz darauf kam die politische Wende, der Zusammenbruch des Kádár-Regimes.

*

In den 1990er Jahren entstanden vollkommen neue wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Verhältnisse in Ungarn sowie den ehemaligen RGW-Staaten. An Stelle des Staatssozialismus trat das privatwirtschaftliche System. Begleitet von einer allgemeinen Fassungslosigkeit der Gesellschaft hat das neue politische Establishment die Armut jedoch nicht bekämpft, sondern – im Gegenteil – in Form von ansteigender Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit weiter verstärkt. Die Politik sah diese Missstände jedoch als „unvermeidliche Folge des Übergangs in die Marktwirtschaft“ an, und diese „Folgeerscheinungen“ wurden auch weiterhin als „Privatangelegenheit“ apostrophiert¹⁴⁶.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 274-275.

¹⁴⁶ Ebenda, S. 55-57.

Viola Kertai:

Österreich und seine Mitteleuropapolitik im 21. Jahrhundert

Überblick über Wiens Mitteleuropa

Der nach dem Zweiten Weltkrieg früheste rote Faden, der mit Mitteleuropa im Zusammenhang steht, geht auf eine aus dem Jahr 1945 stammende Erklärung zurück, in der die Grundpfeiler der guten Nachbarschaftspolitik beschrieben stehen. Die Grundpfeiler dieser Erklärung sollten eine freundliche, reibungslose und friedliche Zusammenarbeit mit den Völkern des Donaumaums garantieren.¹⁴⁷ Diese erwünschte Kooperation war aber nicht immer so reibungslos und eindeutig.

Auf die erste Schwierigkeit stößt man bereits in der Definition: Wo liegt es? Was bedeutet es „geistesinhaltlich“? Was gehört dazu? Wo sind seine Grenzen, wenn es solche Grenzen überhaupt je gegeben hat, oder gab (schwere, nach mehreren Meinungen unbeantwortbare Fragen)? Trotzdem kennen wir in der Geschichtswissenschaft eine zahlreiche Gruppe von Wissenschaftlern, die Jahre mit der Beantwortung dieser „unbeantwortbaren“ Fragen verbracht haben. Die Aufzählung ihrer Konzepte und die Darstellung ihrer Gedankengänge würden den Rahmen dieser bescheidenen Arbeit sicherlich sprengen. Einige von ihnen können wir aber nicht außer Acht lassen, um gewisse Vorstellungen über die Aufgaben und Pflichten des heutigen Österreich zu gewinnen. Dies liegt darin begründet, dass der mitteleuropäische Gedanke, der ehemals über das Großreich regierenden Habsburgermonarchie, nicht von Österreich losgetrennt werden kann. Zur Wahrheitsfindung gehört die Feststellung, dass zwar Jahrhunderte verstrichen sind, aber sich das österreichische Reich einen gewissen Wertekanon stets erhalten hat. Die Habsburgermonarchie musste unter anderem die Rolle einer Grenzschutzmacht spielen, mehrere Jahrhunderte hindurch musste das Kaiserreich – insbesondere der ungarische Schutzwall, das „végvári rendszer“ sowie die Schutzlinie der Szekler in Ost-Siebenbürgen – der Verteidigung der europäischen Zivilisation gegen die Türken Genüge tun.¹⁴⁸ Dieser Aufgabe Genüge zu leisten war eine hochanspruchsvolle Aufgabe. Einen Schutzwall am Leben zu erhalten war einerseits eine Vorbedingung zur Sicherheit, andererseits aber verbarg er auch Staatsgefahr. Denn ein militarisierter Grenzsteifen im Süden und im Osten des Landes, indem stetige Kampfhandlungen stattfanden und Waffen gelagert wurden, führte zu einer dauerhaften Gefahr eines Putschversuchs.³ Dieses Beispiel ist nur eines von den vielen. 1918, als Großösterreich die Bühne Kleinösterreich übergeben hatte, wurde Österreich von diesen Sorgen befreit. Schon damals – aber insbesondere nach 1945 – war es ein dringendes Anliegen, Mitteleuropa in der Außenpolitik anders als vorher zu führen. Wien – so, wie in den vorherigen Jahrhunderten immer – hat die Wichtigkeit oder die Aktualität seiner Mitteleuropapolitik im Laufe der Jahre sehr unterschiedlich

¹⁴⁷ Plassnik, Ursula: Hogyan éltél a szabadságoddal, Ausztria? [Wie hast du mit deiner Freiheit Brauch gemacht, Österreich?]. In: Európai Szemle, XVI. évfolyam, 2005., 1. szám; S. 21-28.

¹⁴⁸ Tefner, Zoltán: Az országhismeret-oktatás kelet-európai szemlélete és az osztrák–magyar politika [Osteuropäische Sicht des Landeskundeunterrichts und die österreichisch–ungarische Politik]. In: lingua, jubileumi szám. Hrsg.: Miklós Magyar und Gábor Csaba Dávid. Budapesti Közgazdaságtudományi Egyetem Idegennyelvi Oktató és Kutatóközpont, Budapest, 1999. S. 248–249.

interpretiert. Seine mitteleuropäischen Vorstellungen und Diskussionen haben nicht immer im Mittelpunkt seiner außenpolitischen Prioritäten gestanden. Demnach haben wir verschiedene „Orientierungspunkte“ ausgewählt, die unserer Meinung nach „Wendepunkte“ in der Mitteleuropapolitik Österreichs seit den 1950er Jahren markieren.

Der erste Wendepunkt

Einer der ersten solchen Meilensteine war der österreichische Staatsvertrag.¹⁴⁹ Durch die immerwährende Neutralität hat dem Alpenland genug Spielraum zur Verfügung gestanden, den Kontakt mit den Ländern aus dem sowjetischen Block aufzunehmen, bzw. zu pflegen. Dieser Umstand hat den außenpolitischen Handlungsspielraum gesichert, in denen sich die regionale Zusammenarbeit schon sehr früh, in den 1970er Jahren, entfalten konnte. (Siehe: Donaauraum, Alpenregion.)

Der zweite Wendepunkt

Die nächste Welle hat das Jahr „annus mirabilis“ symbolisiert.¹⁵⁰ Nachdem sich die damaligen westlichen und östlichen Blöcke aufgelöst hatten, und damit auch der Kalte Krieg zu einem Ende gekommen war, hat die Vermittlerrolle und -funktion von Wien gleichermaßen an Bedeutung verloren, woraufhin Wien auf zwei neue Herausforderungen wirksame Lösungen finden musste. Auf der einen Seite musste Österreich seine Beziehung zu der mitteleuropäischen Region wegen des Verlustes der Vermittlerrolle neu definieren.¹⁵¹ Auf der anderen Seite musste Wien verhindern, dass die Länder der Region durch ihre regionalen Tätigkeiten eine eventuelle Revisionsmöglichkeit der Monarchie vermuten.¹⁵²

Österreich, mit diesen zwei Herausforderungen konfrontierend, versuchte mit der Hilfe verschiedener regionaler Initiativen eventuelle Lösungen zu finden. Die Initiativen waren u.a. ARGE Alpen Adria,¹⁵³ Quadragonale, Pentagonale, Hexagonale. Diese Formen waren hauptsächlich durch praxisorientierte, realisierbare Prioritätensetzung geprägt, wobei der Beitritt der EU und NATO, also die westliche Orientierung der teilnehmenden Länder an der Spitze der Agenda gestanden hat. Mit anderen Worten können wir auch sagen, dass die Organisation regionaler Kooperationsformen ein Mittel der Westorientierung war, also sie der Westorientierung untergeordnet war und die

¹⁴⁹ Waldheim, Kurt: Der österreichische Weg. Aus der Isolation zur Neutralität. Verlag Fritz Molden, Wien, 1971. S. 195.

¹⁵⁰ Brix, Emil: Man kann diese Region nur über die Kultur erneuern. Internet: (19.07.2014)

¹⁵¹ Brandstaller, Trautl: Die desorientierte Republik – Österreich nach 1989. In: Europäische Rundschau, 42. Jahrgang, Nummer 3/2014, S. 33-41.

¹⁵² Emil Brix ist aber anderer Meinung. In einer E-Mail hat er mir mitgeteilt, dass die Rede nicht von der Gefahr eines monarchischen Regionalverbundes war, sondern es nur darum ging, dass eine zu starke Ausrichtung auf Mitteleuropa den österreichischen EU-Beitritt verlangsamen könnte.

¹⁵³ „[...] grenzüberschreitende Gemeinschaften entstehen in Mitteleuropa: das „Internationale Symposium Mogersdorf“, die ARGE Apl (Arbeitsgemeinschaft Alpenländer), die ARGE Mittlere Donau, die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Alpen-Adria, ZEI, die Visegrád-Staaten, OSZE [...]“ Siehe: Baumann, Wolfgang – Hauser, Günther: Mitteleuropa: Im geopolitischen Interesse Österreichs. Austria Medien Service, Graz, 2002. S. 116–129.

gegründeten Initiativen nur als „Vorzimmer der Integration“ betrachtet wurden.¹⁵⁴ Die Westorientierung entbehrte keineswegs der historischen Schattenbilder und somit der Beweggründe, sich von ihrer nachteiligen Isolationspolitik zu entledigen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als das Ringen mit Preußen um die Vormachtstellung in Deutschland auf Hochtouren lief, bot sich logisch dar, in diesem Rivalisieren auf die Hilfe der Westmächte (England, Frankreich) zu setzen. Die Zahl der Beispiele bildet eine unermesslich lange Kettenreihe. Im Jahr 1859, was das verhängnisvolle Jahr der Schlacht bei Solferino war, befand sich Frankreich noch in der Gruppe von Österreichs Feinden. Schon weniger Jahre später, nämlich 1866, stand Frankreich auf Grund seiner wohlfundierten Interessen an der Seite Österreichs. Genauso wie drei Jahre zuvor, als das Zusammengehen mit Österreich gegen Russland in dem polnischen 1863er Aufstand wegen der instabilen ungarischen Lage scheiterte.¹⁵⁵

Der dritte Wendepunkt

1995 war der nächste Meilenstein in Verbindung mit der österreichischen Mitteleuropapolitik. In diesem Jahr ist ja das Alpenland zu einem der gleichwertigen Mitgliedsländer der EU geworden, wobei das Land als ein moderner, demokratischer und wirtschaftlich prosperierender Staat mit gutem Beispiel für die mitteleuropäische Region vorangegangen ist.

Österreich konnte in diesem Jahr auf einen reichen und abwechslungsreichen Kampf auf dem Schlachtfeld um das vereinte Europa zurückblicken. Ein Großteil der Versuche ein „Vereintes Europa“ zu Stande zu bringen war mit dem Namen Österreich und der altwürdigen Stadt Wien eng verbunden. Im Mittelpunkt der Organisation stand Wien, die in der Wiener Hofburg redigierte Zeitschrift „Paneuropa“, die von Richard Nicolaus Coudenhove-Kalergi und Otto von Habsburg betreut und herausgegeben wurde. Nach dem Fall der Habsburger stellten sie den Gedanken der Tradition, basierend auf dem alten europäischen Kulturgut, in den Focus ihrer Bestrebungen. Nach dem Paneuropakonzept Kalergis musste in Europa alles so bleiben, wie es ist, wie es früher war, die Nationen, die Länder, die Staatsgrenzen, mit einem Wort: die Traditionen. Es durfte also keine Umwälzung amerikanischer Art geben, weil ein Zerstören der sozialen Rahmenbedingungen der Herausbildung chaotischer Verhältnisse hätten dienen können – so Kalergi.¹⁵⁶ Sie stellten sich Wien als *Hauptstadt Europas* vor (N.b. hätte Wien wegen seiner zentralen geographischen Lage besser gefallen, als die heutige 1956er Zwangssituation mit Brüssel).

Mit Recht hätten die Staaten glauben können, dass Österreich aufgrund der gemeinsamen kulturellen, geschichtlichen Wurzeln während der Beitrittsverhandlungen die Rolle des Anwalts Mitteleuropas hätte spielen können, sowie Österreich einen bedeutenden Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen Integration leisten würde. Aber nicht nur die Staaten der Region konnten davon profitieren, sondern auch

¹⁵⁴ Kiss J., László: Az osztrák Európa-politika útkeresése, avagy egy közép-európai régió esélyei az EU-ban. In: Európa 2002, II. évfolyam 3. szám-2001. szeptember; S. 3-16.

¹⁵⁵ Im Juni 1863 haben mehrere Ministerratssitzungen in Wien gegen das geplante französische Allianzangebot abgestimmt. Siehe: Tefner, Zoltán: Az 1863. évi európai válság csúcsa [Die Spitze der 1863er europäischen Krise]. In: Világtörténet, 1997. tavasz-nyár. S. 24-27.

¹⁵⁶ Tefner, Zoltán: Die Entwicklung des paneuropäischen Gedankens. Grundrisse einer Synthese. Corvinus-Universität, Budapest, 2012. In: Grotius, E-könyvtár, (27. 02. 2014). S. 62.

Österreich selbst. Österreich war an der Integration mitteleuropäischer Länder interessiert, weil es dadurch wieder in die Mitte Europas gerückt wurde.¹⁵⁷ (Die Ironie der Geschichte ist, dass die Beitrittsverhandlungen erst dann begannen, als Österreich die EU-Präsidentschaft innegehabt hat. Diese günstige außenpolitische Lage konnte die entsprechenden Rahmen für die Verhandlungen sichern.)

Trotz dieses günstigen Umstands, und der gemeinsamen Geschichte, hat Österreich diese einzigartige Chance nicht ausgeschöpft: nicht nur vor dem EU-Beitritt Österreichs, hat sich das Land beinahe ausschließlich in Richtung Westen gewandt,¹⁵⁸ womit es den mitteleuropäischen Ländern den Rücken gekehrt hat, sondern auch nach seinem EU-Beitritt hat die Region nicht zu seinen außenpolitischen Prioritäten gehört.¹⁵⁹ Einige Quellen sind sogar der Ansicht, dass der europäische Charakter Österreichs allmählich den mitteleuropäischen zurückgedrängt hat, wodurch Österreich seine mitteleuropäische Verantwortung stufenweise vergessen hat.¹⁶⁰

Der vierte Wendepunkt

Das Jahr 2000 hat erneut den Beginn einer neuen mitteleuropäisch-österreichischen Epoche eingeleitet. Die EU verhängte Sanktionen gegen die Koalition aus SPÖ und FPÖ, was eine außenpolitische Ernüchterung von fundamentaler Bedeutung zur Folge hatte. Die EU-Sanktionen wurden von allen damaligen Mitgliedsländern (sogar von Deutschland!) beschlossen, was die österreichische Regierung zu dem Schluss kommen ließ, dass Österreich innerhalb der EU keine natürlichen Verbündeten hätte.¹⁶¹ Darüber hinaus sah sich Österreich mit dem (neuen) Status eines Kleinstaats¹⁶² konfrontiert, der weit weniger Möglichkeiten bietet, Einfluss auf europäische Entscheidungen zu nehmen. Daraus ergibt sich, dass Österreich nach der Auflösung der Sanktionen, die Strategie der kleinen Staaten (small state strategy) angewandt hat.¹⁶³ Es wurde also wieder den mitteleuropäischen Ländern ein besonderes Augenmerk geschenkt.¹⁶⁴

¹⁵⁷ Busek, Erhard: The Unique Opportunities of central Europe – A Chance for Austria. 2006. Internet: (05.09.2014).

¹⁵⁸ Nowotny, Thomas (1986): Anmerkungen zur multifunktionalen Standardrede über die österreichische Außenpolitik. In: Österreichs Jahrbuch für Internationale Politik. Böhlau, Wien-Köln, 1986. S. 39–42.

¹⁵⁹ Missong, Alfred: Österreich braucht die Freundschaft seiner Nachbarn. Internet: (05.09.2014).

¹⁶⁰ Ormos, Mária: Közép-Európa, Volt? Van? Lesz? A fogalom változásai a 19-20. században [Mitteleuropa, War es einst gewesen? Gibt es noch? Wird es noch? Die Veränderungen des Begriffes im 19–20. Jahrhundert]. Napvilág Kiadó, Budapest, 2007. S. 282. Siehe noch: Lendvai, Paul: Ist Österreich noch Anwalt des Ostens? Internet: (23.09.2014).

¹⁶¹ Luif, Paul: Forum on 'Central Europe': Austria and Central Europe, In: Perspectives, Vol. 18, No. 2, 2010. S. 101. Internet: (24.10.2014).

¹⁶² Gerlich, Peter: Auf dem Weg zur Normalität? Anmerkungen zu den Maßnahmen der EU-14. In: Ferdinand Karlhofer, Josef Melchior, Hubert Sickinger (Hrsg.): Anlassfall Österreich, Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1. Auflage, 2001. S. 27–34.

¹⁶³ Angerer, Thomas: Regionalization and Globalization in Austrian Foreign Policy since 1918. In: Contemporary Austrian Studies, Volume 10; Günter Bischof, Anton Pelinka and Michael Gehler (eds.). Austria in the European Union; Transaction Publishers (New Brunswick, USA, and London) 2002. S. 22–55.

¹⁶⁴ Ein Teil der Fachliteratur hat sich ziemlich skeptisch zu dem österreichischen Interesse an Mitteleuropa geäußert. Sie waren davon überzeugt, dass Wien seine mitteleuropäische Chance schon

Österreich hat sich gestrebt, eine solche Kleinstaaterei-Strategie einzuführen,¹⁶⁵ und diese Strategie äußerte sich in der Nachbarschaftspolitik. Daher hat es in erster Linie unter den mitteleuropäischen Staaten seine natürlichen Partner gesucht. Dementsprechend hatte Österreich also einen mitteleuropäischen Bund zum Ziel, in dessen Rahmen es sich wieder als mitteleuropäischer Staat positionieren konnte. Diese „Verbündete-suchen-Strategie“ ist in Initiativen, wie dem 4+Format mit den Visegrád-Ländern, die Regionale (ursprünglich *Strategische*) Partnerschaft oder die Donauraumstrategie¹⁶⁶, zum Ausdruck gekommen.

Der fünfte Wendepunkt

Zum nächsten Wendepunkt zählt das Jahr 2004. Österreich hat sich mit der EU-Erweiterung wieder in der Mitte Europas positioniert. Diese veränderte geopolitische Lage hat seine Position verstärkt.¹⁶⁷ Aber damit einhergehend hat sich auch das Ziel der westlichen Integration erfüllt, womit die Vermittlerrolle Österreichs zwischen den westlichen und östlichen Blöcken überflüssig geworden ist. Aus diesem Grund musste das Alpenland seine Mitteleuropapolitik neu definieren.¹⁶⁸ Die sich daraus ergebende Frage ist also: Kann Österreich seine Chance nutzen, um die schon existierenden regionalen Kooperationsformen mit neuem Leben zu erfüllen? So, dass es diesen osteuropäischen Ländern auch in ihrem Interesse steht? Wie konnte Österreich die vergangenen 25 Jahre gestalten?¹⁶⁹ Kann Österreich zu einem Begabungsvulkan¹⁷⁰ mit Ostkompetenz werden? Wird Österreich fähig sein, die „Koalition“ der mitteleuropäischen Länder unter seiner Führung zu organisieren?¹⁷¹

SPÖ-ÖVP: die (Wieder)Entdeckung Mitteleuropas?

„Österreichs Existenz ist eine historische Notwendigkeit. Wenn es nicht existieren würde, müsste es im Interesse der mitteleuropäischen Nationen erfunden werden.“ Dieses Zitat stammt von František Palacky, Leiter der alttschechischen Bewegung (einem der Vorläufer des Austroslawismus) sowie einer der Gründer der tschechischen

nach der Wende verpasst hat. Siehe: Baumann, Wolfgang – Hauser, Günther: Mitteleuropa: Im geopolitischen Interesse Österreichs. Austria Medien Service, Graz, 2002. S. 351.

¹⁶⁵ Siehe noch: Le Rider, Jacques: Mitteleuropa: Auf den Spuren eines Begriffes. Vienna, Deuticke, 1994. S. 140.

¹⁶⁶ Kiss J., László: Az osztrák Európa-politika [...]. S. 15.

¹⁶⁷ Kőrösi, István: Ausztria új szerepe: közép-európai államként ismét az európai centrumban [Österreichs neue Rolle: wieder im Zentrum als mitteleuropäischer Staat]. S. 583. In: Kiss J. László (szerk.): A huszonötök Európai, Osiris Kiadó, Budapest, 2005. S. 550-588.

¹⁶⁸ Maruzsa, Zoltán Viktor: Az osztrák külpolitika a szövetséges megszállástól az európai integrációig (1945-1995) [Die österreichische Außenpolitik seit der alliierten Besatzung bis zur europäischen Integration (1945-1995)]. Eötvös József Főiskolai Kiadó, Baja, 2007. S. 137.

¹⁶⁹ Erhard Busek, der Mitteleuropäer, hat schon am Anfang der 1980er Jahre konkrete Fortschritte abgezielt. In einem Interview mit dem Standard zu diesem Thema im Jahre 2014 hat er offen gesagt, dass Österreich nur die wirtschaftlichen Möglichkeiten nach der Wende genutzt hat, die anderen Chancen aber versäumt wurden. Siehe: Nimmervolls Interview mit Erhard Busek. Internet: (24. 09. 2014).

¹⁷⁰ Brix, Emil: Europa jenseits der Blockgrenzen. S. 42. In: Andreas Pribersky (Hrsg.): Europa und Mitteleuropa? Eine Umschreibung Österreichs, Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H. Wien, 1991. S. 34-46.

¹⁷¹ Lamy, Pascal: Österreich soll in EU Koalition kleinerer Länder anführen. Internet: (19. 07. 2014).

nationalen Wissenschaftlichkeit. Nicht nur er, sondern mehrere slawischen Volksgruppen folgten diesem Gedankengang. Unter anderem die Polen, und die erste Generation der galizischen Ukrainer (Ruthenen)¹⁷²

Um auf diese Fragen mögliche Antworten zu bekommen, besteht die Notwendigkeit, die Parteiprogramme der ÖVP und SPÖ in historischer Herangehensweise unter die Lupe zu nehmen. Im Grunde genommen ist es selbstverständlich, dass wir auf die österreichische Mitteleuropapolitik nach dem Jahre 2000 Wert legen. Aber damit wir ein umfassendes Bild bekommen, werden wir auch die Wendepunkte in dem vorher genannten Kapitel berücksichtigen und den Versuch unternehmen die „österreichischen Möglichkeiten“ im Hinblick auf Mitteleuropa vor dem Jahr 2000 zu analysieren.

Die erste Möglichkeit

Auf diese Weise würde man die Darstellung der österreichischen Mitteleuropapolitik seit dem Abschluss des Staatsvertrages, bzw. seit den 50er und 60er Jahren beginnen. Leopold Fiegl, der damalige Außenminister, ein echter Mitteleuropäer, hat schon in den 40er Jahren danach gestrebt, mit der mitteleuropäischen Region engere Beziehungen zu pflegen. Allerdings haben seine Kollegen diese Idee nicht unterstützt, weshalb er in seinen Bemühungen allein geblieben ist.¹⁷³ Auch Erhard Busek¹⁷⁴ (ÖVP) hat sich für diese Region eingesetzt und in den 60er Jahren mehrmals Kritik an der Regierung geäußert, weil sie über keinerlei einheitliche und eindeutige Mitteleuropapolitik verfügt hat.

Die zweite Möglichkeit

Später hat wieder Bruno Kreisky (SPÖ) auf die Wichtigkeit der Mitteleuropapolitik hingewiesen, zunächst aber aufgrund des Kalten Krieges nur zurückhaltend. Erst später beschäftigte er sich immer intensiver mit dieser Region. Er hat u.a. festgestellt, dass diese Region nicht zu dem Ostblock, sondern zu Mitteleuropa gehört.¹⁷⁵ Er war der erste österreichische Politiker, der die Frage der mitteleuropäischen Region nach dem Zweiten Weltkrieg auf internationaler Ebene zur Sprache gebracht hat. Während seiner Zeit als Außenminister ist die Mitteleuropapolitik zum Teil der österreichischen Nachbarschaftspolitik geworden und Mitteleuropa hat für Kreisky eine Alternative gegenüber der Zweiteilung Europas dargestellt. Er war der Ansicht, dass Österreich die folgende Aufgabe in der Region erfüllen könnte: als Land mit Ostkompetenz, als Nachfolgerstaat der Habsburger Monarchie und als Land mit immerwährender Neutralität könnte es bedeutende Ergebnisse im Bereich der Menschenrechte und Sicherheit erreichen, ohne dass diese Bestrebungen das Missvertrauen der Sowjetunion

¹⁷² Tefner Zoltán: *Az Osztrák–Magyar Monarchia lengyelpolitikája 1867–1914*. L'Harmattan Kiadó, Budapest, 2007. „Im Grunde genommen blieb ihre allgemeine Haltung im Rahmen des Austroslawismus, separatistische Rufe waren nur ab und zu zu hören. Ihre nationalen Ansprüche richteten sich nicht gegen das Reich.“ S. 99.

¹⁷³ Ormos, Mária: *Közép-Európa* [...]. S. 224.

¹⁷⁴ Busek, Erhard – Brix, Emil: *Projekt Mitteleuropa*. Wien, Ueberreuter, 1986. S. 40, 74, 103, 171. und Busek, Erhard: *Az elképzelt Közép-Európa* [Das vorgestellte Mitteleuropa]. Európai Utas, Századvég Kiadó, Budapest, 1992. S. 10.

¹⁷⁵ Luif, Paul: *Forum on 'Central Europe'* [...]. S. 96.

oder der mitteleuropäischen Staaten erwecken.¹⁷⁶ Gewissermaßen kann man dieses Konzept als eine „territorial reduzierte Aufwärmung“¹⁷⁷ der These von Clemens Metternich in Betracht ziehen, natürlich ohne vollständige Übernahme der Germanisierungsabsichten, die erst später in der Zeitperiode der preußischen Ostmarkpolitik in den Vordergrund drangen und das seelenreichste Bevölkerungselement dieser Region, die Slawen (Polen, Tschechen, Ukrainer) gefährdeten.¹⁷⁸

Trotz der vielversprechenden Möglichkeiten konnte sich aber die österreichische Mitteleuropapolitik nicht entfalten. Eine Ursache hierfür könnte sein, dass sich die zwei größten Parteien Österreichs, die ÖVP und die SPÖ, über eine einheitliche mitteleuropäische Strategie Österreichs nicht einigen konnten. Von Anfang an war für die SPÖ charakteristisch, dass sie von der Region einen gewissen Abstand gehalten hat,¹⁷⁹ der sich in erster Linie mit der Geschichte der Monarchie und mit der Naumann'schen Konzeption über Mitteleuropa erklären lässt.¹⁸⁰ Dieser Gegensatz in Verbindung mit Mitteleuropa zwischen den zwei Parteien hat auch später während des Zweiten Weltkrieges die österreichische Mitteleuropapolitik geprägt.¹⁸¹

Die dritte Möglichkeit

Nicht einmal die Jahre nach dem Kalten Krieg konnten den erwünschten Durchbruch mit sich bringen. Der neue österreichische Kanzler Vranitzky hat nämlich nicht die mitteleuropäische Region zum außenpolitischen Hauptziel der Alpenrepublik gesetzt, sondern die schnelle und reibungslose westeuropäische Integration des Landes, also den EU-Beitritt. Dadurch hat Mitteleuropa seine außenpolitische Relevanz in Wien verloren und die österreichische Regierung ist davon ausgegangen, dass die Staaten der Region keine engeren Beziehungen mit Wien aufbauen wollten, weil auch sie (wie die Alpenrepublik) sich darum bemühten, den Beginn der westeuropäischen (NATO, EU) Integration sobald wie möglich in Gang zu setzen, wodurch die Beziehungen zu Österreich eher von geringerer Bedeutung gewesen wären.¹⁸²

¹⁷⁶ Horel, Cathrine: A középnek mondott Európa. A Habsburgoktól az európai integrációig, 1815-2004 [Das als „Mittel“ gemeinte Europa. Seit den Habsburgern bis zur europäischen Integration. Akadémiai Kiadó, Budapest, 2011. S. 234-235.

¹⁷⁶ Tefner, Zoltán: Az Osztrák-Magyar Monarchia [...]. In Metternichs Plänen war es so, dass die zwei Großmächte die Übermacht über Mitteleuropa mit vereinten Kräften in ihrer Gewalt haben. S. 36.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Ebenda.

¹⁷⁹ Brix, Emil: Austria and Central Europe. S. 201. In: Günter Bischof, Fritz Plasser, Anton Pelinka, Alexander Smith (Eds.): Contemporary Austrian Studies, Volume 20, Global Austria, Austria's Place in Europe and the World, University of New Orleans Press, New Orleans, UNO Press, 2011. S. 200-211. und Brix, Emil: Europa jenseits der Blockgrenzen [...]. S. 231.

¹⁸⁰ Luif, Paul: Forum on 'Central Europe' [...]. S. 97.

¹⁸¹ Ebenda. S. 96. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass sich nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die österreichische Bevölkerung zu Mitteleuropa sehr skeptisch geäußert haben. Siehe: Lukač, Pavol: Regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Neue Formen und neue Herausforderungen. 2007. Internet: http://www.kas.de/wf/doc/kas_584-544-1-30.pdf?030607160512. (03. 08. 2014) S. 69.

¹⁸² Luif, Paul: Forum on 'Central Europe' [...]. S. 96.

Aus dieser Sichtweise kann die österreichische Außenpolitik in den 1980er und 1990er Jahren so charakterisiert werden, dass Wien Mitteleuropa nicht die höchste Priorität beigemessen hat, obwohl die ersten Zeichen der regionalen Zusammenarbeit schon damals erschienen sind. Wien verwendete diese Mitteleuropapolitik als Gegengewicht zu seiner Westpolitik. Besonders nach 1995 war es so. Auf die markante Neuausrichtung der österreichischen Mitteleuropapolitik musste man aber noch fünf Jahren warten.

Die vierte Möglichkeit

Die von Frau Ferrero-Waldner (ÖVP) ins Leben gerufene Initiative hat dazu geführt, dass Wien während der EU-14-Sanktionen seine alten Nachbarn als neue Bündnispartner wieder entdeckt hat. „Diese (Wieder)Entdeckung“ hatte die Ankündigung der Regionalen Partnerschaft zur Folge, die die erste regionale Kooperationsform war, deren Mitglieder – nach der Auffassung von Wien – nur mitteleuropäische Staaten waren. Mit diesem Schritt schien also Österreich mit der pragmatischen Zielsetzung der „westeuropäischen Bündnissuche“ aufgegeben zu haben, und sich stattdessen der mitteleuropäischen Region zuzuwenden. Im Jahre 2004 hat Wien zu dieser „Bündnissuche“ auch seinen Rahmen vorgegeben, in dem Österreich diese Strategie in die Wirklichkeit umsetzen wollte: die Alpenrepublik wollte Partner für sich gewinnen, um seine Interessen *innerhalb der Europäischen Union* durchzusetzen.

Die Nachfolgerin von Ferrero-Waldner, Ursula Plassnik hat in Bezug auf Österreichs Mitteleuropapolitik einen ähnlichen Ton angeschlagen, als sie über den Begriff der mitteleuropäischen Politik in ihren Reden gesprochen hat und es sich zum Ziel gesetzt, diesen mit neuem Leben zu erfüllen, indem sie wieder eine praxisorientierte, „greifbare“ und vor allem, eine lebendige Nachbarschaftspolitik betreiben wollte.¹⁸³ Trotz dieser außenpolitischen Prioritätssetzungen, finden wir nur einen unmittelbaren Hinweis auf die Mitteleuropapolitik in dem nächsten offiziellen Regierungsprogramm von 2008. Nämlich den Hinweis darauf, dass Österreich weiterhin ein verlässlicher Partner seiner mitteleuropäischen Nachbarländer bleibt. Obwohl keine neuen politischen Leitlinien im Zusammenhang mit der Regionalpolitik aufzuzeigen waren, hat sich die österreichische Regierung für die Gründung einer neuen regionalen Organisation engagiert: eine Initiative für den Donaauraum, an der auch die überwältigende Mehrheit, der vom österreichischen Außenministerium definierten mitteleuropäischen Region, teilnehmen konnte. Das Regierungsprogramm hat eindeutig festgestellt, dass die Donau, und der Donaauraum, in den kommenden Jahren eine wichtige außenpolitische Funktion haben würde, und die Bundesregierung diese weiterhin politisch, wirtschaftlich und kulturell zu nutzen anstrebe.

Das neue, im Jahre 2013 verfasste Regierungsprogramm, war auch keine Ausnahme, was die Nachbarschaftspolitik betrifft. Die ÖVP scheint die 2008 begonnene Richtung fortzusetzen. Die Rede ist nur von einer im engeren Kreis geltenden Nachbarschaftspolitik, die zu einer erweiterten Nachbarschaft führen soll, die sowohl die Staaten Mitteleuropas, als auch die des Westbalkans auf einen gemeinsamen Nenner bringen soll. Unter dem Titel „unser Konzept für das Vereinte Europa“ wird die aktive österreichische Mitgestaltungsrolle in der Donaustrategie hervorgehoben. Ferner wurde unterstrichen, dass die Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen

¹⁸³ Plassnik, Ursula: Lebendige Nachbarschaft mit vielen Facetten. 2007. Internet: (03. 08. 2014).

Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn eine Kernaufgabe der Außenpolitik ist. „Eine erweiterte Nachbarschaft“: äußerst altmodisch klingender Ausdruck, der aus dem tiefen Brunnen verschollener Jahre hervortritt. Der Kampf um den Einfluss auf dem Westbalkan ging nach 1871 auf Hochtouren, als Gyula Andrassy zum gemeinsamen Außenminister ernannt wurde. In den ersten Monaten seiner Amtszeit strebte er danach, Positionen auf dem Balkan mit teilweise territorialen Zugeständnissen für Serbien zu erreichen.¹⁸⁴ Der Versuch scheiterte aufgrund des russischen Vetos.¹⁸⁵

Nachdem wir also einen Blick auf die wichtigsten Schritte der österreichischen Mitteleuropapolitik der SPÖ-ÖVP-Koalition geworfen haben, bezeichnen wir die folgenden Institutionen und Koalitionsformen als mitteleuropäisch-österreichisches Mittel: die RP, die DRS und die ZEI¹⁸⁶.

Die Regionale Partnerschaft

Wie schon zuvor erwähnt, hat die Verhängung der EU-Sanktionen die Initiative der Regionalen Partnerschaft unmittelbar in Gang gesetzt. Seitdem wurden die Beziehungen und „Bündnis(ver)suche“ mit den mitteleuropäischen Ländern wieder in den Vordergrund der außenpolitischen Prioritätssetzungen Österreichs gestellt.¹⁸⁷ Dadurch wurde aber auch die Mitteleuropapolitik neu interpretiert.¹⁸⁸ Es wäre jedoch ein Fehler, wenn wir nur die EU-Sanktionen gegen Österreich als einzige Erklärung für die Partnerschaft betrachten würden. Wir dürfen nicht vergessen, dass schon die regionale Zusammenarbeit mit den Visegrád-Länder existierte (existiert), die eine erfolgreiche, funktionsfähige und mitteleuropäische Initiative verkörpert hat, bzw. verkörpert.¹⁸⁹ Die überwiegende Mehrheit der Visegrád-Länder hatte eine eher skeptische, ablehnende Haltung gegenüber dieser österreichischen Idee und zur gleichen Zeit haben sie sich eindeutig dafür ausgesprochen, dass sie in die Regionale Partnerschaft neuer Staaten nicht aufgenommen werden wollen,¹⁹⁰ und die eventuelle, zukünftige Teilnahme an der Regionalen Partnerschaft auf keinen Fall eine (Gegen)alternative gegenüber dem EU-Beitritt oder der Westintegration bedeuten dürfe.¹⁹¹

Mit anderen Worten können wir also die These aufstellen, dass Wien ab dem Zeitpunkt zu Mitteleuropa zurückkehren wollte, als es schon eine gut funktionierende

¹⁸⁴ Ress, Imre: A magyar Balkán-politika módosulásának indítékai Andrassy külügyminiszteri kinevezése után [Beweggründe der Umgestaltung der ungarischen Balkan-Politik nach der Ernennung von Andrassy zum Außenminister]. In: Nemzeteken innen és túl. Tanulmányok Diószegi István 70. születésnapjára. Szerk.: Erdődy Gábor és Pók Attila. Korona Kiadó, Budapest, 2000. S. 232.

¹⁸⁵ Ebenda.

¹⁸⁶ DRS (Donauraumstrategie), (RP) Regionale Partnerschaft, ZEI (Zentraleuropäische Initiative).

¹⁸⁷ Jungwirth, Michael: Österreich muss sich in Europa strategische Partner suchen. 2003. Internet: (09. 09. 2014).

¹⁸⁸ Luif, Paul: Die Zusammenarbeit in Mitteleuropa als Element der österreichischen EU-Politik. Internet: (02. 08. 2014)

¹⁸⁹ Roszkogler, Gerald: Austrian Foreign Policy, Re-discovering Central Europe. 2007. Internet: (29. 07. 2014).

¹⁹⁰ Strážay, Tomáš: Visegrad—Arrival, Survival, Revival in two *Decades of Visegrad Cooperation—Selected V4 Bibliography*. Bratislava: International Visegrad Fund, 2011. S. 14–38. Internet: (29. 07. 2014).

¹⁹¹ Kiss J. László– Königova, Lucie – Luif, Paul: Die „Regionale Partnerschaft“: Subregionale Zusammenarbeit in der Mitte Europas. In: ÖZP, 32 (2003) 1, Internet: (25. 06. 2014).

mitteleuropäische Kooperation gab, und als die Staaten der Region diese mitteleuropäischen Rahmen schon überschritten hatten, und sich eher auf ihre Westintegration konzentrieren wollten. Das Alpenland konnte also (als „Spätkommer“) nur die Visegrád-4+2-Form (zusammen mit Slowenien) erschaffen. Wenn Wien aber trotzdem eine regionale Zusammenarbeit aus der Taufe heben wollte, die auf der österreichischen Initiative beruht, musste sich Österreich für eine völlig neue Kooperationsmöglichkeit innerhalb seiner Nachbarschaftspolitik einsetzen, die das Ziel gehabt hätte, eine Zusammenführung anzustoßen und dadurch die Erneuerung der Region zu bewirken sowie gemeinsame Interessen innerhalb der EU zu vertreten. Darüber hinaus könnte auch die Frage aufkommen, warum Österreich diese regionalen Herausforderungen nicht im Rahmen der Zentraeuropäischen Initiative lösen wollte. Ferrero-Waldner hat diese Frage folgendermaßen beantwortet: die ZEI ist für diese regionalen Probleme unfähig, weil daran zu viele Staaten teilnehmen. Dadurch ist die Effektivität der regionalen Problemlösung gehindert.¹⁹²

Die RP ist also das ungewöhnliche außenpolitische Mittel der traditionellen österreichischen Nachbarschaftspolitik, das auf gemeinsamen Traditionen, einer gemeinsamen Geschichte und dem gemeinsamen Kulturgut der Region beruht¹⁹³ - stets unter Berücksichtigung gemeinsamer außerpolitischer Interessen. Manche, obwohl Frau Ferrero-Waldner mehrmals unterstrichen hat, dass die Partnerschaft nichts mit den dynastischen Bestrebungen der Habsburger Monarchie zu tun hat,¹⁹⁴ haben dem Außenministerium vorgeworfen, dass Österreich sich mit Hilfe dieser Initiative bemüht, eine asymmetrische Region mit dem Zentrum Wien herauszubilden. Im Gegensatz dazu argumentieren andere, dass Österreich mit dieser Initiative nur seine alten mitteleuropäischen Pflichten (!) erfüllt. Die österreichische Ostkompetenz schien also auch in der Realität umgesetzt zu werden.

Innerhalb der RP hat Wien zwei grundsätzliche Richtungen vorgegeben. Die klare Trennlinie zwischen ihnen war der Beitritt der EU. In der ersten Phase, als die an der RP teilnehmenden Staaten nur Beitrittskandidaten zur EU waren, wollte Österreich durch seine Zusammenarbeit mit der RP einen Beitrag zur EU-Mitgliedschaft leisten, bzw. seine gesammelten Erfahrungswerte über die EU mit den RP-Staaten teilen. Später, nachdem diese Staaten schon zu Vollmitgliedern der EU geworden waren, konnte die zweite Periode der RP beginnen. Die zweite Phase der Kooperation begann im Jahre 2005 mit der Gestaltung einer Interessensgemeinschaft innerhalb der EU sowie dem Aufbau einer gemeinsamen Plattform zum Austausch von evtl. regionalen Meinungsverschiedenheiten.

Zunächst schien es so, als würde diese Kooperationsform von Erfolg gekrönt sein und man die zuvor formulierten gemeinsamen Ziele erreichen könnte. Die jährlich organisierten Treffen der Außenminister sowie die regelmäßig stattfindenden

¹⁹² Ferrero-Waldner, Benita: Europa steht an einer entscheidenden Schwelle. Internet: (03.08.2014).

¹⁹³ Kiss J., László: Közép-Európa: „elképzelt terek” és a 21. század kihívásai [Mitteleuropa: „vorgestellt Räume” und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts]. In: Külügyi Szemle, IX. Jahrgang, Nummer 1, 2010 Frühling, S. 39-62.

¹⁹⁴ Spinant, Daniela: Central European countries forge partnership (2010). Internet: (03.08.2014).

Fachministertreffen haben den Eindruck einer vielversprechenden Zusammenarbeit erweckt.

Im Rahmen dieses Zusammenkommens hat Österreich – mit Ausnahmen von einigen Gelegenheiten – immer wieder versucht, spezifische, praxisorientierte Aufgaben umzusetzen. Der Westbalkan bedeutete z.B. eine solche Aufgabe. Die Ruhe von hier aufrecht zu erhalten erschien immer eine Herausforderung für Mitteleuropa zu sein, wodurch die geopolitische Wichtigkeit Mitteleuropas in unmittelbarer Nähe der westbalkanischen Region und der Ukraine für ganz Europa sehr groß war. Im weiteren Verlauf dieser Gespräche wurde mehrmals darauf verwiesen, dass die in der Zukunft aufzubauende Kooperationen zwischen der Region und der Ukraine ¹⁹⁵ sehr empfehlenswert sein würde, während die schon existierende Zusammenarbeit mit den Ländern auf dem Westbalkan gelobt wurde.¹⁹⁶ Aus dieser Perspektive lässt sich eine der wichtigsten Prioritäten der Donauraumstrategie ableiten. Dementsprechend können wir feststellen, dass Österreich sich bemüht, andere Initiative in die ursprünglich nur auf den „kernmitteleuropäischen“ Staaten basierenden Kooperationen einzubeziehen, und dadurch eine „Kooperationsverflechtung“ in der Region zustande zu bringen, die von Mitteleuropa ausgehend auch den Westbalkan, die Ukraine und dadurch auch unmittelbar die Länder der späteren Donauraumstrategie umfasst. Bemerkenswert ist des Weiteren, dass die Alpenrepublik auch auf die Elemente der „soft policy“ Wert legt, wie es bei der Initiative Kulturplattform Mitteleuropa (oder Plattform Culture Central Europa) nicht zuletzt mit der Ausweitung der regionalen Interessensgemeinschaft nach Osten zum Ausdruck kommt.

Trotz des sich immer wieder ausbreitenden Kooperationspektrums, die Erfolge am Anfang und der regelmäßig stattfindenden Treffen war die regionale Zusammenarbeit innerhalb der RP nicht konfliktfrei. Zu den Problemfeldern haben u.a. die Meinungsverschiedenheiten der an der RP teilnehmenden Mitgliedsländer gehört, die die Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene und den gemeinsamen Auftritten erheblich belastet haben. (Siehe: Beneš-Dekrete, Österreichs Angst vor dem Zustrom der östlichen billigen Arbeitskräfte, ¹⁹⁷ Anvoj-Dekrete, das AKW in Temelin, die Minderheitsrechte, die wirtschaftliche Disparität zwischen Österreich und den anderen Ländern, oder die Befürchtungen der österreichischen Bevölkerung bezüglich der Osterweiterung der EU).¹⁹⁸

Außerdem wurde immer wieder die Notwendigkeit der RP in Zweifel gezogen, da häufig Meinungen aufgetaucht sind, dass die parallelen Aktivitäten der RP und der Visegrád-Länder die Gefahr von überflüssigen Überlappungen in sich bergen. Damit wurde die Funktionsfähigkeit der RP direkt in Frage gestellt.¹⁹⁹ Die außenpolitischen Berichte 2011,

¹⁹⁵ Siehe: Vašáryová, Magda: *The Optimal Format for Regional Cooperation*. Internet: (02.08.2014).

¹⁹⁶ Spindelegger, Michael: *Eine Lanze für Mitteleuropa*. Internet: (19.07.2014)

¹⁹⁷ Keberlova, Dagmar – Mládková, Jitka (2001): *Weder strategische noch regionale Partnerschaft interessant genug*. Internet: (04. 09, 2014).

¹⁹⁸ Kiss J., László: *Az osztrák Európa-politika útkeresése [...]*. In: *Európa 2002, II. évfolyam 3. szám-2001. szeptember*; S. 3-16.

¹⁹⁹ Frau Ferrero-Waldner hat versucht, auf diese negativen Meinungen damit zu antworten, dass sie in ihren Reden die bisherigen Erfolge der RP gewürdigt hat und die gemeinsame Erklärung über Kosovos Zukunft wurde als spezifisches, „greifbares“ Ergebnis hervorgehoben. Damit wollte die Außenministerin

2012 und 2013 vermitteln den Eindruck, dass die RP als regionale Kooperationsmöglichkeit heutzutage an Bedeutung verloren hat.²⁰⁰ Einige Quellen berichten sogar über die verpasste österreichische Chance: es sei dem Alpenland (trotz seiner Bemühungen) nicht gelungen, das angestrebte mitteleuropäische Kooperationsbündnis unter Dach und Fach zu bringen. Eine Studie scheint außerdem zu beweisen, dass Österreich weiterhin über keinerlei Bündnispartner innerhalb der EU verfügt. Ferner sind auch Kritiken zum Vorschein gekommen, die geäußert haben, dass die Republik keine eindeutige mitteleuropäische Strategie hat, bzw. die Regionale Partnerschaft ein ziemlich ungeschickter außenpolitischer Versuch war.²⁰¹

Während aber die Regionale Partnerschaft – mit weit verbreiteter Abkürzung die „RP“ – stufenweise an Bedeutung verloren hat, wurden neue Akzente mit der Hilfe der Donaunraumstrategie gesetzt.

Die Donaunraumstrategie – die Donau verbindet

Ein wegweisendes Zitat von Bruno Kreisky: „Ein Prinzip, das wir als axiomatisch für die österreichische Außenpolitik betrachten, ist die Suche nach einem neuen Verständnis zwischen den Donauvölkern.“²⁰² In den 1870er Jahren wurde die Donauschifffahrt etabliert, was ein Meilenstein auf dem Wege zum Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem Balkan war.²⁰³ Die Berufung, näher bestimmt das *Berufungsbewusstsein* der Habsburgerdynastie, alle mitteleuropäischen Nationen – im Interesse ihres Schutzes gegen Russland – in einem Korb zusammenzuhalten, funktionierte während der Jahrhunderte mehr oder weniger reibungslos.²⁰⁴ Aufgrund dieser historischen Tatsache, dass Österreich und das Donaubecken über eine mehrere hunderte Jahre gemeinsame

beweisen, dass die RP in dem internationalen Kräftespiel als Kraftfeld notwendig ist. Siehe: Ferrero-Waldner, Benita: Österreich im internationalen Kräftespiel gut positioniert. Internet: (03. 08. 2014). Spindelegger war im Jahre 2008 davon überzeugt, dass es zwischen Mitteleuropa und Österreich engere Verbindung gibt, als zwischen Österreich und Europa (!). Dadurch sollte Österreich (als Teil Mitteleuropas) eine Schlüsselrolle bei der europäischen Integration Westbalkans spielen. Spindelegger hat außerdem gemeint, dass die RP über einen Vorteil im Verhältnis zu den Visegrád-Ländern verfügt: über die nicht institutionalisierten, flexiblen Rahmen. Daneben hat er auch auf die Beziehungen zwischen der RP und der Ukraine Wert gelegt.

²⁰⁰ In diesen außenpolitischen Berichten ist die RP als Grundstein der österreichischen Nachbarschaftspolitik schon überhaupt nicht erwähnt.

²⁰¹ Honsig-Erlenburg, Manuela – Wallisch, Gianluca: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik existiert bisher nur als Überschrift. Internet: (19. 07. 2014). Rauscher, Hans: Für Spindelegger ist Innenpolitik nun einmal wichtiger. Internet: (19. 07. 2014); Spindelegger, Michael (2009): Neue Chancen der österreichischen Außenpolitik. Internet: (13.10.2014).

²⁰² Kreisky, Bruno (1978): Die Zeit in der wir leben, Betrachtungen zur internationalen Politik. Verlag Fritz Molden, Wien – München – Zürich – Innsbruck, 1978. S. 14.

²⁰³ Palotás, Emil: Machtpolitik und Wirtschaftsinteressen. Der Balkan und Rußland in der österreichische-ungarischen Außenpolitik 1878–1895. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1995. S. 191–208.

²⁰⁴ „Kurzschlüsse“ sind aber von Zeit zu Zeit vorgekommen. 1846 haben die Habsburger die Elendsaufuhr von Galizien mit Waffengewalt blutig niedergeschlagen. In: Tefner Zoltán: Az Osztrák–Magyar Monarchia [...]. S. 56–63.

Geschichte verfügen,²⁰⁵ liegt es auf der Hand, einen großen Sprung zu machen, und die Analyse der österreichischen Mitteleuropapolitik im Donaubecken mit dem Jahr 2000 zu beginnen. Ebenso, wie im Fall der Regionalen Partnerschaft, ist die Donaunraumstrategie während der Amtszeit von Ferrero-Waldner in Schwung gekommen. Schon in ihren im Jahre 2000 gehaltenen Reden hat sie die Wichtigkeit der Donau als Verbindungselement zwischen Mitteleuropa, der Europäischen Union und Südosteuropa hervorgehoben.²⁰⁶

Demnach hat sie die Teilnahme der mitteleuropäischen Länder an der Donaunraumkooperation gefördert und sich mehrmals dafür ausgesprochen, dass sie die Donaunraumkooperation als eines der wichtigsten Elemente der regionalen Zusammenarbeit hält, die einen bemerkenswerten Beitrag zu der Weiterentwicklung der mitteleuropäischen Region leistet, indem diese Regionen zusammenwachsen.²⁰⁷ Anhand dieser Aussagen und Reden können also zwei außenpolitische Tendenzen beleuchtet werden. Auf einer Seite richtet sich Österreichs Nachbarschaftspolitik nicht mehr in erster Linie auf Mitteleuropa, sondern auf Südosteuropa. Auf der anderen Seite aber versucht Wien – mit Hilfe seiner Mitteleuropapolitik –, sich Südosteuropa zu nähern, also die mitteleuropäische Dimension der österreichischen Nachbarschaftspolitik wird allmählich mit der östlichen, bzw. südöstlichen Dimension ergänzt. Daraus ergibt sich aber logischerweise die österreichische Bemühung um ein kooperatives Verhältnis, da Wien sich strebt, regionale Zusammenarbeitsinitiativen entlang der Donau in seine Mitteleuropapolitik einzubeziehen.

Um diesen außenpolitischen Prozess fördern zu können, hat das österreichische Außenministerium mehrere, mit der Donaunraumkooperation zusammenhängende Formen, Institutionen gestärkt und diese Tätigkeit wurde auch nicht später durch die Vergemeinschaftung (Europäisierung) der Strategie eingestellt. Diese miteinander parallel agierenden Institutionen, mit ihren Funktionsüberlappungen, haben auf die engere Zusammenarbeit der Region abgezielt.

Die im Jahre 2004 und 2007 vollzogenen EU-Erweiterungen²⁰⁸ haben eine ganz andere geopolitische, politische und wirtschaftliche Situation verursacht. Dadurch entspringt

²⁰⁵ Emil Brix hat die folgende Bemerkung gemacht: die Politiker und die Diplomaten haben einen groben Fehler begangen, weil sie ihre Aufmerksamkeit kaum oder gar nicht auf die Flüsse als mögliche Verbindungselemente gelenkt haben. Deswegen war die erste mit der Donau zusammenhängende internationale Organisation (European Commission for the Danube, gegründet: 1856) sehr lange die einzige Organisation in diesem Bereich. Siehe: Brix, Emil (2010): The Danube Region. Internet: (15.01.2014). Siehe noch: Kirchengast, Josef: Wien als mitteleuropäischer Januskopf. In: Europäische Rundschau, 40. Jahrgang, Nummer 3/2012. S. 29–35.

²⁰⁶ Ferrero-Waldner, Benita (2002): Österreich gestaltet mit, setzt Akzente und nutzt seine Chancen. Internet: (03.08.2014) und dieselbe aus dem Jahre 2002: Donau ist europäisches, identitätsbildendes Bindeglied Mitteleuropas. Internet: (03.08.2014) außerdem Busek, Erhard: Ein Fluß verbindet. In: Europäische Rundschau, 40. Jahrgang, Nummer 1/2012, S. 31–39.

²⁰⁷ Eichtinger, Martin: Donaunraumstrategie: Welche Rolle spielt Kultur? In: Europäische Rundschau, 40. Jahrgang, Nummer 1/2012, S. 23–30.

²⁰⁸ Ursula Plassnik hat auch den EU-Beitritt gewürdigt, und auf die Verbindung zwischen der von Ferrero-Waldner begonnenen RP, Südosteuropa und dem Westbalkan hingewiesen. Siehe: Plassnik, Ursula: Zukunftsregion Donaunraum wächst wieder zusammen. Internet: (03.08.2014).

die Donau nicht nur in einem EU-Staat (Deutschland, Baden-Württemberg), sondern sie mündet auch in einem EU-Land (Rumänien) in das Schwarze Meer. Diese Erweiterungswellen waren also ein wichtiger Meilenstein: Mitteleuropa kann/könnte eine Brücke durch die EU-Mitgliedstaaten der Region und durch den Beitritt der zwei südosteuropäischen Länder²⁰⁹ (Bulgarien und Rumänien) schlagen. Diese mögliche Verbindung lässt sich nicht nur auf Südosteuropa beschränken: mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien rückt auch die Schwarzmeerregion in greifbare Nähe. In diesem Zusammenhang hat Spindelegger²¹⁰ die österreichische Ostkompetenz hervorgehoben, sowie die österreichische Sachkenntnis²¹¹ in Bezug auf Mitteleuropa unterstrichen. Er war der Meinung, dass Österreich als mitteleuropäisches Land²¹² (!) eine aktive, initiativnehmende Rolle in der Donaunraumstrategie spielen soll,²¹³ die später – ähnlich der RP – zu einem der Eckpfeiler der österreichischen Nachbarschaftspolitik werden könnte. Wir können also sagen, dass Wien seine mitteleuropäische Nachbarschaftspolitik mit der südosteuropäischen Region erweitert hat, indem es die Donaunraumstrategie zur Hauptpriorität der österreichischen Außenpolitik gemacht hat.²¹⁴ Dieses Ziel wurde dadurch positiv beeinflusst, dass ein Österreicher, Johannes Hahn die Position des für regionale Politik zuständigen EU-Kommissars übernommen hat, der von Anfang an zu den größten Unterstützern der Donaunraumstrategie gehörte (und auch weiterhin gehört).²¹⁵

Diese neue Strategie der alten Nachbarschaftspolitik hat aber auch neue Herausforderungen mit sich gebracht. Die Strategie umfasst nämlich nicht nur eine viel größere Region, als die RP, sondern auch die Unterschiede, was das Lebensniveau oder die wirtschaftliche Situation dieser Länder betrifft, sind viel größer: die Region ist von

²⁰⁹ Die Initiative der Donaunraumstrategie wurde im Jahre 2010 an die Europäische Kommission übermittelt und 2011 unter der ungarischen Präsidentschaft zum offiziellen Teil der europäischen Regionalpolitik. Siehe: Wien.gv.at (09. 09. 2014).

²¹⁰ Einige sind davon ausgegangen, dass insgesamt zwei Hauptaufgaben von dem neuen Außenminister, Herrn Spindelegger erwartet werden: die Förderung der Donaunraumstrategie und die Verbesserung des österreichischen Vertrauens gegenüber der EU. Siehe: Vytiska, Herbert: Österreich: Was von Spindelegger jetzt erwartet wird. Internet: (13. 10. 2014).

²¹¹ Spindelegger, Michael (2011): Österreichische Außenpolitik – Eine Standortbestimmung in Zeiten des Umbruchs. Internet: (13.10.2014).

²¹² Spindelegger im Jahre 2009: „Nein, wir als Mitteleuropäer haben uns aufgegriffen und zusammengekommen, um eine Donaunraumstrategie aus der Taufe zu heben.“ In einer anderen Rede hat er wieder auf diesen Gedanke zurückgegriffen: „Wir als Mitteleuropa, die wir an der Donau liegen, wir müssen doch miteinander auch einen Schwerpunkt bilden[...], der von der Europäischen Union anerkannt wird.“

²¹³ Spindeleggers Meinung nach sollte die Brückenfunktion von Mitteleuropa zu Südosteuropa besser ausgeschöpft werden. Später hat Spindelegger darüber gesprochen, dass der Begriff Mitteleuropa seine Blütezeit mit Hilfe der Donaunraumstrategie erlebt. Außerdem hat er die Bemühung um Positionierung Österreichs als Akteur in Südosteuropa für logische Folge der österreichischen Mitteleuropapolitik und der österreichischen Westbalkanpolitik gehalten. Josef Pröll hat auch gemeint, dass die 130 Brücken über die Donau „[...]stehen für die mitteleuropäische Perspektive“. Siehe: Pröll, Josef: Donaunraumstrategie als Kriseninstrument Europa. Internet: (13. 10. 2014).

²¹⁴ Der Außenminister hat den Donaunraum als Zukunftsregion und Wirtschaftsmotor genannt, den er stufenweise zu Österreich binden möchte. Siehe: Spindelegger, Michael (2013): Donaunraumstrategie verbindet. Internet: (13. 10. 2014).-

²¹⁵ Hahn, Johannes (2010): Donaunraum – Eine Region rückt näher zusammen. Internet: (14. 10. 2014).

starken Wohlstandsgefällen geprägt.²¹⁶ Ein weiteres zu überwindendes Hindernis bildet die EU-Mitgliedschaft dieser Staaten. Während im Fall der RP alle Mitgliedsländer (mit der Ausnahme von Österreich) zur gleichen Zeit der EU beigetreten sind, der EU-Beitritt also nicht mit Verspätung eingetreten ist, ist die Situation bei der Donaunraumstrategie viel komplexer. Ein Teil der daran teilnehmenden Länder sind schon lange Mitglieder der europäischen Familie (Österreich, Deutschland), andere sind erst durch die größte Erweiterungswelle der EU, Mitglieder geworden (die mitteleuropäische Region) und es gibt Staaten, die die EU-Mitgliedschaft noch nicht bekommen haben. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu der RP ist, dass dort vor allem die mitteleuropäische gemeinsame Identität mit Hinweisen auf die gemeinsame Geschichte, kulturelle Traditionen betont werden, hier, bei der Donaunraumstrategie lieber die Donau als verbindendes Element fungiert. Unbedingt zu erwähnen ist, dass sich die Form der Zusammenarbeit innerhalb der Strategie - im Gegensatz zu der flexiblen, ohne bürokratische Belastungen funktionierenden RP - schon seit 2000 im institutionalisierten Rahmen entwickelt hat.²¹⁷

Trotz der veränderten Umstände hat das Alpenland immer wieder versucht, praxisorientierte, konkrete Zielsetzungen zu verfassen und zu erfüllen, genauso wie während der RP.²¹⁸ Die österreichischen Spitzenpolitiker haben sich mehrmals dafür ausgesprochen, dass die Donaunraumstrategie konsequent durchgeführt werden muss und die Strategie erst dann erfolgreich sein kann, wenn sie greifbare Resultate für die Bevölkerung der Region aufzeigt. Trotz alledem sind die Kritiker der Überzeugung, dass Österreich weiterhin keine mitteleuropäisch-südosteuropäische Strategie hat. Darüber hinaus stand/steht Wien oft unter Beschuss, weil es ausschließlich seine wirtschaftlichen Interessen durchsetzen wolle.²¹⁹ Im Vergleich zu der RP, ist auch hier festzustellen, dass Österreich, anhand der „Verflechtungs-Logik“ versucht, die Elemente der *soft policy* einzubeziehen.

²¹⁶ Kirchengast hat im diesem Zusammenhang erwähnt, dass die Donau diejenigen Unterschiede symbolisiert, die auch für Europa charakteristisch sind. Siehe: Kirchengast, Josef (2012): Ein Plan für die Millionen. Internet: (13. 10. 2014).

²¹⁷ Roskogler, Gerald (2007): Austrian Foreign Policy, Re-discovering Central Europe. Internet: (2007:20.-25.).

²¹⁸ Prantner, Christoph (2010): Die Schlagader des Kontinents. Internet: (13. 10. 2014).

²¹⁹ Förderl-Schmid, Alexandra (2014): Österreich hofiert Putin. Internet: (13. 10. 2014). Lopatka hat diese Kritiken damit zurückgewiesen, dass sich die westbalkanische und donauraumstrategische Politik Österreichs auf Glaubwürdigkeit und den richtigen Schwerpunktsetzungen stützen. Deswegen ist Österreichs Ostkompetenz überall nachgefragt. Siehe: Prantners Interview mit Herrn Lopatka. Internet: <http://derstandard.at/1345166837276/Lopatka-Europa-darf-nicht-geschwaecht-werden> (13. 10. 2014). Außerdem richten sich auch die kritischen Stimmen der umweltschützenden Organisationen gegen die Strategie, weil sie behaupten, dass die wirtschaftlichen Prioritäten der Strategie die Tier- und Pflanzenwelt der Donau gefährden können. Internet: Der Standard (2011): <http://derstandard.at/1308679531654/Umwelt-Lobbyismus-praegt-Oesterreichs-Donaustrategie> (13. 10. 2014).

Die Zentraleuropäische Initiative

Eines der bedeutendsten Kooperationsinstitute der Donaunraumstrategie war die Zentraleuropäische Initiative (1989),²²⁰ zu denen Mitgliedern Österreich, Ungarn, Jugoslawien und Italien gezählt wurden (Quadrangone). Diese Kooperation der 4 Staaten kann als frühester österreichischer Versuch betrachtet werden, der sich auf die Verwirklichung der mitteleuropäischen Zusammenarbeit nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs bezieht. Später, im Jahre 1999 ist aus der Quadrangone – mit dem Zerfall der Tschechoslowakei – eine Pentagonale geworden, und mit dem Zusammenbruch Jugoslawiens sowie dem Beitritt Polens, konnte sich die Zentraleuropäische Initiative herausbilden.

Aus diesem Erweiterungsprozess können wir verschiedene Konsequenzen ziehen. Wenn wir die Kooperation der 4 Staaten unter die Lupe nehmen, kann leicht festgestellt werden, dass die Organisation von Anfang an einen mitteleuropäischen Charakter hatte,²²¹ der sich auch nicht später, mit den Erweiterungen geändert hat. Diese Behauptung wird untermauert, indem wir einen Blick auf die Gründungsdokumente werfen, die sich mit den gemeinsamen kulturellen und historischen Wurzeln befassen.²²² Wenn wir die Erweiterungen aus geographischer Hinsicht untersuchen, können wir die folgenden Zusammenhänge hervorheben. Während die Quadrangone am Anfang aus einem „Kernmitteleuropa“ entstanden ist, hat die mit der Pentagonale entstandene Form schon die nur schwer festgestellten Grenzen Mitteleuropas passiert. Die in der Einleitung erläuterte Hypothese, dass sich die ursprünglich zur Mitteleuropapolitik Österreichs gehörenden Kooperationsformen allmählich mit dem Beitritt der östlichen und südöstlichen Staaten erweitern, scheint also auch in diesem Fall richtig zu sein.

Eine weitere wichtige Feststellung ist, dass die Zentraleuropäische Initiative im Gegensatz zu der RP und der DRS, nicht Teil der österreichischen Nachbarschaftspolitik ist. Mit Hilfe dieser Behauptung können wir auch zu der zweiten Hypothese übergehen, die lautet, dass Österreich eine Art „Vernetzungstaktik“ verwendet, also die österreichische Mitteleuropapolitik nicht nur durch seine Nachbarschaftspolitik zur Geltung kommt, sondern auch im Rahmen der ZEI; mit einem anderen Wort: Österreich ist es daran interessiert, andere regionale Kooperationsformen in seine mitteleuropäische Politik einzubeziehen.

Wenn wir die Unterschiede und Disparitäten innerhalb der RP und der DRS angesprochen haben, ist es unbedingt zu erwähnen, dass die ZEI von noch größeren wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Unterschieden geprägt ist. Die ZEI beinhaltet nämlich nicht nur die Länder Mittel- oder Südosteuropas (die Westbalkanländer), sondern auch Südeuropas (z.B. Italien). Wenn wir also in dem vorherigen Abschnitt festgestellt haben, dass es um eine viel heterogenere Kooperation geht, dann ist diese Behauptung im Fall der ZEI-Staaten genauso richtig. Diese

²²⁰ Dančák, Břetislav – Hloušek, Vít: The Concept of Leadership in Central Europe: Discussing the Austrian and Polish Cases. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 35 Jg. (2006) H. 2, 127-139, Internet: (01. 07. 2014).

²²¹ Sucharipa, Ernst: A Pentagonale, a közép-európai regionális együttműködés új formája. In: Európai Szemle, I. évfolyam, 1990., 3. szám, S. 53.

²²² Oberger, Josef (2000): An Austrian Initiative: The Regional Partnership. Internet: (29. 07. 2014).

Heterogenität spiegelt sich auch in der Beziehung der Mitgliedsländer und der EU wieder. Es gibt Staaten, die schon sehr lange die europäische Mitgliedschaft genießen, während andere erst seit 2004 vollwertige Mitglieder der EU sind. Ferner gibt es auch eine Gruppe von Ländern, die den Status der potenziellen Beitrittsländer kürzlich erhalten haben. Einige haben aber nicht einmal eine klare EU-Beitrittsperspektive. Deswegen wurde die ZEI von Ferrero-Waldner oft als „Partnerschaft für Europa“ bezeichnet. Die ZEI ist ihrer Meinung nach ein Musterbeispiel für die regionale Zusammenarbeit, die zwischen den Ländern der verschiedenen Regionen eine Brücke bildet.

Die Mitglieder verflochten sich miteinander: die 6 Staaten, die auch an der von Ferrero-Waldner ins Leben gerufenen RP teilnehmen sowie die Länder der DRS haben eine mitgestaltende Rolle innerhalb der ZEI. Wien betrachtet diese Verflechtung als Basis für eine erfolgreiche regionale Kooperation mit den südosteuropäischen Ländern. Wir können also sagen, dass Österreich jene institutionellen Rahmen für die Organisation und Förderung der südosteuropäischen Zusammenarbeit benutzt, die ursprünglich die österreichische Mitteleuropapolitik gestärkt haben. Dementsprechend sieht Österreich in Mitteleuropa einen Motor, der die Annäherung zwischen den süd- und südöstlichen Staaten fördern kann. Daraus resultierend dient die ZEI (durch die Organisation der mitteleuropäischen Staaten) als Plattform für den Dialog mit Partnern des Westbalkans und der östlichen Partnerschaft.

Spindelegger hat es später für die wichtigste Kooperationsmöglichkeit gehalten, die östlichen, südöstlichen und südlichen Regionen an die EU heranzuführen. Ferner wäre es wünschenswert, wenn die mitteleuropäische Region durch diese Bemühungen wieder ein erfolgreiches Zentrum der EU sein könnte.²²³ Erneut erschien am Horizont die in den 1920er Jahren angeschnittene Vision von Coudenhove-Kalergi: „Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität.“²²⁴ Ebenso schien auch der Gedanke des ewigen Friedens von Immanuel Kant wieder in greifbarer Nähe.²²⁵

Es ist zu erwarten, dass die ZEI auch während der Amtszeit des neuen Außenministers, Sebastian Kurz, nicht an Bedeutung verlieren wird. Im Januar 2014 hat Wien den Vorsitz der ZEI übernommen,²²⁶ dessen wichtigste Zielsetzung gefolgt ausgedrückt werden kann: „Die ZEI als Brücke zwischen europäischen (Makro)Regionen/Synergien mit anderen internationalen Organisationen.“ Wien möchte ein besonderes Augenmerk auf die Initiative legen, um die ZEI durch das Vernetzen mit anderen Organisationen sowie das Bündeln von Aktivitäten sichtbarer zu machen. So wurde die Committee of National Coordinators (CNC) aus der Taufe gehoben, die die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer verstärken soll.

²²³ Spindelegger, Michael: Eine Lanze für[...]. Oberger hält in diesem Zusammenhang die Vermittlerfunktion der ZEI für äußerst wichtig, durch die verhindert werden kann, dass ein neuer Bruch innerhalb Europa nach dem Zerfall des Eisernen Vorhanges entsteht.

²²⁴ Tefner, Zoltán: Die Entwicklung [...], S. 61.

²²⁵ Ebenda, S. 37–42.

²²⁶ Das Regierungsprogramm von 2014 hebt Österreichs Möglichkeit hervor, dass Wien im Jahre 2014 den Vorsitz der ZEI innehaben wird.

Ungarn: das beste Beispiel der österreichischen Mitteleuropapolitik?

„Österreich steht heute uns näher, als irgendein anderes Land aus Osteuropa. Und das hat auch seine Tradition.“²²⁷ Ungarn und Österreich sind durch die tausendjährige gemeinsame Geschichte,²²⁸ die kulturellen Traditionen, regionalen Zusammenarbeiten, die Sympathie und durch die wirtschaftliche Verflechtung eng verbunden. Diese Beziehung scheint so eng zu sein, dass nicht einmal der Eiserne Vorhang diese Länder voneinander trennen konnte, obwohl der Vorhang, jahrzehntelang ganz Europa nicht nur ideologisch, sondern auch politisch getrennt hat. Diese politisch-ideologische Konfrontation konnte die ungarisch-österreichischen Beziehungen nicht im Geringsten brandmarken.²²⁹

Wenn wir diese Feststellung bei der Untersuchung der österreichisch-ungarischen Beziehungen als Ausgangspunkt nehmen, sind wir fest davon überzeugt, dass die Analyse der österreichischen Mitteleuropapolitik ohne die Darstellung der ungarisch-österreichischen Beziehungen in Bezug auf Mitteleuropa nicht vollständig wäre. Österreich und Ungarn sind „strategische Verbündete.“²³⁰ Es steht außer Frage, dass die erfolgreiche Zukunft der mitteleuropäischen Region in großem Maße von der fruchtbaren österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit abhängig ist.

Fazit, Schlussbemerkungen

Wir haben in der vorliegenden Arbeit die Antwort gesucht, wie sich Österreich, das Land, das über enge wirtschaftliche, kulturelle, geschichtliche und „gesellschaftliche“ Kontakte zu der mitteleuropäischen Region verfügt, im 21. Jahrhundert bemüht, diese Region zu organisieren; die geschichtswissenschaftlich viel umstrittene mitteleuropäische Region, deren Probleme heutzutage immer noch im Vordergrund stehen. Zu diesem Zweck hat die Fallstudie versucht, die Ereignisse aus den Jahren 2000 bis 2013, bzw. 2014 unter die Lupe zu nehmen, um die neuesten und aktuellsten Herausforderungen sowie Problembereiche zu identifizieren.

Dementsprechend haben wir jene mitteleuropäischen Kooperationsformen untersucht, an denen Österreich eine aktive, mitgestaltende Rolle gespielt hat, bzw. man davon ausgehen kann, dass es auch in der Zukunft eine Rolle spielen wird. So haben wir die Regionale Partnerschaft, die Donaauraumstrategie und die Zentraleuropäische Initiative, die älteste und die größte Kooperationsform der mitteleuropäischen Region, analysiert.

²²⁷ Horn, Gyula: Egy különleges viszony [Ein sonderbares Verhältnis]. In: Európai Szemle, VII. évfolyam, 1996. 2. szám, S. 3–9.

²²⁸ Ebenda.

²²⁹ Brix, Emil: Tausend Jahre Nachbarschaft, Ausztria – Magyarország, Ezer éves szomszédság. In: Európai Utas, 1996, 6. évfolyam, 4. szám, S. 2–3.

²³⁰ Siehe: MTI, zitiert von Kitekinto.hu (2012). Internet: http://kitekinto.hu/bem-rakpart/2012/12/01/osztrak_partnerevel_targyalt_szijjarto_peter/ (24. 10. 2014) und Vortrag von Professor László J. Kiss auf der Konferenz „Österreich und Ungarn 1989–2014. Bilaterale Beziehungen vom Systemwechsel über die euroatlantische Integration Ungarns bis zur Krise der EU“ an der Andrassy Universität Budapest, am 13. 10. 2014 (mündlich) und Vortrag von Philipp Greiling auf der Konferenz „Österreich und Ungarn. Eine „Wiedervereinigung“ durch die EU? Regionale Kooperationsformen in einem geeinten Europa“ an der Andrassy Universität Budapest, am 13. 10. 2014 (mündlich).

Wollen wir diese Sache weiter bewenden, so müssen wir feststellen, dass Österreich in mehreren Kooperationsformen seine praxisorientierte (da sie sich von der „großen Politik“ auf eine diversifizierte Politik verschoben haben) Zielsetzungen so erreichen will, dass diese Kooperationsformen miteinander und mit anderen Organisationen in Verbindung stehen. Diese Verflechtung kommt sehr häufig durch die Außenpolitik bezüglich Kultur zum Ausdruck, was sich durch die „Vernetzungstaktik“ Wiens zeigt. Diese „Kooperationsverflechtung“ hat jedoch zur Folge, dass Österreich über keinerlei eindeutige Mitteleuropastrategie verfügt, sondern die mitteleuropäische Nachbarschaft Österreichs hat sich allmählich in Richtung Südosteuropa und Osteuropa verlagert, also mit anderen Worten: der österreichische Begriff Mitteleuropas hat sich um die südöstlichen und östlichen Komponenten/Regionen erweitert.

Diese Behauptung ist auch im Falle Ungarns zutreffend, das ebenfalls, wie Österreich, nach der Erfüllung seiner westeuropäischen Integrationsziele (NATO- und EU-Mitgliedschaft) diese Region wieder zu entdecken scheint. Aus diesem Grund können wir also sagen, dass die zwei Staaten (abgesehen von der ungleichen wirtschaftlichen Situation, dem Lebensniveau, sowie Österreichs immerwährende Neutralität und der ungarischen NATO-Mitgliedschaft) aus einem mitteleuropäischen „Kern“ ausgehend und durch ihre Vermittlerrollen die südosteuropäische und die osteuropäische Region an die EU heranführen wollen, indem beide Staaten die Rolle Mitteleuropas betonen. Beide Länder können als Vermittler innerhalb der Region bezeichnet werden, weshalb sie ihre bilateralen Streitigkeiten effektiv lösen und sich auf die gemeinsamen mitteleuropäischen Ziele konzentrieren müssen.

László J. Kiss stellte folgende Frage im Jahre 2001: sind Österreich *und* Ungarn fähig, die zukünftigen Organisierungsaufgaben in dieser Region zu erfüllen? Ist es möglich, dass die Zusammenarbeit dieser Staaten als Ansporn wirkt, damit Budapest und Ungarn die Herausforderungen der Region gemeinsam erfolgreich anpacken können? Beide Länder sind Kleinstaaten, die aber durch die Ausdehnung des Begriffes Mitteleuropa mit Südost- und Osteuropa ein größeres „Bündnissystem“ erreichen wollen.

Um diese Ziele in die Tat umsetzen zu können, geben die vorteilhaften „außenpolitischen Parallelitäten“ eine hervorragende Gelegenheit dazu. Beispiele hierfür sind die ungarische Ratspräsidentschaft im Jahre 2011, das auf der ungarischen Seite verkündete „Mitteleuropäisches Jahr“, oder der Zusammenfall, dass nach der ungarischen ZEI-Präsidentschaft 2013, Wien an der Reihe mit der Präsidentschaft war. Das gibt, einer eventuellen Kontinuität in der Mitteleuropapolitik beider Länder vorausgesetzt, einen breiten außenpolitischen Handlungsspielraum.²³¹ Wenn Budapest und Wien diese Anlässe nutzen können, würde dies einen großen Beitrag dazu leisten, dass das Jahr 2014 als ein neues Mitteleuropäisches Jahr gesehen werden kann.

²³¹ Eine frühere, ebenfalls vorteilhafte „außenpolitische Parallelität“ war das Jahr 2005, als Ungarn nicht nur die auf die Österreichs Initiative basierende Präsidentschaft der Regionalen Partnerschaft (eben im Vorfeld der Westbalkan-Konferenz der Partnerschaft), sondern auch den Vorsitz der Visegrád-Staaten innegehabt hat.

AUTOREN UND MITWIRKENDE:

István Diószegi (1930, Szeged): Historiker, Professor Emeritus an der Eötvös-Loránd-Universität Budapest. 1978–1995 Leiter des Lehrstuhls für Universalgeschichte. 1979–1982 Dekan der Fakultät für Humanwissenschaften. 1992–1999 Vorsitzender der Ungarischen Historischen Gesellschaft. Sein Forschungsgebiet: Geschichte der Diplomatie in der Österreichisch–Ungarischen Monarchie.

János Hóvári (1955, Kiskorpad): Historiker, Turkologe, Diplomat. 1973–1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Seit 1992 tätig auf unterschiedlichen leitenden Posten im diplomatischen Dienst: Botschafter in Bahrain, Kuwait, Israel und 2012–2014 in Ankara in der Türkei. 2014 wurde er zum Generaldirektor der MANK (Gemeinnützige GmbH für die Ungarische Bildende Kunst) ernannt. Titularprofessor an der Janus-Pannonius-Universität Pécs, zurzeit außerordentlicher Professor am Historischen Institut der Gáspár-Károli-Reformierten-Universität.

Viola Kertai (1991, Budapest): Seit 2010 BA-Studentin an der Corvinus-Universität Budapest im außenpolitischen Seminar von Prof. Zoltán Tefner. Gegenwärtig ist sie Mitglied der Doktorandenseminars von Prof. Nelu Bradean-Ebinger. Seit 2016 angestellt in der Diplomatie als Attaché an der Ungarischen Botschaft in Stockholm.

László Ódor (1945, Mencshely): außerordentlicher Professor am „Institut für Internationale Studien“ an der Corvinus-Universität. Literaturhistoriker, Lexikologe. 1990–1994 ungarischer Botschafter in Bern. 1999–2003 Mitglied des Kuratoriums der Andrassy-Universität von Budapest. 2010–2012 Direktor des Ungarischen Kulturinstituts in Stuttgart. 2011 Vizepräsident der Schweizerischen Abteilung der Ungarischen Gewerbekammer.

Sebastian Paul (1989, Iwano-Frankiwsk): Bachelor in Management und europäische Sprachen an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden. Master in International Business an der University of Economics in Prag. Ph.D.-Student in International Relations an der Corvinus Universität im Seminar von Prof. Nelu Bradean-Ebinger. Dissertationsthema: Process of Migration and Europe: an Assessment.

Nicolaus Rockberger (1944–2007, *Riga, †Stockholm): Historiker, Professor an der Schwedischen Nationalen Verteidigungsuniversität in Stockholm. Einer der besten skandinavischen Kenner der historischen Fragen Ostmitteleuropas. Promovierte im Jahre 1973 in der Geschichte an der Stockholmer Universität. Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre hatte er mehrmals Forschungsaufenthalt in Ungarn. Autor von mehreren historischen Monographien in schwedischer Sprache über die ungarische Geschichte.

Mária Sárosi (1952, Budapest): Historikerin, 1981 promovierte an der Karl-Marx-Wirtschaftsuniversität (Rechtsvorgänger der heutigen Corvinus-Universität). Assistent-Professorin, später Adjunkt-Professorin am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte. Bis 2013 unterrichtete sie ungarische und europäische Wirtschaftsgeschichte, ungarische Geschichte im 20. Jahrhundert und Sozialgeschichte. 2013 emeritiert, heutzutage tätig in der Gewerkschaftsbewegung als Dezernentin im Gewerkschaftsausschuss der Corvinus-Universität.

Zoltán Tefner (1949, Kötcse): außerordentlicher Professor am „Institut für Soziologie und Sozialpolitik“ der Corvinus-Universität Budapest. Historiker, Germanist. Als Historiker tätig im Fachgebiet Außenpolitik der Österreichisch–Ungarischen Monarchie, Urgeschichte der Europäischen Union, Minderheiten in Osteuropa Mitglied der finnischen Delegation an der Europäischen Akademie für Wissenschaften und Künste.

INHALT

Zum Geleit (Prof. Dr. János Hóvári)	3
Zoltán Tefner: Solidarität und politische Abhängigkeit. Der polnische Aufstand von 1863 und die Haltung der ungarischen Gesellschaft	5
Nicolaus Rockberger: Der ungarisch–polnisch–ukrainische Block und die Sicherheitspolitik von Österreich–Ungarn in einer außenpolitisch instabilen Zeit 1900–1914	19
Mária Sárosi: Überlieferte Traditionen der ungarischen Sozialpolitik im Sozialismus. Einige Beiträge zur Armenversorgungsgeschichte	35
Viola Kertai: Österreich und seine Mitteleuropapolitik im 21. Jahrhundert	47
Autoren und Mitwirkende	67